

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht 2012 | 2013



Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der Baustoffindustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern/Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

Vorwort	3
Leitbild des ISTE	4
Grußwort Staatsrätin Gisela Erler	5
WIRTSCHAFTSPOLITIK	6
TARIFPOLITIK UND ARBEITSRECHT	16
ROHSTOFFSICHERUNG UND RAUMORDNUNG	20
TECHNIK UND NORMUNG	28
UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK	38
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	52
Veranstaltungen im Überblick	60
Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg	62
Organisationsstruktur des ISTE	64
Gremien des ISTE	66
Statistik	70
Impressum	72

VORWORT

Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger
und Präsident Hans-Martin Peter (rechts)

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der Jahresbericht eines Verbandes ist seine Visitenkarte. Er soll die grundlegenden Positionen der Interessensvertretung darlegen, ihre politischen Anliegen formulieren und Rechenschaft über die Tätigkeiten im Berichtszeitraum abgeben. Er soll zudem Verwaltung und Politik, die sich gelegentlich auch für ihr Handeln kritisieren lassen müssen, über die Anliegen ihres Branchenansprechpartners informieren. Er soll anschaulich und verständlich sein und neugierig auf die Branche machen. Und – ja: Die Mitglieder des Verbandes sollen auch ein wenig stolz sein dürfen auf ihre Vertretung.

Wir haben uns entschlossen, den ISTE-Jahresbericht in diesem Sinne zu überarbeiten. Der vorliegende Bericht beleuchtet in neuer Form die klassischen Themenfelder: Wirtschaftspolitik, Tarifpolitik und Arbeitsrecht, Rohstoffsicherung und Raumordnung, Technik und Normung, Umwelt- und Naturschutzpolitik sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Seit zwei Jahren ist eine grün-rote Landesregierung im Amt. Mit ihr stehen wir in einem kritisch-konstruktiven Dialog. Die Landesminister Alexander Bonde, Winfried Hermann, Dr. Nils Schmid und Franz Untersteller waren im Berichtsjahr zu Gast bei unseren Veranstaltungen.

Der ISTE bleibt im Dialog. Erstmals kommt mit Gisela Erlen, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, eine Vertreterin der Landesregierung zu Wort. Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog sind für unsere Branche sehr wichtig, weil nachhaltiges Wirtschaften nur im Einverständnis mit der lokalen Bevölkerung möglich ist.

Im Dialog mit der IG BAU und dem NABU gelang im vergangenen Jahr ein wichtiger weiterer Schritt in Richtung



mehr Nachhaltigkeit: die Neuauflage und Aktualisierung der „Gemeinsamen Erklärung zur nachhaltigen Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“. Nachhaltigkeit funktioniert nur, wenn sich alle Partner aufeinander zu bewegen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Dies scheint hier erneut gelungen. Bewähren muss sich die Vereinbarung nunmehr im Alltag.

Denn die vor uns liegenden Bauaufgaben – und damit auch mögliche Konflikte – sind gewaltig:

- Windräder, dezentrale Energieanlagen, Pumpspeicherkraftwerke – sie alle müssen gebaut werden, um die Energiewende zu realisieren.
- Infrastrukturprojekte im Straßen-, Schienen- und Wasserbau müssen umgesetzt werden, damit die notwendige Mobilität für unseren Wirtschaftsstandort erhalten bleibt.
- Der Wohnungsbau für sozial Schwächere, für die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft und für energetische Optimierung muss dringend unterstützt werden.
- Die marode Abwasserkanalisation ist eine tickende Zeitbombe, die dringend entschärft werden muss.

Hierfür sind öffentliche Investitionen in Milliardenhöhe unerlässlich. Ebenso wie mineralische Rohstoffe, die verbrauchsnahe und dezentral aus heimischen Lagerstätten gewonnen werden und Recycling-Baustoffe, die aus gebrauchten mineralischen Baustoffen aufbereitet werden.

Der ISTE ist ein Unternehmerverband, in dem sich Unternehmerinnen und Unternehmer für ihre Branche ehrenamtlich einsetzen. Das Netzwerk der ISTE-Ehrenamtsträger reicht von der kommunalen Ebene über die Landes- und Bundesebene bis in die EU-Ebene hinein. Das interdisziplinäre Team aus hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der Geschäftsstelle arbeiten ihnen fachlich zu. Damit ist der ISTE gut gerüstet für die Aufgaben der Zukunft.

Es gibt genügend Aufgaben für die Politik auf Bundes- und Landesebene – und damit auch für den ISTE. Wir sind gespannt auf die gemeinsamen Lösungen!

Hans-Martin Peter

Präsident des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Thomas Beißwenger

Hauptgeschäftsführer des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

LEITBILD DES ISTE

LIEBE PARTNER DES ISTE,

der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, regionale Wirtschaftspolitik zur Deckung des Rohstoffbedarfs, ausgewogene Tarif- und Sozialpolitik für 500 Unternehmen mit 800 Werken und 15.000 Beschäftigten sowie die Bereitstellung von Baustofftechnologie zur Sicherung unseres Lebensstandards – diesen wesentlichen Zielen verpflichtet sich die Mitglieder des Verbandes.

ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen in engem Schulterschluss mit ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmern einen intensiven und offenen Dialog mit Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, angewandter Wissenschaft und Mitgliedern des Verbandes.

Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat jahrzehntelange Tradition und spiegelt sich in der gemeinsamen Erklärung zur „Nachhaltigen Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ von NABU, IG BAU und ISTE aus den Jahren 2000 und 2012 wieder.

Der Verband ist in branchenspezifische Fachgruppen gegliedert, die transparent, demokratisch und vorausschauend zwischen Haupt- und Ehrenamt wirken. Systematisch und regelmäßig werden von den Gremien Aufgaben erörtert, Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt, Resultate überprüft, Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt und abschließend dokumentiert.



Die 16-köpfige Belegschaft des ISTE (es fehlen Dr. Michael Aufrecht und Sabrina Miller) setzt sich mit großem Engagement für die Interessen der Mitglieder ein.

Oftmals sind neue gesetzliche Bestimmungen Anlass, dass der ISTE aktiv wird: wir stellen Auswirkungen für die Öffentlichkeit wie für die Branche dar, zeigen Chancen und Risiken auf und vertreten somit unternehmensübergreifend eine Meinung mit hohem fachlichem Wert. Dieses Vertrauen in den ISTE gilt es täglich neu zu erarbeiten und ist unser „Rohstoff“ als Dienstleister.

Ressourcen und Technologie optimal und zielgerichtet nutzen, Verantwortung für Menschen übernehmen, Risiken und Beeinträchtigungen minimieren, regional verantwortungsbewusst agieren, zu diesen Leitlinien stehen stellvertretend für ISTE-Mitglieder die ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich.

Ostfildern, den 15. April 2013

GRUSSWORT

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

eine „Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ äußert sich im Geschäftsbericht des Industrieverbandes Steine und Erden (ISTE). Sie wundern sich? Sie glauben, „das passt nicht“? Lassen Sie mich Ihnen versichern: „Es passt“!

Ich bin seit Anfang meiner Tätigkeit mit dem ISTE in einem sehr engen Austausch. Dafür danke ich dem ISTE, denn ich habe dabei viel über die Bedürfnisse der im ISTE zusammengeschlossenen Firmen, aber auch viel über die Bürgerbeteiligung gelernt.

So verstehe ich inzwischen, dass die heimische Rohstoffgewinnung zu nachhaltigem Wirtschaften passt. Denn wir alle wollen den klimafeindlichen Import von Baustoffen über lange Distanzen vermeiden. Die Rohstoffgewinnung vor Ort ist deshalb rechtlich privilegiert, so zum Beispiel in der Landesplanung.

Bemerkenswert finde ich, wie offen Sie mit den Bedrängnissen Ihrer Industrie umgehen. Denn es ist verständlich, dass viele Menschen zum Beispiel neue Steinbrüche in ihrer Nachbarschaft verhindern wollen. Ihr offensives Zusammenwirken mit Umweltverbänden halte ich daher für vorbildlich.

Vor allem habe ich an Hand der Beispiele aus Ihrem Industriebereich sehen dürfen, wie wichtig die frühzeitige Bürgerbeteiligung ist. Wie Sie wissen, setze ich mich für niedrigere Abstimmungsquoten bei Verfahren der direkten Demokratie ein. Es ist mir aber auch ein großes Anliegen, zwischen der direkten Demokratie und der frühzeitigen Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben zu differenzieren. Bei der Planung von Infrastrukturvorhaben, also eben auch bei der Rohstoffgewinnung, geht es häufig um mehr als um eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage.



In regem, konstruktiven Dialog mit dem ISTE:
Staatsrätin Gisela Erler,
Kabinettsmitglied der Landesregierung
seit 2011

Ein wichtiges Instrument ist dabei die Methode der sogenannten Zufallsbürger. Wie Sie wissen, melden sich bei umstrittenen Infrastrukturvorhaben oft dieselben Akteure. Das sind vor allem die direkt Betroffenen, die häufig emotional argumentieren. Mit der Methode der Zufallsbürger gelingt es uns, die Emotionen abzukühlen und normale Bürgerinnen und Bürger in die Diskussionen einzubinden. Das führt häufig dazu, dass eine Portion gesunder Menschenverstand die Diskussionen versachlicht. Schon das ist sehr viel wert.

Derzeit erarbeitet die Landesregierung einen Leitfaden für eine neue Planungskultur, in den die soeben skizzierten Grundsätze einfließen sollen. Daneben sollen die Planungsgesetze geändert werden, um die frühzeitige Bürgerbeteiligung voran zu bringen. Der Leitfaden wie die Gesetze richten sich an die Behörden, die die privaten Antragsteller entsprechend beraten sollen. Ich bin zuversichtlich, dass Mitgliedsunternehmen Ihres Verbandes bald in Fragen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung ein gutes Vorbild für die Landesbehörden sein könnten.

Ich freue mich auf den weiteren engen Austausch

Gisela Erler
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und
Bürgerbeteiligung

Nehmen Sie das Beispiel der Trassenplanung bei Verkehrswegen. Der Streit, ob eine Bahnlinie durch dichtbesiedeltes Gebiet oder eher auf dem Land geführt wird (Beispiel: Rheintalbahn), lässt sich mit einer irgendwie gearteten Abstimmung kaum befrieden. Hier geht es darum, mit einer sehr frühzeitigen Bürgerbeteiligung Konflikte früh zu erkennen und in einem Stadium, in dem noch über Alternativen gesprochen werden kann, Planungen zu verändern.

Deshalb setze ich mich bei der Planung von Infrastrukturvorhaben für eine möglichst frühe Bürgerbeteiligung ein. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung ist gerade für die Unternehmen der Rohstoffindustrie von großer Bedeutung. Denn die Kosten der frühzeitigen Bürgerbeteiligung dürften, ganz nüchtern wirtschaftlich betrachtet, wesentlich geringer sein, als in einer aufgeheizten Atmosphäre eine Werbekampagne bei einem Bürgerentscheid zu finanzieren. Solch ein frühes Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger entspricht ferner einem nachhaltigen Wirtschaften, das auf die Beziehungen zu Umwelt und Menschen, also auch den Nachbarn, Rücksicht nimmt.

Natürlich löst die frühzeitige Bürgerbeteiligung nicht jeden Streit. Aber viele Fragen können so gelöst, vor allem können in einer ruhigeren Atmosphäre Kompromisse gefunden werden.

»Heimische mineralische Rohstoffe sind unverzichtbare Grundlage für die Bauaufgaben von heute, morgen und übermorgen. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg braucht mehr politisches Engagement für die Verkehrsinfrastruktur und für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum.«



Hans-Martin Peter,
Hermann Peter KG
Baustoffwerke, Rheinau,
Präsident des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Das Funktionieren unserer Wirtschaft hängt nicht nur vom unternehmerischen Können ab. Auch die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie müssen stimmen. Der ISTE wirkt aktiv mit, die Wirtschaft unseres Landes leistungsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

In Baden-Württemberg gibt es über 500 Unternehmen, die mineralische Rohstoffe gewinnen, weiterverarbeiten oder gebrauchte mineralische Rohstoffe aufbereiten und verwerten. Insgesamt geschieht dies in rund 800 Werken mit 15.000 Beschäftigten. Die Branche erwirtschaftet einen Gesamtumsatz von rund drei Milliarden Euro pro Jahr im Land.

Pro Einwohner und Jahr müssen etwa zehn Tonnen Gestein aus der Natur entnommen werden, damit beispielsweise Häuser, Bürogebäude, Straßen, Bahnlinien und Radwege gebaut werden können. Insgesamt werden so jährlich je nach Konjunktur landesweit zwischen 80 und 100 Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe gewonnen.

Gebrauchte Baustoffe werden durch Baustoffrecycling und Verwertung im Kreislauf gehalten. So werden heute bis zu 90% des Bauschuttes und Straßenaufbruchs verwertet.

Der ISTE steht für heimische Rohstoffe und heimische Märkte, für dezentrale Strukturen und kurze Transportwege und für einen nachhaltigen und sparsamen Umgang mit Ressourcen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Gesetzgebung und Verordnungen des Landes und des Bundes. Er ist zu allen wirtschaftlichen und politischen Themen im Gespräch mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg auf allen Ebenen sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.



**VERKEHRSINFRASTRUKTUR –
DAS VOLKSVERMÖGEN VERLIERT
AN WERT**

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Verkehrsinfrastruktur ist chronisch unterfinanziert. Was heute beim Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur versäumt wird, kann später nicht kurzfristig nachgeholt werden. Nur eine zweckgebundene PKW-Maut wird die Probleme lösen können.

Der ISTE setzt sich mit der Aktion Pro Mobil zusammen mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) und den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass Mobilität heute und in Zukunft intelligent und bezahlbar bleiben muss.

Weitere Informationen:
[www.lvi.de/aktion_pro_mobil/
pro_mobil.htm](http://www.lvi.de/aktion_pro_mobil/pro_mobil.htm)

**WOHNUNGSBAUPOLITIK –
DAS DACH ÜBER DEM KOPF DARF
NICHT ZUM LUXUSGUT WERDEN**

Der Wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg jahrelang sträflich vernachlässigt, vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten. Junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind vom Wohnungsmangel in den Ballungsräumen besonders betroffen.

Der ISTE setzt sich gemeinsam mit den Partnern der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ im Land und auf Bundesebene für eine bessere Wohnraumpolitik ein.

Weitere Informationen: [www.impulse-
fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

**ENERGIEPOLITIK –
STROM MUSS BEZAHLBAR
BLEIBEN**

Baden-Württemberg hat eine einmalige Wirtschaftslandschaft. Die Unternehmen müssen weiter sicher und bezahlbar mit Strom versorgt werden. Steigende Energiekosten gefährden die industrielle Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg braucht jährlich mindestens 30.000 neue Wohneinheiten – nur rund 20.000 werden gebaut.

Unsere Interessen werden durch den Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. (BBS) auf Bundesebene vertreten und im Land durch den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI). In beiden Verbänden ist der ISTE eingebunden und beide Verbände unterhalten Arbeitsausschüsse zum Thema Energie und Energiepolitik. Ferner kooperiert der ISTE mit dem Großabnehmerverband Energie Baden-Württemberg e.V. (GAV).

Für den künftigen Umbau der Energieversorgung (dezentrale Kraftwerke, Speicher und Netze) sind mineralische Baustoffe notwendig, die von den Regionalverbänden vorausschauend gesichert werden müssen.

Weitere Informationen:
www.energieintensive.de

WIRTSCHAFTSPOLITIK ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

Rund 60% der mineralischen Rohstoffe sind Natursteine unterschiedlicher Geologie, die aus heimischen Steinbrüchen gewonnen werden.

Rund 40% der mineralischen Rohstoffe werden als Kies und Sand aus Baggerseen und Kiesgruben gewonnen.



KONJUNKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

GESAMTWIRTSCHAFTLICHER RAHMEN

Die baden-württembergische Wirtschaft ist im Jahr 2012 deutlich schwächer gewachsen als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Die Südwestwirtschaft konnte preisbereinigt lediglich um 0,6% gegenüber dem Vorjahr zulegen. 2011 war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP), das umfassende Maß für die insgesamt erbrachten wirtschaftlichen Leistungen, noch um 4,8% und 2010 sogar um 7,0% gestiegen. Die vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2012 zusehends abschwächende Konjunkturdynamik hatte damit hier zu Lande einen stärker dämpfenden Effekt als im Bundesgebiet insgesamt. In Deutschland ging der Anstieg des preisbereinigten BIP für das Gesamtjahr 2012 nach ersten Berechnungen auf 0,7% gegenüber dem Vorjahr zurück, verglichen mit 3,0% und 4,2% Wachstum in den Jahren 2011 bzw. 2010.

Besonders stark betroffen von der konjunkturellen Schwächephase waren die heimische Industrie und das Baugewerbe. Erweist sich vor allem die hiesige Industrie, auf die knapp ein Drittel der baden-württembergischen Wirtschaftsleistung entfällt, in wirtschaftlich »guten Jahren« als zentraler Wachstumsmotor, der maßgeblich zu einer günstigeren Konjunktorentwicklung des Landes beiträgt, so blieb sie 2012 insgesamt ohne Wachstumsimpulse. Mit einem Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,3% gegenüber dem Vorjahr verfehlte die Wirtschaftsleistung der baden-württembergischen Industriebetriebe 2012 knapp das Vorjahresniveau.

Das Baugewerbe verzeichnete ein Minus der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 0,8% im Vergleich zu 2011.

BAUNACHFRAGE IM LAND

Die Aufträge im Jahr 2012 nahmen verglichen mit 2011 um knapp 17% zu. Damit hat sich der Aufschwung von 2011 weiter verstärkt. Auch in 2012 gibt es große Unterschiede zwischen den Sparten. Den mit Abstand größten Zuwachs erfuhr mit knapp 29% der Wirtschaftshochbau, der Wohnungsbau konnte fast 13% zulegen.

Der öffentliche Hochbau, der in 2011 stark eingebrochen war, wuchs immerhin wieder um gut 4%, der Straßenbau verzeichnet 7% Zuwachs und der öffentliche Tiefbau sogar knapp 24%.

BAUGENEHMIGUNGEN IM LAND

Die Anzahl der Baugenehmigungen machen mit knapp 2% plus Hoffnung, dass sich das Niveau vorerst halten lässt. Allerdings sind vor allem im Wohnungsbau weit mehr als die derzeitigen 3% plus nötig, um den Bedarf zu decken. Sorgenkind ist der öffentliche Bau. Gut 7% weniger Genehmigungen als im Vorjahr wurden erteilt.

Der baugewerbliche Umsatz nahm gegenüber 2011 um 1% zu, die Anzahl der Beschäftigten wuchs um knapp 1,5%.

ISTE-STATISTIK

Die ISTE-Statistik errechnet 2012 für die Baustoffindustrie einen Produktionszuwachs um gut 10%. Der Gesamtumsatz stieg jedoch nur um rund 1% an. Allerdings schwanken die Zahlen stark zwischen einzelnen Regionen und zwischen den Fachsparten im ISTE.



Kartellspezialisten beim ISTE-Seminar: RA Heinz Sprenger, stellv. Hauptgeschäftsführer des ISTE, Dr. Matthias Karl, Gleiss Lutz RAe, und Dr. Ralf Müller-Feldhammer, Dres. Hicker.Hammer.Müller-Feldhammer RAe (v.l.)

Die wirtschaftspolitische Sprecherin von Bündnis 90 / Die Grünen, Andrea Lindlör MdL, und Wolfgang Raufelder MdL (3.v.l.) informierten sich über die Probleme der mittelständischen Steine- und Erdenindustrie.

AUSSICHTEN

Der Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen geht für das Jahr 2013 von einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von nur 0,3% aus und hat damit seine Prognose vom November 2012 um 0,5% gesenkt. Positive Wachstumsimpulse dürften im Jahr 2013 nur aus dem Inland kommen. Hierbei spielen neben dem privaten Konsum auch die Bauinvestitionen mit einer überdurchschnittlichen Zuwachsprognose von 1,2% eine wichtige Rolle.

Die Bundesregierung erwartet im Jahreswirtschaftsbericht 2013 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund 0,5%.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg rechnet für das Jahr 2013 mit einer Abschwächung der Konjunktur – aber nicht mit einer Krise.

KARTELLRECHT

LEITFADEN ZU KARTELLRECHTLICHEN ASPEKTEN DER VERBANDSARBEIT

In modernen Demokratien nehmen Wirtschaftsverbände wie der ISTE eine zentrale, von staatlichen Institutionen ausdrücklich anerkannte Funktion der Interessenaggregation und Interessenvermittlung wahr. Entsprechend ist es satzungsgemäße Aufgabe von Wirtschaftsverbänden, die gemeinsamen Belange der Mitgliedsverbände zu wahren und zu fördern. Gemeinsam mit unserem Bundesverband Baustoffe Steine und Erden e.V. (BBS) haben wir einen Leitfaden zu kartellrechtskonformem Verhalten herausgegeben, der den Mitarbeitern des Verbandes und den Mitgliedsunternehmen Leitlinien u.a. für eine kartellrechtlich einwandfreie Vorbereitung und Abhaltung von Sitzungen sowie für die Statistik geben.

KARTELLRECHTLICHES SEMINAR ZUR WALZASPHALT-ENTSCHEIDUNG DES BUNDESKARTELLAMTES

Gemeinsam mit den Kartellrechtswälten Dr. Ralf Müller-Feldhammer und Dr. Matthias Karl wurden im Februar 2013 die möglichen Konsequenzen für die Mitglieder des ISTE in einem Tagesseminar dargestellt und diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob bestehende Gemeinschaftsunternehmen tatsächlich angepasst werden müssen

oder unverändert fortgeführt werden können. Einen breiten Raum der Diskussion nahmen die gesellschaftsrechtlichen Auswirkungen dieser Entscheidung des Bundeskartellamtes auf die mittelständischen Gemeinschaftsunternehmen ein. Lösungsansätze wurden mit den Tagungsteilnehmern intensiv diskutiert.

Die Teilnehmer des Seminars sind damit in der Lage, sich bereits jetzt Gedanken über eventuelle Veränderungen in der gesellschaftsrechtlichen Gestaltung ihrer mittelständischen Gemeinschaftsunternehmen zu machen. Die Veranstaltung fand exklusiv nur für Mitglieder des ISTE statt.



Bindend für die Verbandsarbeit des ISTE: der Leitfaden „Kartellrecht“ unseres Dachverbandes Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.



Kompakte Information für die Branche in zwei Tagen: Die Baustoff-Tage 2012 und der 15. Baustoff-Recycling-Tag

Verkehrsminister Winfried Hermann erläutert die neue Verkehrspolitik des Landes und überrascht durch offene Sachlichkeit und Detailwissen bei der Baustoffbranche.



VERKEHRSPOLITIK

Die Verkehrspolitik unter der grün-roten Landesregierung ist aus Sicht der Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie problematisch. Die Gelder für Neubau werden immer weniger und Gelder für Erhalt nicht im erforderlichen Maß erhöht. Zu wenige größere Infrastrukturprojekte kommen entsprechend nach vorne. Mal fehlen Finanzmittel, mal Genehmigungen, manchmal beides.

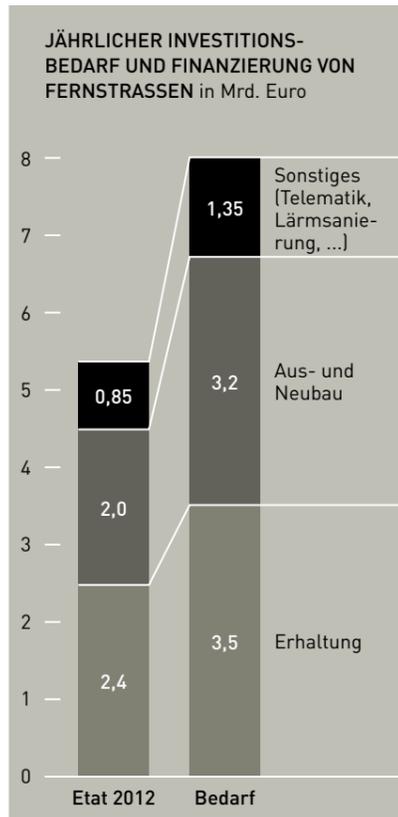
Gemeinsam mit seinen Partnern vom Verbändebündnis Aktion Pro Mobil führte der ISTE auch im Jahr 2012/2013 Gespräche mit Ministerien, Landtagsabgeordneten und speziell den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen.

VERKEHRSPOLITIK DES BUNDES

BUNDESFERNSTRASSEN NEU PRIORISIERT – CHRONISCHE UNTERFINANZIERUNG DAUERT AN

Die neue Landesregierung hat nach dem Kassensturz damit begonnen, auf Basis wissenschaftlicher Kriterien die Priorisierung von Bundesfernstraßen durchzuführen. Hierzu gab es zwei Anhörungen („Straßengipfel“). Für den Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) nahmen Präsident Hans-Martin Peter und

Hauptgeschäftsführer Thomas Reißwenger an den Gesprächen teil. Die Feststellung nach dem Kassensturz, dass der Bund gravierend zu wenig Mittel für Baden-Württemberg bereitstellt, war wenig überraschend. Aus diesem Grund will die Landesregierung keine neuen Projekte angehen, wenn deren durchgehende Finanzierung nicht sichergestellt ist. Für zusätzliche Baumaßnahmen gebe es bis 2015 kein Geld. Verkehrsminister Winfried Hermann rief mehrfach das Ende der



„Spatenstich-Politik“ aus und stellte klar, dass die Landesregierung nicht beabsichtige, Verkehrsprobleme allein durch Infrastrukturausbau und -neubau zu lösen. Es brauche auch eine andere Politik, die unterscheidet zwischen „Verkehr“ und „Mobilität“.

Parallel dazu hat der Bund ebenfalls den Schwerpunkt der Finanzmittel auf den Erhalt verlagert. Für Bundesstraßen hat der Bund nur in wenigen Jahren mehr als 10 Mrd. Euro für die Verkehrswege aufgebracht. Dabei müssten jährlich rund 14 Mrd. Euro für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Die aktuelle Etatplanung bleibt wieder einmal deutlich unter diesem Wert und sieht für die Jahre 2013 bis 2016 abermals nur rd. 10 Mrd. Euro vor.

BBS-PRÄSIDENT ANDREAS KERN RÄT AUF BAUSTOFF-TAGEN ZU EINER PKW-MAUT

Bei den Baustoff-Tagen mit dem Minister für Verkehr und Infrastruktur in Baden-Württemberg, Winfried Hermann, legte der Präsident des Bundesverbandes Baustoffe Steine und Erden (BBS), Andreas Kern, die Sicht der Baustoffindustrie dar. Zur Situation in der Verkehrsinfrastrukturpolitik bestätigte der Minister, dass auch aus seiner Sicht eine neue Finanzierungsquelle benötigt

Im Straßenbau ist der Investitionsbedarf seit Jahren deutlich höher als die bereitgestellten Mittel.

Quelle: BMVBS 2012



BBS-Präsident Andreas Kern (r.) fordert mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur: Nur eine baldige zweckgebundene PKW-Maut kann die Unterfinanzierung beheben.

Hochkarätiges Referentenpanel bei den Baustoff-Tagen 2012. Hier die Referenten des 1. Tages mit Verkehrsminister Winfried Hermann (4.v.l.)

werde. Die Landesregierung sei überrascht gewesen, wie groß die „Löcher nicht nur in den Straßen“, sondern auch in den Kassen seien. „Die derzeit vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus. Es besteht Handlungsbedarf!“ erklärte Hermann.

Zuvor hatte BBS-Präsident Kern die besondere Rolle Baden-Württembergs als wichtiges Transitland herausgestellt. Kern forderte, „Denkverbote aufzuheben“. Das Instrument der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften müsse überall, wo es sinnvoll sei, verstärkt eingesetzt werden und „die Einnahmen aus der Lkw-Maut müssen zweckgebunden auf die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) übertragen werden“. Auch auf eine Pkw-Maut könne in Zukunft nicht verzichtet werden, hier könnten wir „viel von unseren Nachbarn in Europa lernen“ betonte Kern.

Minister Hermann verwies auf der Veranstaltung auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe (Daehre-Kommission), die sowohl den grundsätzlichen Infrastrukturfinanzierungsbedarf als auch neue Finanzierungsmöglichkeiten ergebnisoffen prüfen soll. Er könne sich vorstellen, dass bis zu einer satelliten-gestützten strecken- und zeitabhängigen Maut eine Vignette als Übergangslösung denkbar sei.

DAEHRE-KOMMISSION HÄLT JÄHRLICH 7,2 MRD. EURO FÜR NOTWENDIG

Zwischenzeitlich hat die Daehre-Kommission den insgesamt 174 Seiten umfassenden Abschlussbericht „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ vorgelegt. Der Bericht geht von der grundsätzlichen Feststellung der Verkehrsministerkonferenz aus, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Mobilität der Bürger durch einen fortschreitenden Substanzverzehr der Verkehrsinfrastruktur ernsthaft gefährdet sind. Dies wird für alle Verkehrsträger in der Baulast des Bundes, der Länder, der Landkreise und der Gemeinden festgestellt. Das ermittelte Defizit in der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung von mindestens 7,2 Mrd. Euro für Straße, Schiene und Wasserstraße zeigt sehr deutlich den dringenden Handlungsbedarf für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit dem Bericht existiert nun eine qualifizierte Basis zur dringend erforderlichen politischen und gesellschaftlichen Diskussion der zukünftigen Finanzierung. Der Bericht konzentriert sich nicht auf einzelne Lösungen, sondern zeigt verschiedene Wege der Problemlösung auf.

Die Politik ist gefordert, die Finanzierungsdefizite endlich und konsequent anzupacken und ihre Aufgabe wahrzunehmen.

Der ISTE und weitere Wirtschaftsverbände sind überzeugt, dass im Straßenbau neue Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel eine zweckgebundene PKW-Vignette, endlich zur Anwendung kommen müssen. Wir brauchen endlich einen Ausbau Südwest, sonst nimmt der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ernsthaft Schaden.

VERKEHRSPOLITIK DES LANDES UND DER KOMMUNEN

Im Landesstraßenbau laufen bereits 69 Maßnahmen, so dass hier ebenfalls vor 2015 keine neuen Straßen gebaut werden. Ein Resultat der „nachhaltigen Mobilität“ ist der verstärkte Bau von Radwegen entlang von Landesstraßen. Im Sinne eines effizienteren Umgangs mit den verfügbaren Mitteln hat die Landesregierung eine Diskussion um die Absenkung von Baustandards angestoßen (Details siehe Kapitel „Technik und Normung“). Hierzu fanden mehrere Workshops im Ministerium statt. Dabei soll es laut Ministerium nicht um einen sicherheitsrelevanten Qualitätsabbau bei den Belägen oder dem Aufbau der Straßen gehen. Konkrete Ansätze sind derzeit Gegenstand von Pilotprojekten der Regierungspräsidien.

WIRTSCHAFTSPOLITIK ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

CDU-Fraktionschef Peter Hauk MdL zu Gast auf der Präsidiums- und Beiratssitzung des ISTE im Herbst 2012, hier zusammen mit Vorstand und Hauptgeschäftsführung des ISTE

Peter Hauk findet viele Kritikpunkte am Kurs der Landesregierung. Er vermisst u. a. Engagement für die Verkehrsinfrastruktur und für Stuttgart 21.



MITTEL FÜR ERHALT DER STRASSEN REICHEN NICHT

Für die Verbesserung des Straßenzustands sind 100 Millionen Euro pro Jahr erforderlich. Diese wurden zwar nominal im Haushalt 2012 eingestellt, werden aber durch Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Landesinvestitionsprogramm um rund 23 Millionen Euro jährlich reduziert. Der ISTE und andere Wirtschaftsverbände haben angesichts der guten Haushaltslage eine Erhöhung der Mittel für die Erhaltung von Landesstraßen in Höhe von 25 Millionen gefordert, letztlich jedoch ohne Erfolg.

GELD FÜR BRÜCKENSANIERUNG FEHLT

Der Zustand der Brücken im Zuge von Landesstraßen lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Die Grafik zeigt exemplarisch die bundesdeutsche Situation für Brücken von Bundesfernstraßen. Innerhalb von elf Jahren hat sich demnach der Zustand deutlich verschlechtert. Es ist zukünftig mit Geschwindigkeits- und Lastbegrenzungen oder sogar Sperren zu rechnen, wenn die Landesregierung nicht die zusätzlichen Mittel für ein dringend notwendiges „Brückenerhaltungsprogramm“ bereitstellt. Hierfür werden rd. 40 Mio. EUR pro Jahr benötigt.

MASSNAHMENPLAN STRASSE VOM ISTE KRITISIERT

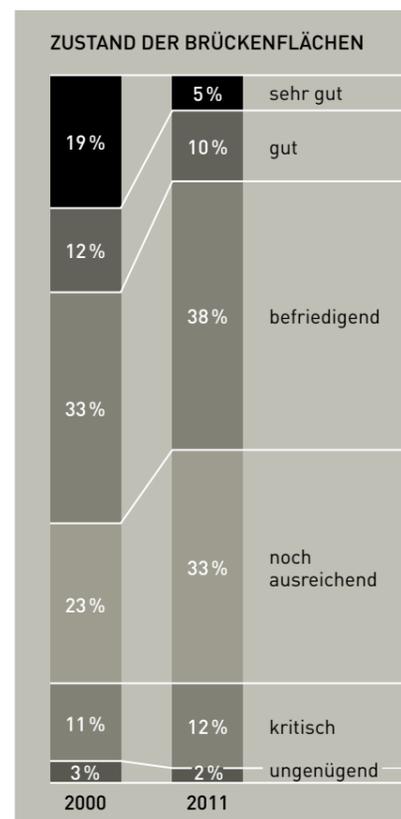
Der „Maßnahmenplan Straße“ zum Generalverkehrsplan zum Bau von Landesstraßen liegt seit Herbst 2012 im Entwurf vor. Die Stellungnahme des ISTE greift im Wesentlichen folgende Kritikpunkte auf:

- Die Bedeutung des Verkehrs für die Wirtschaft im Land muss bei der Priorisierung der Landesstraßen eine gesonderte Rolle spielen.

- Die Mittel für den Straßenneubau müssen aufgrund der Baupreissteigerungen auf das Niveau der Jahre 2009 bis 2012 erhöht werden.
- Die Planungen für die weiteren Projekte müssen fortgeführt werden.
- Die Planungsreserve darf nicht für andere Zwecke verwendet werden.
- Projekte über 15 Mio. Euro müssen ebenfalls in den Maßnahmenkatalog aufgenommen und umgesetzt werden.

MASSIVE PROBLEME AUCH BEIM KOMMUNALEN STRASSENBAU ZU BEFÜRCHTEN

Für die Förderung von kommunalen Straßen sind bis 2019 570 Millionen Euro eingeplant. Durch Vereinbarungen im Rahmen der Förderalismusreform bestehe jedoch ein hohes Risiko, dass ab 2014 die Fördermittel reduziert würden. Wie viel Geld für den kommunalen Straßenbau nach 2019 zur Verfügung steht, ist nach wie vor unklar. Hierzu fordern wir vom Landesverkehrsministerium entsprechenden Einsatz für den kommunalen Straßenbau.



Hoher Investitionsbedarf bei Ingenieurbauwerken: Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich der Zustand der Brücken deutlich verschlechtert.

Quelle: Deutscher Bundestag 2002/2012

„Impulse für den Wohnungsbau“ bringt alle wohnungsbaupolitischen Sprecher der Fraktionen des Landtags zu konkreten Aussagen: Die Regierung verspricht deutliche Schritte für mehr Wohnungsbau in den Ballungsräumen.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm kommen trotz des historischen Spatenstichs zu langsam voran.



STUTTART 21 LÄUFT NACH WIE VOR SCHLEPPEND

Nur wenig Baustoffbedarf hat Europas größte Baustelle (Stuttgart 21) bisher ausgelöst. Die aktuellen Diskussionen um das Schienenprojekt waren geprägt durch die gestiegenen Kosten und den Streit um deren Finanzierung bei den Projektpartnern.

Der ISTE befürwortet das Projekt trotz gestiegener Kosten weiterhin, weil es keine realisierbaren Alternativen zu Stuttgart 21 gibt.

Nach wie vor brauchen wir eine Dafür-Mentalität für jede Art von Großprojekten. Die Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sind die neuen Herausforderungen von Verkehrsprojekten, die es zukünftig souverän und frühzeitig zu meistern gilt.

Die Projektpartner sind aufgerufen, der vertraglich vereinbarten Förderungspflicht nachzukommen, sich auf eine faire Kostenverteilung zu einigen und das Zukunftsprojekt nun zügig umzusetzen, bevor durch weitere Verzögerungen die Kosten noch mehr ansteigen.

Die Fachgruppe Transportbeton im ISTE, die im September 2012 die Transportbetontage in Stuttgart mitorganisiert hat, hat dem Vorsitzenden des Verbandes Region Stuttgart, Thomas

S. Bopp (CDU), und dem Sprecher des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm, Wolfgang Dietrich, Gelegenheit geboten, über den Stand des Bahnprojektes zu berichten. Im Rahmen einer Exkursion wurde das Projekt vor Ort besichtigt.

WOHNUNGSBAUPOLITIK

Der ISTE engagiert sich in einem breiten Bündnis von Vertretern der Bau- und Immobilienwirtschaft, von Kammern, Arbeitnehmern und Mietern aus Baden-Württemberg in der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Vorsitzender der Aktion ist unser Mitglied Jochen Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen. Die Geschäftsstelle war bis März 2013 vier Jahre lang beim ISTE.

POSITIONSPAPIER WOHNUNGSBAU IN BADEN-WÜRTTEMBERG VERÖFFENTLICHT

Der Wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg jahrelang sträflich vernachlässigt, vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten. Junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind vom Wohnungsmangel besonders betroffen. Zwar werden nach Jahren endlich wieder mehr Wohneinheiten fertig gestellt – sie reichen aber bei weitem nicht aus. Am 27. Februar 2013 wurde das neue Positionspapier für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg der Öffentlichkeit vorgestellt und auf einer Veranstal-

tung unter dem Motto „Leerstand oder Notstand“ mit den wohnungsbaupolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen diskutiert.

In den Ballungszentren Baden-Württembergs herrscht bereits jetzt Mangel an Wohnraum und in den anderen Regionen passen die Wohnungen selten zu den Bedürfnissen der Bürger: sie sind zu klein, nicht seniorenrecht und erfüllen nicht die modernen energetischen Standards. Dem wird häufig entgegen, dass die demografische Entwicklung das Problem ganz von allein lösen würde.

Der ISTE begrüßt den von der grün-roten Landesregierung angekündigten Paradigmenwechsel im Wohnungsbau. Die Regierung will den Wohnungsbau „bedarfsgerecht und sozial ausgerichtet“ fördern. Schon heute sind in Ballungsgebieten bezahlbare Mietwohnungen knapp. Vor allem junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind davon betroffen. Bei zahlreichen Gebäuden lohnt sich die energetische Sanierung nicht mehr, zu wenige Wohnungen sind behinderten- und seniorenrecht. Deshalb ist nicht eine drastische Reduzierung, wie es das Statistische Landesamt empfiehlt, sondern eine Verdopplung des Wohnungsneubaus nötig.

Volles Haus bei den Impulsen für den Wohnungsbau im Haus der Architekten. Die Veranstaltung hat eine große Resonanz in der Öffentlichkeit erfahren. Ein Wahlkampfthema für den Bundestagswahlkampf 2013?

Andrea Lindlohr MdL, Grüne, (L.) und Tobias Wald MdL, CDU, hören Rolf Gaßmann vom Mieterbund Baden-Württemberg zu.



WOHNUNGSFERTIGSTELLUNGEN WEIT UNTER BEDARF

Im Jahr 2011 und 2012 wurden nach jahrelangem Rückgang wieder etwas mehr Wohnungen fertig gestellt und die Aufträge und Genehmigungen im Wohnungsbau nehmen zu. Diese geringen Steigerungen können jedoch den Mangel, der vor allem in Ballungsräumen herrscht, noch lange nicht ausgleichen. Viele Wohnungsbauprojekte sind konjunkturbedingt, weil die Menschen nach der Finanzkrise verstärkt in reale Werte investieren. Deshalb muss es jetzt darum gehen, durch langfristige Wohnraumförderpolitik Investitionen vor allem in den Mietwohnungsbau zu verstetigen.



Das Positionspapier „Impulse für den Wohnungsbau“ wurde im Februar 2013 veröffentlicht.

ENERGIEPOLITIK

Der ISTE vertritt seine Mitglieder auch in der Energiepolitik. Dieses Feld, das nicht nur in unserer Branche ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf, bearbeitet der ISTE nicht selbst. Vielmehr werden die Interessen der Steine- und Erdenindustrie in der Energiepolitik durch Fachleute im Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. vertreten und im Land durch die Kollegen des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie e.V.

Zusammen mit diesen und anderen Partnern bietet der ISTE auch Veranstaltungen zum Thema Energie an. Mit dem EEG, der Energiesteuer und Chancen und Risiken der Energiewende für unsere Industrie beschäftigte sich ein Halbtages-Seminar am 27.11.2012. Thema war auch, in welcher Form für Steine- und Erdenunternehmen Investitionen in erneuerbare Energien-Projekte möglich wären. Eine ganztägige Veranstaltung zum Zusammenspiel von Strom-, Energiesteuer und Energiemanagementsystemen und der praktischen Umsetzung solcher Systeme fand am 31.01.2013 mit großer Beteiligung statt.

Für die Energieberatung und Auskunft in einzelnen Fragen stellt der ISTE für die Mitglieder auf Wunsch Kontakte zu Fachleuten aus unserem Netzwerk her.

GESETZESENTWURF ZUR FÖRDERUNG DES KLIMASCHUTZES IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Land Baden-Württemberg hat sich die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes durch das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes auf die Fahne geschrieben. Aber ist dieses Gesetz überhaupt notwendig?

Die bundesgesetzlichen Regelungen und europäischen Vorgaben reichen zur Förderung des Klimaschutzes aus. Gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) hat der ISTE die rechtlichen Bedenken und tatsächlichen Auswirkungen auf die Steine- und Erdenindustrie deutlich gemacht. Werden die Produktionsstätten von Zement, Kalk und Gips aus Baden-Württemberg verdrängt, müssen die Baustoffe über weite Entfernungen transportiert werden. Die CO₂-Ersparnis wird damit zunichte gemacht und Arbeitsplätze gefährdet.



Der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung, Peter Hofelich MdL, SPD, setzte sich erfolgreich für vernünftige steuerliche Lösungen bei der Rückstellung für Rekultivierungen ein

Referenten des ISTE-Energieseminars im Januar 2013: Wie spielen Strom- und Energiesteuer sowie Energiemanagementsysteme zusammen?

RÜCKSTELLUNGEN FÜR REKULTIVIERUNGEN – ERFOLG IN DER STEUERPOLITIK

Rückstellungen für Rekultivierungen sind seit Jahren im Fokus der Steuerverwaltung. Die Änderung der Einkommenssteuerrichtlinie wurde vom Bundesrat im Dezember 2012 so gefasst, dass die Höhe der Rückstellungen in der Steuerbilanz den zulässigen Ansatz in der Handelsbilanz nicht überschreiten darf.

Durch Intervention des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI), des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS), des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) und des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) konnte zumindest erreicht werden, dass die Rückstellungen nicht komplett und sofort aufzulösen sind, sondern die nachträgliche Auflösung von Rückstellungen über 15 Jahre verteilt werden kann. Uns ist es im engen Kontakt mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium Baden-Württemberg und dem Mittelstandsbeauftragten, Peter Hofelich MdL, gelungen, diese zeitliche Verteilung im Bundesrat einzubringen. Erfolgreiche Verbandsarbeit auf Bundes- und Landesebene, gemeinsam mit dem BDI, BBS und MIRO hat dieses Ergebnis ermöglicht.

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

VERKEHRSPOLITIK

- Konsequenter Umstieg auf die Nutzerfinanzierung
- Mehr Engagement der Landesregierung in Berlin für „Aufbau Südwest“ für alle Verkehrsträger
- Für den Erhalt des Volksvermögens Landesstraßen sind mindestens 120 Mio. Euro notwendig
- Förderung des Projekts Stuttgart 21 mit der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm
- Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen
- Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch den Bund
- Mindestens 40 Mio. Euro für die nächsten drei Jahre für die Sanierung von Brücken durch das Land
- Erprobung von innovativen Fahrzeugkonzepten in der Baustoffindustrie (5-Achser mit 40 Tonnen)

WOHNUNGSBAUPOLITIK

- Landeseigenes Förderprogramm Wohnungsbau mit einem Volumen von 100 Mio. Euro p.a.
- Verdoppelung der linearen Abschreibungssätze von 2 auf 4 Prozentpunkte
- Einführung einer erhöhten Abschreibung bei energetischem und altersgerechtem Neubau („Klimaschutz-AfA“)
- Realisierung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung

ENERGIEPOLITIK

- Kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende
- Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Wettbewerbsfähige Ausgestaltung der Energiebesteuerung, des Emissionshandels und des EEG
- Investitionsfreundliche Regelungen zur Förderung des energieeffizienten Bauens und Wohnens

»Unsere Tarifverträge sichern faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen. Sie sichern den Betriebsfrieden und bieten zahlreiche Regelungen, die speziell auf die Bedürfnisse unserer Branche zugeschnitten sind. Um dies auch künftig zu gewährleisten, braucht es weiterhin ein beständiges und breit in der Mitgliedschaft verankertes Engagement.«



Martin Kronimus,
Kronimus AG, Iffezheim
Vorsitzender des Sozialpolitischen
Ausschusses des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE steht für faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Der ISTE steht für die Regelung einheitlicher Arbeitsbedingungen im Flächentarifvertrag und über die Branchenbranche hinweg. Der ISTE setzt sich für branchenspezifische Lösungen ein, wo dies erforderlich ist, z.B. in Form der Arbeitszeitflexibilisierung über den gesamten, zwölfmonatigen Jahreslauf oder die Möglichkeit witterungsbedingter Kündigungen, die selbstverständlich immer mit der Wiedereinstellungszusage verbunden sind.

Die Tarifpolitik ist ein Herzstück der Arbeit des ISTE. Der ISTE schließt als Arbeitgeberverband, derzeit mit der IG BAU, die branchenspezifischen Flächentarifverträge für die Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg ab. Diese Tarifverträge finden auf die große Mehrheit der Arbeitsverhältnisse in unserer Branche ganz oder überwiegend Anwendung.

TARIFPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In Deutschland werden Entgelte und Arbeitszeiten von den Tarifvertragsparteien ohne staatliche Einflussnahme ausgehandelt. Grundlage ist die in Art. 9 des Grundgesetzes geregelte Koalitionsfreiheit, das Recht, „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden“. Die Tarifvertragsparteien in Deutschland entscheiden maßgeblich über Höhe und Entwicklung des Personalaufwandes und damit über gut 70% des Volkseinkommens.

Der Branchentarifvertrag gibt den Arbeitsverhältnissen einen verlässlichen Rahmen. Er entlastet die betrieblichen Arbeitsbeziehungen von Konflikten und erspart den Unternehmen erheblichen eigenen Aufwand bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Für den Branchentarifvertrag sprechen also überzeugende Argumente:

Der Branchentarifvertrag

- hält weitgehend Konflikte aus den Betrieben heraus und sichert so den Betriebsfrieden,
- nimmt den Unternehmen die zeit- und kostenintensiven Tarifverhandlungen ab,
- ist bei der Regelung komplexer Rechtsmaterien vor allem für kleine und mittlere Betriebe eine große Entlastung,
- ermöglicht durch die Friedenspflicht während der Laufzeit störungsfreie Lieferbeziehungen,
- kann auch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Gleichwohl muss die Attraktivität der Branchentarifverträge als Instrument der Lohnfindung stetig verbessert werden. Der Tarifvertrag ist kein Selbstzweck. Drohende Fehlentwicklungen müssen erkannt und verhindert werden und Tarifverträge fortlaufend den sich ändernden Bedingungen angepasst und modernisiert werden. Ein gelungenes Beispiel ist die Arbeitszeitflexibilisierung, die eine Anpassung der traditionell starren betrieblichen Arbeitszeiten an den branchentypisch stark schwankenden Arbeitsanfall zulässt.

Ergänzt werden diese Regelungen zur Arbeitszeitflexibilisierung durch die exklusiv in unserem Rahmentarifvertrag gegebene Möglichkeit, mit kürzester Frist witterungsbedingte Kündigungen auszusprechen.

RAT UND TAT IN EINZELFÄLLEN

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern, ob mit oder ohne Tarifbindung, alle Leistungen des klassischen Arbeitgeberverbandes und damit umfassende Rechtsberatung im Arbeits- und Sozialrecht.

Die individuelle Beratung ist für die Mitgliedsunternehmen nicht nur eine wichtige Dienstleistung, sondern für den Verband auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-)Entwicklungen zu erfahren, die dann auf politischer Ebene, in Tarifverhandlungen und nötigenfalls auf dem Rechtsweg, im Interesse aller Mitglieder gelöst werden müssen.

Beispielhaft zu nennen sind die zahlreichen Auseinandersetzungen um die Abgeltung von Resturlaub. Seit der vielbeachteten „Schultz-Hoff-Entscheidung“ des EuGH im Jahr 2009 wird diskutiert, wie viel Urlaub nach langanhaltender Erkrankung einem ausscheidenden Mitarbeiter ausbezahlt ist. Der EuGH

Einer von 15.000 direkt Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg.

hatte in nicht nachvollziehbarer Weise aber rechtsverbindlich festgestellt, dass während langanhaltender Erkrankung der Urlaub nicht wie sonst verfallen könne. Völlig unklar war lange Zeit, wie dieses Urteil auf das deutsche Urlaubsrecht anzuwenden wäre.

Wir haben von Anfang an vertreten, dass die tarifvertraglichen Ansprüche in unserer Branche eigenständig geregelt sind und daher nicht den Verfall-Regelungen des gesetzlichen Urlaubs unterliegen. In der täglichen Auseinandersetzung konnten vielfach mit unserer Hilfe annehmbare Lösungen erreicht werden. Eine gerichtliche Entscheidung für unsere Tarifverträge steht noch aus. Sollte die Wirksamkeit der bestehenden Tarifregelungen nicht bestätigt werden, so wird die Frage erneut Gegenstand von Tarifverhandlungen werden müssen. So greifen Rechtsberatung, Tarifpolitik und politische Forderung nahtlos ineinander.





Der Sozialpolitische Ausschuss des ISTE um den Sprecher Martin Kronimus (Mitte) am ersten Tag der Tarifverhandlungen im April 2013

TARIFABSCHLUSS

Der Tarifabschluss 2012 konnte erst in der dritten Verhandlungsrunde am 8.5.2012 in Böblingen nach langen, zähen Verhandlungen erreicht werden. Die Verhandlung hatte in sehr angespannter Stimmung stattgefunden. Es erfolgte eine Entgelterhöhung in Höhe von 3,3%, die für 13 Monate vereinbart wurde. Nach der üblichen Betrachtung führt der Abschluss auf eine Jahreslaufzeit gerechnet zu einer Belastung von effektiv 3,05%. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass Regelungen zur befristeten Übernahme von Auszubildenden auf betrieblicher Ebene mit dem Betriebsrat getroffen werden.

Der 2012 abgeschlossene Tarifvertrag über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen wurde zwischenzeitlich von der IG BAU fristgerecht zum 31.05.2013 gekündigt. Eine Forderung wurde seitens der Gewerkschaft bisher nicht gestellt. Der Beginn der Verhandlungen ist für den 16.04.2013 vereinbart worden.

INZELBERATUNG

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern schnelle und fundierte arbeits- und sozialrechtliche Beratung durch seine Fachjuristen. Zu unseren Leistungen im Arbeits- und Sozialrecht zählen insbesondere die Beratung und Vertretung

- bei der Vertragsgestaltung,
- bei der Vertragsbeendigung – häufig durch Kündigung, aber auch im Wege einvernehmlicher Lösungen,
- in behördlichen Verfahren, zum Beispiel beim Integrationsamt,
- in Verhandlungen und Verfahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz,
- in Verhandlungen mit Sozialversicherungsträgern (z. B. Rentenversicherung, Berufsgenossenschaft,...),
- in Verhandlungen mit der Gewerkschaft.

Besonders kleinere und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen profitieren von den zusätzlichen Leistungen für die tägliche Personalarbeit, wie:

- dem kostenlosen Zugang zu branchenspezifischen und auf die Tarifverträge abgestimmten Mustern für die Personalarbeit, zum Beispiel Arbeitsverträge.
- regelmäßige Schulungen zur Personalarbeit, gezielt auch für fachfremde Verantwortungsträger der Mitgliedsunternehmen.

Die Beratung und Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten gehört zu den Leistungen des Verbandes. Besteht besonderer Beratungsbedarf, der über das Übliche und Mögliche hinausgeht, vermittelt der ISTE bewährte Fachanwälte im Arbeitsrecht, die unseren Mitgliedern zum Teil im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.

Für die Beratung und Begleitung bei nur einer Kündigung und der Vertretung im anschließenden Kündigungsschutzprozess sparen die Mitglieder bei einem Bruttomonatsentgelt des Mitarbeiters von 2.600,00 Euro durch die Unterstützung des Verbandes ca. 1.500,00 Euro an Anwaltshonorar nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

Die tägliche Unterstützung unserer Mitglieder reicht von der rechtssicheren Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses bis zur Verhandlung mit dem Betriebsrat über die Einführung der tariflichen Arbeitszeitmodelle.

Über die teilweise bemerkenswerten Erfahrungen und Ereignisse in der Einzelberatung zu berichten, verbieten unser Selbstverständnis von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und gesetzliche Schweigepflichten. Zu bemerken ist aber, dass nach wie vor sehr aufwändige Auseinandersetzungen um fristlose Kündigungen einen Schwer-



Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter will ständig neu gelernt werden, z.B. auf dem ISTE-Seminar im Februar 2013.

Dr. Manfred Korn von der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemische Industrie (BG RCI) erläutert Neuigkeiten beim Arbeitsschutz.



punkt in der Beratungspraxis bilden. In diesen Verfahren steht regelmäßig auf allen Seiten wenig Verhandlungsspielraum zur Verfügung, aber viel auf dem Spiel. Ein sehr hohes Maß an Leidenschaft ist seitens der Arbeitgeber gefordert, denen nicht selten von den Richtern am Arbeitsgericht in einer sicheren „Hinterher-Betrachtung“ vorgeworfen wird, sie seien zu Beginn zu nachlässig gewesen und am Ende zu empfindlich. Mit der nötigen Erfahrung, dem Blick für das Machbare und (möglichst) frühzeitiger Beratung und Vorbereitung lässt sich dennoch vieles lösen. Dafür stehen wir den Mitgliedern stets zur Verfügung.

Die für die Personalarbeit wichtige Quintessenz aus all diesen Verfahren geben wir im Rahmen unserer Schulungsveranstaltungen regelmäßig weiter.

VERANSTALTUNGEN

Im Mai 2012 haben wir gemeinsam mit Dr. med. Manfred Korn von der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) und Walter Minst von der Minst Rohstofftechnik GmbH & Co. KG eine mit 60 Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung zum Thema Arbeitssicherheit, Arbeitsschutz und dessen Dokumentation entsprechend den gesetzlichen Pflichten durchgeführt.

Im Februar 2013 fand zum wiederholten Mal eine Fuhrpark- und Fahrerpersonalleiterschulung statt, die wir gemeinsam mit der Fahrerakademie Oberschwaben anboten und auf diese Weise den gelegentlich selbst fahrenden Fuhrparkleitern den zusätzlichen Nutzen der anerkannten Berufskraftfahrerqualifikation boten.

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

TARIFTREUE- UND MINDESTLOHNGESETZ

In den vergangenen Jahren wurden in mehreren Bundesländern sogenannte Tariftreue- oder Vergabegesetze verabschiedet.

Auch in Baden-Württemberg wurde am 10. April 2013 ein Tariftreue- und Mindestlohngesetz beschlossen, das noch im Jahr 2013 in Kraft treten wird.

Als unmittelbarer Lieferant der betroffenen Bauunternehmungen hat dieses Gesetz auch in unserer Branche Auswirkungen. Vielfach werden bereits bisher irrtümlicherweise auch von unseren Mitgliedsunternehmen Tariftreue-Erklärungen oder Vergleichbares gefordert. Andernfalls droht der Lieferausschluss. Der Umfang der Erklärungen und die Zahl der Erklärungen wird nun weiter steigen, ohne dass sich für die betroffenen Beschäftigten Vorteile bieten, denn die bei den Kunden unserer Mitglieder meist einschlägigen Tarifverträge für das Bauhauptgewerbe sind ohnehin schon lange für allgemeinverbindlich erklärt und die Auftraggeberhaftung im Arbeitnehmerendengesetz geregelt.

Ob das neue Tariftreue- und Mindestlohngesetz verfassungskonform ist, ist fraglich. Der Landesgesetzgeber kann auf diesem Gebiet nämlich nur Regelungen treffen, soweit der Bundesgesetzgeber nicht bereits tätig geworden ist. Nach richtiger Ansicht ist mit dem System der Allgemeinverbindlicherklärung auf Bundesebene der Schutz durch staatlich legitimierte Mindestarbeitsbedingungen abschließend geregelt.

Für die landesrechtliche Regelung von Mindestarbeitsbedingungen besteht daher rechtlich kein sinnvoller Spielraum und in der Sache kein Bedarf.

»Natürliche Gesteinsrohstoffe sind immer standortgebunden und nicht vermehrbar. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist deshalb eine bedarfsunabhängige Sicherung der Rohstoffvorkommen unverzichtbar.«



Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm, Mitglied des Umwelt- und Rohstoffausschusses (URA) im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE bündelt die Belange der Rohstoffwirtschaft und tritt gegenüber der Regional- und Landesplanung und den betroffenen Fachbehörden als Interessensvertreter und fachlicher Ansprechpartner auf. Tätigkeitsschwerpunkt ist die aktive Begleitung der Rohstoffsicherung in den Regionalplänen der zwölf Planungsregionen im Land. Darüber hinaus bringt sich der ISTE in sämtliche überörtlichen Planungen ein, die in direktem oder indirektem Zusammenhang zu den Rohstoffgewinnungsstätten des Landes und deren Gesteinsvorkommen stehen.

Ziel ist eine nachhaltige Rohstoffsicherung. Dafür werden in den überörtlichen Plänen und Programmen durch Gebietsdarstellungen für die langfristig vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen.

VERBRAUCHSNAHE ABBAUSTÄTTEN SIND WICHTIG

Angestrebt wird eine dezentrale Verteilung der Rohstoffgewinnungsstätten und der zu sichernden Flächen über das Land. Hierdurch werden Transportwege minimiert und Emissionen durch den Verkehr vermieden. Standortkonzentrationen sollen durch die Regionalplanung aus Sicht des ISTE vermieden werden, um keine übermäßigen Beeinträchtigungen an wenigen Großstandorten entstehen zu lassen. Die Rohstoffe werden überall benötigt, so dass die Akzeptanz von mehr, aber kleineren Abbaustätten mit geringeren Umweltauswirkungen einer gerechteren Verteilung Rechnung trägt.

VEREINZELTE NEUAUFSCHLÜSSE SIND NÖTIG

Bestehende Abbaustätten sollen bis zur Neige abgebaut werden, der Erweiterung ist gegenüber Neuaufschlüssen Vorzug zu geben. Letztere sind aber nicht ausgeschlossen und für die mittel- und längerfristige Sicherstellung der Rohstoffgewinnung unerlässlich.



Nicht einmal 0,2% der Fläche des Landes wird vorübergehend für die Rohstoffgewinnung genutzt. Der Zugriff auf heimische Ressourcen muss auch für die nachfolgenden Generationen sichergestellt werden.

Diese Neuaufschlüsse sind an Standorten mit hoher Rohstoffmächtigkeit und -qualität, mit möglichst geringen Nutzungskonflikten und geringen Abraummächtigkeiten zu errichten. Die Mitnutzung bestehender Werksinfrastruktur ist vorteilhaft, insbesondere auch von Schiffsverladeanlagen an Rhein und Neckar. Die Abbaustätten in Baden-Württemberg werden unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzgüter optimiert. Schließlich sollen die Produkte entsprechend ihrer Qualität einer möglichst hochwertigen Verwendung zugeführt werden. Um in der Regionalplanung die tatsächlichen Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren, beim Grunderwerb und beim Abbau selbst angemessen zu berücksichtigen, ist auf eine realitätsnahe Dimensionierung der Vorranggebiete durch die Beachtung von entsprechenden Zuschlägen aus dem Rohstoffsicherungskonzept Stufe 2 zu achten.

BEDARFSUNABHÄNGIGE ROHSTOFFSICHERUNG

Der ISTE befürwortet außerdem eine bedarfsunabhängige Rohstoffsicherung, um langfristig die Zugänglichkeit zu bauwürdigen Rohstoffvorkommen sicherzustellen. Die Überplanung dieser Vorkommen durch bauliche, wasser- oder naturschutzrechtliche Vorhaben ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Die Rohstoffwirtschaft leistet durch die Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze einen wesentlichen Beitrag für funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe und stellt insbesondere im ländlichen Raum dauerhaft Arbeitsplätze zur Verfügung. Der ISTE setzt sich intensiv dafür ein, dass diese Strukturen erhalten und gefördert werden und Baden-Württemberg seinen Baustoffbedarf weiterhin aus heimischen Lagerstätten decken kann.

GISINFOSERVICE.DE – WAS SIE SCHON IMMER ÜBER IHREN STANDORT WISSEN WOLLTEN!

Nachhaltige Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung braucht raumbezogene Geodaten zu Lagerstätten und Umweltinformationen. Hierzu wurde www.GisInfoService.de 2005 vom ISTE eingeführt und über das Leitprojekt „GeoRohstoff“ der Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundeswirtschaftsministeriums bundesweit für die mineralische Rohstoffindustrie und ihre Verbände weiterentwickelt. GisInfoService bietet neben den Basisinformationen wie Luftbilder und Schutzgebiete die Möglichkeit zur Einbindung betriebsspezifischer Rauminformationen und eine ausgefeilte Grundstücksverwaltung nicht nur für die Rohstoffwirtschaft.

ISTE-Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger erläutert beim Rohstoffdialog des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft die Rolle der heimischen Industrie.

Baden-Württemberg benötigt nach Meinung des BBS-Volkswirtes Christian Engelke in den kommenden Jahrzehnten überdurchschnittlich viel mineralische Rohstoffe.



ROHSTOFFDIALOG IM MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung, Peter Hofelich MdL (SPD), hat auf der Jahreshauptversammlung 2012 dem ISTE vor dem Hintergrund von Konzentrationsprozessen in der rohstoffgewinnenden Industrie angeboten, in den Dialog einzutreten, wie den überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen der Branche die betriebliche Weiterentwicklung erleichtert werden kann.

Im Rahmen eines „Rohstoffgipfels“ des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft im Juli 2012 konnte der ISTE auf einer Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Minister Dr. Nils Schmid auf die Sorgen der mittelständischen, heimischen Rohstoffwirtschaft aufmerksam machen. Die SWR-Landesschau berichtete vom Rohstoffgipfel anhand eines Beispiels aus der Naturwerksteinindustrie und eines Statements des ISTE-Fachgruppenvorsitzenden Naturwerkstein, Albrecht Lauster.

Seither haben zwei weitere Gesprächsrunden unter Beteiligung des ISTE stattgefunden, wie sich die Situation der Rohstoffsicherung für die baden-württembergische Industrie allgemein und für die heimische Rohstoffgewinnung im Besonderen darstellt.

Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid wird sich am 13.05.2013 auf dem Rohstoffdialog positionieren. Ein Positionspapier von DGB, LVI und Wirtschaftsministerium ist in Vorbereitung. Weitere Arbeitsgruppengespräche speziell zur heimischen, mittelständischen Rohstoffgewinnung sind vorgesehen.

GUTACHTEN ZUR BEDARFS-ENTWICKLUNG NACH STEINE-ERDEN-ROHSTOFFEN BIS 2030

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in Zusammenarbeit mit der SST Ingenieurgesellschaft im Auftrag des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS) die langfristige Nachfrage nach Baurohstoffen und Industriemineralien unter Einbeziehung des Substitutionspotenzials durch Sekundärrohstoffe untersucht. In dem Gutachten werden zunächst der Verbrauch mineralischer Primär- und Sekundärrohstoffe bis 2010 sowie deren Einsatz in den nachgelagerten Wirtschaftszweigen dargestellt. Darauf aufbauend erfolgt unter Zugrundelegung zweier Szenarien zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine quantitative Analyse der Nachfrage nach Steine-Erden-Rohstoffen und Industriemineralien in Deutschland bis zum Jahr 2030.

Demnach entspricht der Bedarf bei relativ geringer wirtschaftlicher Dynamik im Jahr 2030 mit 544 Mio. Tonnen dem noch von der Wirtschaftskrise

geprägten Niveau des Jahres 2010. Bei stärkerem wirtschaftlichem Wachstum erreicht die Nachfrage mit 631 Mio. Tonnen in etwa das Niveau von 2001. Allerdings wird auch in diesem Fall nicht mehr das hohe Niveau der 90er Jahre mit einer jährlichen Nachfrage von teilweise deutlich über 700 Mio. Tonnen erreicht.

Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass die Branche in beträchtlichem Maße auf Sekundärrohstoffe zur Schonung natürlicher Ressourcen zurückgreift. Allerdings sinkt – bei weiterhin hohen Verwertungsquoten – die Substitutionsquote leicht ab, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Verwertungsquote bei den Baurestmassen bereits heute bei rund 90% liegt. Das Angebot an Recycling-Baustoffen wird hingegen gleich bleiben bzw. nur leicht steigen.

Für Baden-Württemberg ist aufgrund der nach wie vor positiven Bevölkerungsentwicklung mit entsprechendem Wohnungsneubaubedarf, überdurchschnittlicher Wirtschaftskraft, einem hohen Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur und einem eher geringen Rückbaupotential mit einem Rohstoffbedarf im oberen Bereich der beiden Szenarien zu rechnen. Würde man für Baden-Württemberg, analog zum Bund, die Nachfrage von 2001 für das Zieljahr heranziehen, so ergäbe sich für die Zukunft ein jährlicher Bedarf von gut 100 Mio. Tonnen pro Jahr an Steine-Erden-Rohstoffen und Industriemineralien gegenüber den

Region	Verbindlicher Regionalplan (Teil Rohstoffe)	ISTE-Aktivität	Stand Fortschreibung
Bodensee-Oberschwaben	2003	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Donau-Iller	2006	Nein	
Heilbronn-Franken	2006 2011 (Änderung)	Nein	
Hochrhein-Bodensee	2005	Ja	Entwurfserarbeitung derzeit ausgesetzt
Mittlerer Oberrhein	2003 (Lockergestein) 2006 (Festgestein)	Ja	Zweiter Entwurf in Erarbeitung
Neckar-Alb	1995	Ja	In Offenlage
Nordschwarzwald	2000	Ja	In Genehmigung
Ostwürttemberg	1998	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Rhein-Neckar	1992	Ja	Satzungsbeschluss in Erarbeitung
Schwarzwald-Baar-Heuberg	2010	Nein	
Stuttgart	2010	Nein	
Südlicher Oberrhein	1999	Ja	Entwurf in Erarbeitung

heutigen rund 90 Mio. Tonnen, die dezentral und verbrauchsnahe in Baden-Württemberg gefördert werden müssen.

REGIONALPLAN – (TEIL-)FORTSCHREIBUNGEN ZUR ROHSTOFFSICHERUNG

Acht von zwölf Regionen befinden sich in unterschiedlichen Stadien des Fortschreibungsprozesses (siehe oben). Raumnutzungskonflikte nehmen zu, Abwägungsbelange, normative Vorgaben und der teils massive Widerstand verschiedener Interessensgruppen engen den planerischen Gestaltungsraum immer mehr ein, wodurch die Fortschreibungsverfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Der ISTE setzt sich entschieden für eine nachhaltige Rohstoffsicherung auf regionaler Ebene ein. Auf örtlicher Ebene müssen die Unternehmen durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Rohstoffgewinnung und -sicherung erläutern und für die nötige Akzeptanz werben. Der ISTE unterstützt seine Mitgliedsbetriebe durch Broschüren, Informationstafeln und Flyer.

NORDSCHWARZWALD

Der Regionalverband Nordschwarzwald hat im Juli 2012 zur Teilfortschreibung Rohstoffsicherung des Regionalplans den Satzungsbeschluss gefasst. Er setzt damit die Vorgaben der VwV

Regionalpläne um, Festlegungen zu Rohstoffen in Abbau- und Sicherungsgebiete zu differenzieren. Insgesamt konnte für die meisten Steinbrüche der Region die mittelfristige Zugänglichkeit gesichert werden. Lediglich an einzelnen Standorten konnte dies aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht umgesetzt werden. Der Regionalplan liegt derzeit beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Genehmigung.

NECKAR-ALB

Der Planentwurf der Region Neckar-Alb ist im zweiten Quartal 2013 erneut in die Offenlage gegeben worden. Der Entwurf trägt einer nachhaltigen Rohstoffsicherung Rechnung und legt als zweiter Regionalplan einen Sicherungszeitraum von insgesamt 40 Jahren zugrunde. Aufgrund hoher Nutzungskonkurrenzen, insbesondere bei den Standorten in der Nähe des Albtraufs, legt der Regionalverband zwar eine knapp bemessene aber schlüssige Konzeption vor, die an einer dezentralen Versorgung mit mineralischen Rohstoffen festhält und ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten gleichermaßen gerecht wird.

RHEIN-NECKAR

Der Entwurf des Einheitlichen Regionalplans der Metropolregion Rhein-Neckar führt die bisherigen Pläne aus den benachbarten Teilräumen Südhessen und Rheinpfalz zusammen und schreibt diese fort. Im Kapitel Rohstoffsicherung zeigen sich die Unterschiede zwischen

dem verdichteten Kernraum in der Rheinebene mit starken Nutzungskonkurrenzen und schwieriger Flächenbereitstellung für Lockergesteine und einer ausgewogenen Sicherung von Festgesteinen im ländlichen Raum im Osten der Region. Über die Behandlung der ISTE-Stellungnahme ist noch nicht entschieden.

MITTLERER OBERRHEIN

In der Region Mittlerer Oberrhein ist der erste Entwurf zur Teilfortschreibung Sand und Kies in vielen Bereichen, nicht nur bei den Kies gewinnenden Unternehmen, auf Widerstand gestoßen. Defizite liegen aus Sicht der Rohstoffwirtschaft insbesondere in der zu geringen Flächenbemessung und in der nicht ausreichenden Berücksichtigung wirtschaftlich-technischer Belange. Der Regionalverband steht nun vor der Aufgabe, alle Stellungnahmen abzuwägen und einen genehmigungsfähigen zweiten Entwurf zu erarbeiten. Dafür bildet die umfangreiche Stellungnahme des ISTE eine wesentliche Grundlage. Im vergangenen Jahr haben bereits einige Gespräche zwischen Regionalverband und Unternehmen stattgefunden, zum Teil mit ISTE-Beteiligung. Eine frühere Durchführung dieser Gespräche bzw. eine stärkere Berücksichtigung unserer Stellungnahmen bereits vor dem ersten Entwurf wäre angezeigt gewesen und hätte zu einem besseren ersten Entwurf beigetragen.

Abbaukonzept, Rekultivierung und Fotovoltaik auf verfüllten Flächen waren die Themen beim Firmenbesuch von Dr. Markus Rösler MdL bei den Firmen Sämman und Gebr. Zimmermann im Enzkreis.

Dr. Markus Rösler MdL im Gespräch mit Dieter Veigel, Gebr. Zimmermann, und Heinz Sprenger, ISTE



SÜDLICHER OBERRHEIN, BODENSEE-OBERSCHWABEN, HOCHRHEIN-BODENSEE UND OSTWÜRTTEMBERG

Hier liegen noch keine Regionalplandrawürfe vor. Die Arbeiten werden hierzu in den kommenden Monaten von den Geschäftsstellen der Regionen in bewährter Zusammenarbeit mit dem ISTE fortgeführt.

BÜRGERBETEILIGUNG IN DER ROHSTOFFWIRTSCHAFT

Seit vielen Jahren bewährte Planungsverfahren werden von verschiedenen Gruppen in Zeiten der „Bürgergesellschaft“ zunehmend in Frage gestellt und als „undemokratisch“ und „intransparent“ verurteilt, obwohl in der Regel eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet. Planungen oder konkrete Vorhaben zur Rohstoffgewinnung stoßen auf Widerstand.

Zur Erhöhung der Akzeptanz von Steine-Erden-Vorhaben empfiehlt sich eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, die ein Bewusstsein für die Bedeutung von Rohstoffgewinnung schafft. Hierfür stellt der ISTE verschiedene Medien zur Verfügung (s. Kapitel Öffentlichkeitsarbeit).

Ergänzend sollte die Bevölkerung durch Vor-Ort-Termine und die Medien gezielt und möglichst frühzeitig über das

Projekt informiert werden. Beteiligungsmöglichkeiten in den formellen Verfahren, aber auch die Grenzen der Beteiligungsverfahren, müssen deutlich gemacht werden. Darüber hinaus kann auch ein Konsultationsprozess in Gang gesetzt werden, der Fachkenntnisse aus der Bürgerschaft einbezieht und einen Dialog zwischen den Beteiligten ermöglicht.

Darüber hinausgehende Forderungen, bei Vorhaben mit zu entscheiden oder über sie abzustimmen, können nicht erfüllt werden, da es sich bei der Rohstoffgewinnung um privatwirtschaftliche, im Außenbereich privilegierte Vorhaben handelt.

Ergänzend zur Bürgerbeteiligung schafft eine kontinuierliche Gremienarbeit vor Ort Rückhalt und Vertrauen. Ein steter Dialog mit den Genehmigungsbehörden über Vorhaben beugt Überraschungen bei der Verwaltung vor und versetzt sie damit in die Lage, die Öffentlichkeit richtig zu informieren.



ÄNDERUNG DES LANDESPLANUNGSGESETZES

Die „Windnovelle“ des Landesplanungsgesetzes ist am 23.05.2012 in Kraft getreten. Demnach können nur noch Vorranggebiete für Windenergieanlagen in den Regionalplänen dargestellt werden. Ausschlussgebiete sind nicht mehr zulässig. Damit obliegt es seither der Bauleitplanung, Gebiete von der Windenergienutzung auszuschließen. Dies ist grundsätzlich auch nur dann möglich, wenn Windkraftanlagen innerhalb des Planungsraums substantiell Raum gegeben wird und entsprechend Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes hat zudem die bestehenden Teilkapitel „Windkraft“ der Regionalpläne mit Wirkung vom 01.01.2013 aufgehoben.

Der ISTE-Forderung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, zum Verbleib der ausschließlichen Planungsbefugnis für Windenergiegebiete bei den Regionalverbänden im Sinne eines großräumigen und übergreifenden Freiraumschutzes und eines geordneten Ausbaus der Windkraft, wurde nicht Rechnung getragen. Auch wurden den Geschäftsstellen der Regionalverbände keine realistischen Übergangszeiträume eingeräumt, um Regelungslücken nach Aufhebung der Windkraftpläne zu vermeiden.



Windkraftanlagen müssen auch mit Rücksicht auf unverrückbare mineralische Lagerstätten geplant werden.

Umweltminister Franz Untersteller befürwortet, dass Rohstoff-Lagerstätten bei der Festlegung von Windkraftstandorten berücksichtigt werden.



In der Praxis lassen sich nun im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Flächennutzungsplanfortschreibungen für die Windkraft feststellen. Hiervon sind insbesondere die windreichen Mittelgebirgslagen betroffen. Eine koordinierte Interessensvertretung für die Rohstoff gewinnende Industrie gegenüber den Planungsträgern kann nicht mehr erfolgen, da der ISTE von den Gemeinden zumeist nicht an den Verfahren beteiligt wird. Damit kommt der betrieblichen Rohstoffsicherungs politik durch Abwehr von Windkraftkonzentrationszonen in den Bauleitplänen hohes Gewicht zu. Der ISTE hat seinen Mitgliedern Musterstellungnahmen zur Verfügung gestellt, um sich gegenüber den Gemeinden positionieren zu können.

WINDENERGIEERLASS BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Erlass ist seit dem 30.05.2012 in Kraft. Er sollte allen Betroffenen eine einheitliche, präzisierende Handreichung und Leitlinie für die Planung, Genehmigung und Ausführung von Windenergieanlagen sein. Für die Regionalverbände und die Gemeinden soll er eine Hilfestellung für die Planung darstellen, für die nachgeordneten Behörden ist er verbindlich. In der Anwendung ergeben sich derzeit für die Planungsträger jedoch noch Unklarheiten.

Der ISTE hat sich für eine umfassende Beachtung von Belangen der Rohstoffwirtschaft im Windenergieerlass ausgesprochen, insbesondere vor dem Hintergrund einer unkontrollierten baulichen Nutzung auf bauwürdigen Rohstoffvorkommen mit erschwelter Zugänglichkeit in der Zukunft zur Gesteinsgewinnung.

Das federführende Umweltministerium hat daraufhin eine Formulierung zur Rohstoffsicherung aufgenommen, so dass bei der Festlegung von Standorten für Windenergieanlagen die Belange des Klimaschutzes mit anderen relevanten Belangen, wie etwa dem Rohstoffabbau, im jeweiligen konkreten Planungsfall abzuwägen sind. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, dass bei einer Windkraftplanung Abwägungsfehler vorliegen, wenn trotz eines vorhandenen Abbaus oder Rohstoffvorranggebieten dieser Belang im Verfahren nicht behandelt, falsch eingeschätzt oder nicht zum angemessenen Ausgleich gebracht wird.

REGIONALPLAN-(TEIL)FORTSCHREIBUNGEN ZUR WINDKRAFT

Acht Regionen haben den ISTE bei der Ermittlung geeigneter Vorranggebiete für die Windenergiegewinnung bisher beteiligt. In Zusammenarbeit mit den Unternehmen wurden die Interessen formuliert. Die Rohstoffwirtschaft ist in den Teilräumen je nach vorherrschenden

den Windgeschwindigkeiten und Planungskonzeptionen der Regionalverbände sehr unterschiedlich betroffen.

Während in manchen Regionen Konflikte frühzeitig ausgeräumt werden konnten, werden vereinzelt auch Vorentwürfe offengelegt, die Rohstoffsicherungsgebiete mit Windkraftanlagen überplanen oder in direkter Nachbarschaft zu genehmigten Abbauflächen Windkraftstandorte vorsehen, die jegliche Erweiterungen der Rohstoff gewinnenden Betriebe zunichtemachen.

Die Positionierung des ISTE zu den jeweiligen Regionalplanungen hat in sehr vielen Fällen zur Klärung beitragen können, so dass die verbleibenden Konflikte als Einzelfälle anzusehen sind. Die kommunalen Bauleitplanungen sind hierbei jedoch nicht berücksichtigt. In nicht wenigen Fällen ist dabei festzustellen, dass die Rohstoffsicherungsplanungen der Regionalverbände häufig nicht beachtet werden und darüber hinausgehende Rohstoffbelange in den Flächennutzungsplanungen teils nicht einmal berücksichtigt werden. Die Unternehmen sind vor Ort im eigenen Interesse der Rohstoffsicherung aufgerufen, sich in die Planungen mit einzubringen.

GisInfoService wird ständig weiter entwickelt:
Die Grundstücksverwaltung für GisInfoService ist ein echter Mehrwert für Betriebe mit mehr als 50 Flurstücken. Auch 12.000 Flurstücke sind kein Problem, wie Großprojekte der LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH.



GISINFOSERVICE

MIT NEUEM MOTOR UNTER DER HAUBE UND DEZENTEM FACELIFTING

Zum Jahreswechsel 2012/2013 wurde GisInfoService im Auftrag der beteiligten Verbände technisch überarbeitet. Mit der neuen Grundsoftware wurden hauptsächlich Verbesserungen hinter der Oberfläche vorgenommen, die dem ständigen Entwicklungsfortschritt im Bereich der Webdiensttechnologie Rechnung tragen. Darüber hinaus wurde die Dienstverwaltung überarbeitet, so dass die mittlerweile mehr als 400 Webdienste aus den zahlreichen Behörden der Länder einfacher und schneller aktualisiert werden können.

Aber auch an der Oberfläche, dem für die Nutzer sichtbaren Bereich hat sich einiges getan. Der Nutzer hat nun neue Funktionalitäten zur Verfügung und damit auch mehr Freiheiten, um GisInfoService entsprechend seiner individuellen Bedürfnisse zu nutzen.

Die wesentlichen Neuerungen für die Nutzer sind:

- Überarbeitete Werkzeugleiste mit neuen Funktionen
- Zeichen- und Textfunktion für eigene Skizzen und Notizen auf dem Kartenbild, speicher- und austauschbar für gemeinsame Bearbeitung mit Kollegen

- Individuelle Einstellung der Dienste
- Einbindemöglichkeit externe Dienste für den aktuellen Sitzungsverlauf
- DIN A2-Druck
- Download des Kartenbildes mit Georeferenzierung als JPG-Datei zur Nutzung auf GPS-Geräten und Smartphones (Geräte müssen JSON-Dateien verarbeiten können)

RAHMENBEDINGUNGEN – MÜHSAM ABER WICHTIG UND NOTWENDIG

GisInfoService hat sich als Leitprojekt GeoRohstoff der GIW-Kommission am Modellprojekt „GeoLizenz“ des IMAGI (Interministerieller Ausschuss für Geoinformation des Bundes) zur Erprobung einer einheitlichen Lizenz beteiligt. In diesem Modellprojekt wurde eine einheitliche, elektronisch abschließbare Lizenz zur Nutzung von Geoinformationen von Anbietern und Nutzern gleichermaßen getestet. Das Projekt war ein großer Erfolg und der IMAGI hat die weitere Umsetzung empfohlen. Damit ergäbe sich eine Chance, dass die bisher enormen Aufwände beim Abschluss von Lizenzen auf ein Minimalmaß reduzierbar wären. Bei über 400 genutzten Diensten, für die derzeit individuelle Einzelverhandlungen geführt werden müssen, wäre das für GisInfoService ein enormer Gewinn.

Auch im Bereich Datenschutz bewegt sich etwas. Gemeinsam mit allen Aufsichtsbehörden in Bund und Ländern beteiligt sich GisInfoService im Rahmen

der GIW-Kommission an der Erarbeitung eines „GeoBusiness Code of Conduct“ (CoC). Dieser CoC ermöglicht es den Unterzeichnern unter erleichterten Bedingungen Geodaten, die dem Datenschutz unterliegen, zu nutzen. Da wir in GisInfoService durchaus datenschutzrechtlich relevante Bereiche haben, ist ein solcher CoC eindeutig von Vorteil.

GRUNDSTÜCKSMODUL MIT OPTIMIERTEM DURCHBLICK

Auch in Sachen Grundstücksmodul hat sich im Berichtszeitraum einiges getan. Mit der Version 3.1 wurden nochmals Verbesserungen sowie neue Funktionalitäten und Datenfelder implementiert. Vor allem die Querverbindungen zwischen Flurstücken, Personen, Dokumenten und Daten zu Kauf, Pacht und Belastungen werden mit dem neuen Informationsbaum noch übersichtlicher als bisher. Die zahlreichen Nutzer begrüßen es! Unsere SES GmbH freut sich über alle weiteren Grundstücksmodulnutzer. Unsere GisInfoService-Beraterin Katja Schaber-Mohr zeigt interessierten Mitgliedern die Möglichkeiten und Vorteile.

ZUM SCHLUSS EIN ANSPORN

In den GisInfoService „Klick-Meisterschaften“ hat auch im letzten Jahr das bayerische Bundesland wieder den Pokal geholt. Wenn das kein Grund ist, mal wieder einen Blick in die eigenen Standorte bei GisInfoService zu werfen ...

ISTE vor Ort: Das Seminar Biologische Vielfalt in Abbaustätten im Tettlinger Wald am Bodensee war anschaulich und von Verwaltung und Steine- und Erden-Praktikern gut besucht.

Auch das 15. Genehmigungsseminar war wie in den Jahren zuvor ausgebucht. Keine Sorge: Die Warnweste ist keine Pflicht!



VERANSTALTUNGEN

05.07.2012 FORSTLICHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN

Waldinanspruchnahme und Wiederaufforstung sowie Bereitstellung von Verfüllungskapazitäten als raumplanerischer Belang.

09.10.2012 BAUSTOFF-TAGE 2012

Beiträge des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zu den aktuellen Arbeiten der Regionalplanung.

27./28.11.2012 GENEHMIGUNGSVERFAHRENS-SEMINAR

Fachrechtliche Belange mit Auswirkung auf die Rohstoffsicherungs- und -abbauplanungen; Rohstoffsicherung durch Regionalplanung; Einflüsse der Bürgergesellschaft auf die Rohstoffsicherung.

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

- Politische Unterstützung der regionalen Rohstoffsicherung bei den Fortschreibungen der Regionalpläne und Vermittlung der Erforderlichkeit einer dezentralen und nachhaltigen Rohstoffgewinnung gegenüber der Bevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.
- Verlängerung der Laufzeiten der Genehmigungen für Abbauvorhaben auf ca. 25 Jahre, um sie ins richtige Verhältnis zur üblichen Verfahrensdauer zu setzen.
- Anpassung der raumordnungsrechtlichen und nachgeordneten Regelungen an die Erfordernisse einer langfristig ausgerichteten, nachhaltigen Rohstoffsicherung. Hierzu gehören insbesondere: Erweiterung des Planungszeitraums für Rohstoffsicherungsgebiete und Einrichtung einer vorkommensbezogenen Rohstoffsicherung für seltene, heimische Rohstoffe mit Verknappungstendenzen; raumordnerische Sicherung von Vorkommen mit großer Mächtigkeit und von guter Qualität unabhängig von derzeitigen Nutzungsinteressen, um künftigen Generationen den Zugang zu erhalten.
- Keine Überfrachtung von Raumordnungsverfahren und Regionalplanungen mit Prüfungsinhalten, die ins (ggf. sehr viel spätere) Zulassungsverfahren abgeschichtet werden können.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit der Rohstoffsicherung und -gewinnung befassten öffentlichen Stellen, insbesondere für das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Sicherstellung einer zügigen und sachgerechten Bearbeitung von Daueraufgaben, wie z.B. der rohstoffgeologischen Kartierung oder der Erkundung hochwertiger Gesteinsvorkommen mit dem Ziel der Sicherung einer langfristigen Zugänglichkeit.

»Normen und Regelwerke müssen so gestaltet sein, dass einheitliche Spielregeln für alle Produktgruppen der Gesteinsindustrie gelten. Der Wettbewerb im Markt entscheidet dann darüber, ob runde, eckige oder gebrauchte Gesteinskörnungen zum Zuge kommen.«



Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Vorsitzender der Fachgruppe Naturstein im ISTE und des Güteschutzes Naturstein Baden-Württemberg e.V.

DAFÜR STEHEN WIR:

Eine der wesentlichen Aufgaben der Abteilung Technik im ISTE ist es, Normen, technische Regelwerke und Umweltstandards aktiv mit zu gestalten, sodass die Produkte der heimischen Steine- und Erdenindustrie sowie die daraus hergestellten Bauprodukte auch weiterhin uneingeschränkt verwendet werden können. Dazu gehört die kompetente technisch-wissenschaftliche Betreuung bei Produktion, Marktzutritt und Verwendung von Baustoffen. Ein interdisziplinäres Team von Ingenieuren, Geologen, Mineralogen und Baustoffprüfern entwickelt organisationsübergreifend qualifizierte, praxisnahe und effiziente Konzepte. Die Erfahrungen aus der Praxis werden in neuen oder aktualisierten Regelwerken berücksichtigt. Umsetzungshilfen für die Anwender werden bereitgestellt. Ein umfassendes Schulungsangebot für die Produzenten sowie die individuelle Beratung in technischen Fragen runden das Leistungsspektrum ab. Der ISTE setzt sich für vergleichbare und praxisgerechte Marktvoraussetzungen ein. Technische Lieferbedingungen für primäre und sekundäre Baustoffe dürfen sich ausschließlich am Verwendungszweck orientieren.

AKTIVE MITARBEIT IN DEN ENTSCHEIDENDEN GREMIEN SICHERT MITTEL- UND LANGFRISTIG UNSEREN MARKTZUTRITT

Um den Marktzutritt sicherzustellen, arbeiten ehrenamtliche Unternehmensvertreter und ISTE-Mitarbeiter in Normungsgremien mit und bringen so ihren Sachverstand und Erfahrungen ein. Dies ist deshalb für die Baustoffindustrie wichtig, weil die Orientierung der Mitarbeiterstruktur der technischen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ingenieurbüros und Wissenschaft nicht regionalspezifisch ist, so dass die Auswirkungen von neuen Prüfverfahren oder Anforderungskriterien von den Ausschüssen nicht immer zutreffend eingeschätzt werden.

Durch die aktive Mitarbeit der Fachgruppen und personelle Vernetzung in die Unternehmen werden Märkte gesichert, neue Verwendungsmöglichkeiten und Innovationen geschaffen. Der ISTE vertritt direkt sowie indirekt über die Bundesverbände die Interessen seiner Mitglieder in den europäischen Gremien und nationalen Spiegelausschüssen.



Über seine Fachgruppen Sand und Kies, Naturstein, Transportbeton sowie Recycling-Baustoffe und Boden wirkt der ISTE in den technischen Gremien des Deutschen Institutes für Normung (DIN), der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb).

Die wesentlichen Gremien der FGSV für den Bereich Straßenbau, in welchen der ISTE vertreten ist, sind beispielhaft folgende:

- Arbeitsgruppe 5: Erd- und Grundbau
- Arbeitsgruppe 6: Gesteinskörnungen, Ungebundene Bauweisen
 - Arbeitsausschuss 6.1: Gesteinskörnungen
 - Arbeitsausschuss 6.2: Industrielle Nebenprodukte und RC-Baustoffe
 - Arbeitsausschuss 6.3: Schichten ohne Bindemittel
 - Arbeitsausschuss 6.5: Ländliche Wege
 - Arbeitsausschuss 6.6: Pflasterdecken und Plattenbeläge
- Arbeitsgruppe 7 und 8: Asphalt- und Betonbauweisen

Darüber hinaus arbeiten wir mit Unterstützung des Ehrenamts in den technischen Gremien unserer Bundesverbände ((Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS), Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) und Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB)) mit.

Weil neue Europäische Normen in das nationale Regelwerk umgesetzt werden müssen und bestehende Normen überarbeitet werden, ist die permanente Mitwirkung der Landesverbände in den Gremien bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Regelwerks für die Sicherstellung des Marktzugangs entscheidend.

LANDESSPEZIFISCHE GEOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN BEI DER NORMUNG BERÜCKSICHTIGT WERDEN

Über die Fachgruppen werden Prüfdaten von Gesteinskennwerten ermittelt, gesammelt, ausgewertet und in die Fortschreibung der Regelwerke für Gesteinskörnungen, Baustoffgemische, Asphalt und Beton in die entscheidenden Gremien eingebracht. Der ISTE arbeitet hierzu eng mit folgenden Orga-

Die überprüfbare Qualität unserer Baustoffe ist uns Verpflichtung.

nisationen zusammen: BÜV-ZERT, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Güteschutz Naturstein, QRB und ARGE Verbände.

So kann für die Unternehmen sichergestellt werden, dass Baustoffe aus Baden-Württemberg mit den spezifischen geologischen Eigenschaften dauerhaft in einem möglichst breiten Anwendungsspektrum verwendet werden können. Dadurch können regionale Rohstoffvorkommen umweltfreundlich und wirtschaftlich in der Nähe der Gewinnung verwendet werden. Weite Transportwege und unnötige Kosten werden vermieden.

Bei komplexeren Fragestellungen führen die Fachgruppen eigene Forschungsvorhaben durch. Dabei spielen Langzeiterfahrungen und Praxiserprobung unter realistischen Einsatzbedingungen eine wesentliche Rolle.

Der ISTE pflegt den fachlichen Austausch mit Hochschulen, Materialprüfungsanstalten und der Verwaltung.

Bei unvollständigen oder falschen Ausschreibungen von Baustoffen bietet der ISTE im konkreten Fall seinen Mitgliedern individuelle Beratung und Unterstützung.

Der Straßenbau ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für die Baustoffindustrie. Gesteinskörnungen aus Baden-Württemberg sichern die Dauerhaftigkeit von Trag- und Deckschichten.

Verbleibende Umhüllung einer Gesteinsprobe mit Bitumen nach 24 Stunden Beanspruchung im Flaschen-Rollverfahren zur Beurteilung des Haftverhaltens im Asphalt

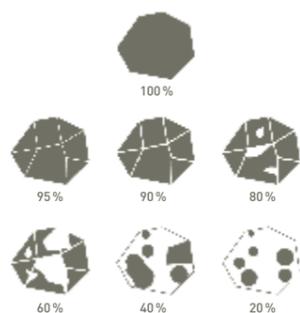


GESTEINSBAUSTOFFE

REGELWERK UND MARKT

VERWENDUNGSBEREICH ASPHALT: ISTE-POSITIONS-PAPIER

Die zahlreichen Änderungen und Ergänzungen der Technischen Lieferbedingungen (TL Bitumen-StB sowie der TL/ZTV Asphalt-StB) zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Asphaltstraßen in Deutschland, welche in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat, wurden mit dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS Nr. 11/2012) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im September 2012 veröffentlicht und in März 2013 in Baden-Württemberg eingeführt.



Hinweise zur Einschätzung des Umhüllungsgrades nach DIN EN 12697-11; das Bild oben zeigt eine Mischung von unterschiedlich umhüllten Körnern und bestätigt die Subjektivität der Einschätzung der Gesamtprobe.

Eine Ergänzung der TL Asphalt-StB behandelt die Prüfung des Haftverhaltens zwischen den groben Gesteinskörnungen und der in der Erstprüfung zur Verwendung vorgesehenen Bindemittelart und -sorte gemäß TP Asphalt-StB, Teil 11. Diese Prüfung führt der Asphalthersteller für die in ARS angegebenen Asphaltmischgutarten und -sorten durch. Die Prüfung erfolgt durch visuelle Schätzung des Bitumenumhüllungsgrades nach 24 Stunden Beanspruchung im Flaschen-Rollverfahren. Bei einer verbleibenden Umhüllung von mindestens 60%, kann ein ausreichendes Haftverhalten angenommen werden. Falls der Umhüllungsgrad weniger als 60% beträgt, sind durch den Asphalthersteller im Erstprüfungsbericht Aussagen zur gewählten Maßnahme – durch die ein ausreichendes Haftverhalten sichergestellt wird – zu benennen. Bei Vorliegen langjähriger positiver Erfahrungen kann stattdessen darauf verwiesen werden.

Der Gesteinshersteller untersucht im Rahmen der freiwilligen Fremdüberwachung das Haftverhalten nach TP Gestein-StB, Teil 3.4 mit einem Referenz-Asphaltbitumen (50/70). Der maßgebende Umhüllungsgrad ist der Wert nach 6 Stunden Rolldauer. Hierzu gibt es national keinen Anforderungswert. Anhand dieser Prüfung können die Gesteinskörnungen hinsichtlich ihrer Adhäsionseigenschaften vergleichend abgeschätzt werden. Da jedoch die Adhäsion gleichermaßen auch von

Bitumenart und -sorte abhängig ist, wird die Prüfung nach TP Asphalt-StB unter Variation des Bindemittels durchgeführt.

Eine Unterschreitung des Umhüllungsgrades von 60% sollte nicht zum Austausch der Gesteinskörnungen führen. In einigen uns bekannten Fällen geschieht dies jedoch. Ein Verweis auf langjährige positive Erfahrungen – wie im ARS Nr. 11/2012 beschrieben – ist jedoch nicht immer möglich, z.B. bei einer erstmaligen Verwendung oder bei Wechsel der Gesteinslieferanten. Der Erfahrungsaustausch mit benachbarten Bundesländern lässt die Vermutung zu, dass der festgelegte Anforderungswert zu hoch gewählt ist.

Der ISTE ist aufgrund der o.g. Ausführungen der Auffassung, dass der Anforderungswert (Umhüllungsgrad 60% nach 24 h Rolldauer) zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Asphaltstraßen nicht zielführend ist, da ein direkter Bezug zum Gebrauchsverhalten von Asphalt aus unserer Sicht nicht vorhanden ist. Es ist außerdem anzumerken, dass die Präzision des Flaschen-Rollverfahrens bisher unbekannt ist. Die vorläufigen Schätzwerte für die Präzision sind: 20% Wiederholpräzision und 30% Vergleichspräzision. Die gestellte Anforderung ist bei bewährten Gesteinskörnungen aufgrund der Präzision des Prüfverfahrens nicht einzuhalten. Ein statistisch und wissenschaftlich abge-



Kieswäsche im Kieswerk Meißenheim

Kreisverkehre aus Beton sind haltbarer und dauerhafter und damit eine echte Alternative zur Asphaltbauweise.



sicherer Bewertungshintergrund, welcher die zur Verwendung kommenden Gesteinsarten und Bitumen in Deutschland ausreichend berücksichtigt, ist uns nicht bekannt.

Sofern Feststellungen vorliegen, dass sich das Haftverhalten von bituminösen Bindemitteln an Gesteinskörnungen in den letzten Jahren verschlechtert hat, kann dies nicht auf die Gesteinskörnungen zurückgeführt werden. Natürliche Gesteinskörnungen werden seit Jahrzehnten in ausgesuchter und kontrollierter Weise (heutzutage als Bauprodukte, früher als überwachte Baustoffe) für die Asphaltherstellung verwendet. Eine Beschränkung oder gar ein Ausschluss bisher bewährter Gesteinskörnungen würde nur das Angebot verknapfen, jedoch nicht dem Ziel gesicherter Asphaltmischguteigenschaften dienen. Sofern eine Anhebung der Anforderung an den Haftverbund beabsichtigt ist, der am Umhüllungsgrad skaliert werden soll, stehen für solch einen Zweck wirksame Haftvermittler zur Verfügung. Beurteilung und Einsatz solcher Haftvermittler liegen jedoch in der Zuständigkeit des Herstellers des Asphaltmischguts.

Der ISTE setzt sich für eine hierzu bundesweite Regelung und Klarstellung unter Berücksichtigung der oben ausgeführten Argumente.

VERWENDUNGSBEREICH STRASSEN- OBERBAU

Mit dem Allgemeinen Rundschreiben (ARS Nr. 30/2012) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurde die neue Ausgabe der überarbeiteten „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012 (RStO 12)“ bekannt gegeben. Diese Richtlinien regeln die Standardfälle bei Neubau und Erneuerung für den standardisierten Oberbau von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb geschlossener Ortslagen. Grund der Überarbeitung waren die zugenommene Verkehrsbelastung und die veränderte Verkehrszusammensetzung.

Nach den RStO 12 erfolgt die Klassifizierung der Straßen und Wege nicht mehr in Bauklassen sondern in Belastungsklassen, so dass bei Ausschreibungen zukünftig anstelle der Bauklasse die Belastungsklasse der ausgeschriebenen Baumaßnahme anzugeben ist.

Bauklasse (alt)	SV	I	II	III	IV	V	VI
Belastungsklasse	Bk 100	Bk 32	Bk 10	Bk 3,2	Bk 1,8	Bk 1,0	Bk 0,3

Neue Belastungsklassen für die klassifizierten Straßen (Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) und die Zuordnung zu der jeweiligen Bauklasse.

VERWENDUNGSBEREICH BETON

Mit den Allgemeinen Rundschreiben (ARS Nr. 27/2012 und 28/2012) hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die mit den Regelwerken (TL Beton-StB und ZTV Beton-StB) gesammelten Erfahrungen zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Betonfahrbahnen in Form von Präzisierungen, Ergänzungen und Korrekturen veröffentlicht.

Vom Bundesministerium wurden auch Regelungen zur Vermeidung einer schädigenden Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR), welche über die Regelungen der ZTV Beton-StB hinausgehen erarbeitet und mit dem ARS Nr. 04/2013 bekannt gegeben. Für Fahrbahndecken aus Beton der Belastungsklassen Bk0,3 bis Bk1,0 (früher Bauklasse VI bis IV), die entsprechend TL Beton-StB der Feuchtigkeitsklasse WA zuzuordnen sind, gilt weiterhin die Alkali-Richtlinie.

Für den Neubau und Erneuerung von Bundesfernstraßen der Belastungsklassen Bk1,8 bis Bk100 (früher Bauklasse III bis SV) in der Bauweise Beton

Über die neue Bauprodukteverordnung informieren ISTE- und MIRO-Referenten und unser Marktüberwacher Dr. Gerhard Scheuermann vom Umweltministerium Baden-Württemberg (4.v.l.)

Fest im Sattel der Bauprodukteverordnung auch der MIRO Experte Dipl.-Min. Markus Schumacher



sind die Fahrbahndecken der Feuchtigkeitsklasse WS zuzuordnen. Nach diesem ARS erfolgt dann der Nachweis der Unbedenklichkeit der groben Gesteinskörnungen größer 2 mm hinsichtlich einer AKR mit:

- AKR-Performance-Prüfung eines Betons
oder
- WS-Grundprüfung einer groben Gesteinskörnungen

und eine Bestätigungsprüfung der Betonausgangsstoffe bei Vorliegen einer bestandenen AKR-Performance-Prüfung oder einer WS-Grundprüfung.

VERWENDUNGSBEREICH SCHICHTEN OHNE BINDEMittel ETV-STB BW

Auf Initiative der ISTE-Fachgruppe Naturstein wurden die Mitte 2008 aus Gründen der Entbürokratisierung zurückgezogenen Teile 2.1 und 2.2 der Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau – Baden-Württemberg (ETV-StB-BW) des Teils „Schichten ohne Bindemittel“ erneut eingeführt. Dabei stand die Qualität von ungebundenen Schichten aus Kalkgestein und deren Sicherung

für die Schotterindustrie im Vordergrund. Prüfungen, Prüfhäufigkeiten und Anforderungswerte gehen in einigen Punkten – aus Eigeninteresse der Industrie und zum Schutz der Qualität von Kalkgestein – über das bundesweit gültige Regelwerk hinaus. Es ist innerhalb der Industrie Konsens, dass nur durch Qualität das über die Jahre gewachsene Vertrauen der Straßenbauverwaltung in heimische Baustoffe erhalten werden kann.

BAUPRODUKTENVERORDNUNG (EU-BAUPVO)

Seit Juni 2004 gelten für Gesteinskörnungen für den Hoch- und Tiefbau harmonisierte europäische Anforderungsnormen. Damit verbunden ist seitdem die CE-Kennzeichnungspflicht. Mit der Ablösung der Bauprodukterichtlinie durch die Bauprodukteverordnung gelten ab dem 1. Juli 2013 veränderte Regeln zur Dokumentation der Übereinstimmung mit den Produktnormen. Bis Mitte 2013 muss jedes Unternehmen die Umstellung auf die neue Bauprodukteverordnung abgeschlossen haben. Hierzu gehört die veränderte CE-Kennzeichnung auf Lieferscheinen und die so genannte „Leistungserklärung“, welche in großen Teilen der bisherigen „Konformitätserklärung“ entspricht und dem Abnehmer zur Verfügung zu stellen ist.

Der ISTE sowie die verbandlichen Güteorganisationen im Haus haben für die Mitglieder am 7. Februar 2013 im Haus der Baustoffindustrie in Ostfildern eine Informationsveranstaltung zum Thema mit rd. 100 Teilnehmern durchgeführt. Die verschiedenen Facetten rund um die Bauprodukteverordnung wurden von Fachleuten der Verbände und der Marktüberwachung beleuchtet. Als kompetenten Referent seitens der Marktüberwachung Baden-Württemberg konnte Ministerialrat Dr.-Ing. Gerhard Scheuermann, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, gewonnen werden. Er stellte dar, dass die Marktüberwachung aktiv und nicht wie bisher reaktiv – also nur bei gemeldeten Vorstößen – oder im Zuge der Amtshilfe vorgehen werde. Er bot in der anschließenden Diskussion an, noch offene Fragen über den ISTE gebündelt an sein Haus zur Klärung zu richten. Der ISTE entschloss sich bewusst für eine sehr frühe Informationsveranstaltung, um die Unternehmen für die formalen und betrieblichen Umstellungen zum 1. Juli 2013 zu sensibilisieren. Es wurde dadurch bewusst in Kauf genommen, dass noch nicht alle Detailfragen zur vollsten Zufriedenheit und offiziell beantwortet bzw. gelöst werden können. Der ISTE ist mit der Marktüberwachung Baden-Württemberg weiter in engem Kontakt, um für die Mitglieder möglichst praxisgerechte Umsetzungsmöglichkeiten zu finden, die den juristischen Vorgaben der EU-BauPVO entsprechen.



Betonierarbeiten direkt auf die modifizierte Kiestragschicht

Die modifizierte Kiestragschicht blieb unter Baustellenverkehr standfest und frei von Verdrückungen.

UMWELTVERTRÄGLICHKEIT NATÜRLICHER GESTEINS- KÖRNUNGEN

Bei Ausschreibungen von Baumaßnahmen im Straßenbaubereich wird gelegentlich auch für Baustoffe wie Kies/Sand oder Natursteinmaterial der Nachweis der Umweltverträglichkeit verlangt, z. B. wird die Einhaltung der Parametergrenzwerte für Einbaukonfiguration Z0 nach der LAGA M 20-Mitteilung gefordert. Der ISTE hat durch seine Mitarbeit in der Kommentierungsgruppe der FGSV-Arbeitsgruppe „Gesteinskörnungen, ungebundene Bauweisen“ dazu beigetragen, den Sachverhalt zu klären.

Für natürliche Gesteinskörnungen gibt es in Deutschland keine technischen oder gesetzlichen Vorschriften aus denen Umweltauflagen für das in Verkehr bringen natürlicher Gesteinskörnungen ableitbar wären. Die Einstufung beispielsweise in Z0-Material bzw. höher findet nur bei den mineralischen Abfällen statt, die einer Verwertung unterzogen werden (z.B. Verfüllung). Dieser Sachverhalt ist in der LAGA M 20-Mitteilung aus dem Jahre 2004 beschrieben.

Die FGSV-Kommentare (Fall 10 bis 14) wurden in Heft 8 der Zeitschrift „Straße und Autobahn“, Ausgabe 2012 veröffentlicht.

UMWELTRELEVANTE MERKMALE FÜR RC-BAUSTOFFE

Damit RC-Baustoffe weiterhin sinnvoll eingesetzt werden können, arbeitet der ISTE in den DIN-Gremien des Normausschuss Wasserwesen und des Gemeinschaftsausschusses Wasserwesen/Bau sowie in den europäischen Spiegelgremien CEN TC 351 (Umweltnormung im Bereich der Bauproduktenverordnung) und CEN TC 292 (Umweltnormung im Bereich Abfallrichtlinie) mit. Durch den direkten Kontakt und Erfahrungsaustausch des ISTE mit der Umweltverwaltung Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Umwelt (BMU) gestaltet der ISTE die geplante Ersatzbaustoffverordnung und die Bundesbodenschutzverordnung des BMU aktiv mit (s. Kapitel Umweltschutz).

BAUWEISEN UND BAUVERFAHREN

MODIFIKATION VON KIESTRAGSCHICHTGEMISCHEN

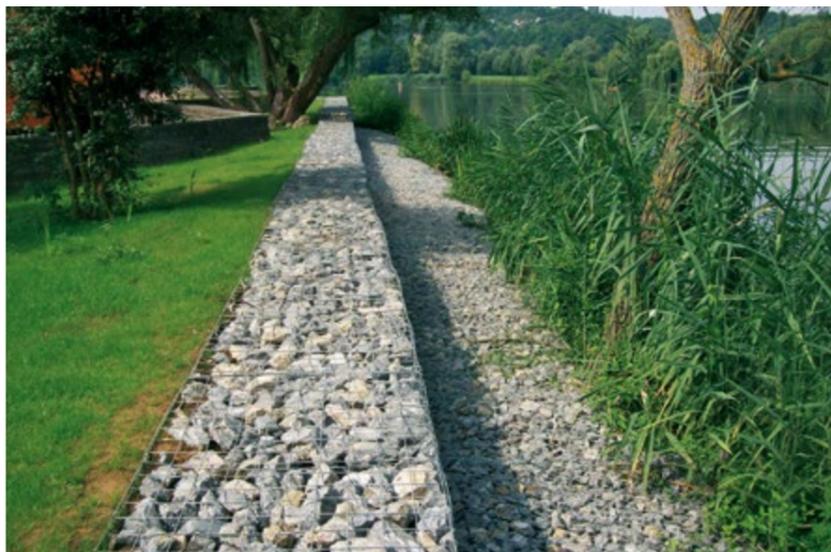
Der Einbau der Betondecke kann auf hydraulisch gebundenen Schichten, Asphalt oder auf Schichten ohne Bindemittel – Schottertragschicht mit besonderen Anforderungen (STSüB) – erfolgen. Die ungebundene Bauweise ist zweifelsfrei die wirtschaftlichste Variante. Allerdings wird der Preis pro Tonne Baustoffgemisch zu einem großen Anteil von den Transportkosten zur Baustelle bestimmt und ist deshalb auch

über diese Größe deutlich beeinflussbar. Kiestragschichten dürfen direkt unter Betondecken in Regelbauweisen für hohe Beanspruchungen bisher nicht verwendet werden, selbst wenn Kiestragschichtmaterial in unmittelbarer Nähe zur Baustelle gewonnen, aufbereitet und somit preiswert angeboten werden könnte.

Der TU München ist 2008 eine Modifikation von Kiestragschichtmaterial gelungen, welche im Labormaßstab die Anforderungen für den Einsatz unter der Betondecke erfüllt. Die Überprüfung der Praxistauglichkeit (Tragverhalten, Umlagerungs- und Erosionsbeständigkeit) dieser Modifikation in situ erfolgt ebenso durch die TU München im Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde 2012 auf der „PWC-Anlage Köschinger Forst“ eine Erprobungsstrecke errichtet. Die Fachgruppe Sand und Kies des ISTE stellte mit Unterstützung der Vertriebsstelle SKV für den Bau der Erprobungsstrecke T+R-Anlage „Köschinger Forst“ das modifizierte Kiestragschichtmaterial zur Verfügung und begleitet den Bau. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass die modifizierte Kiestragschicht nach einer Liegedauer von 2 Jahren den Anforderungen genügen wird und als geeignete Bauweise im technischen Regelwerk aufgenommen wird.

Die Gabione, gefüllt mit heimischem und regionaltypischen Natursteinen, kann vielfältig, optisch schön und ökonomisch interessant Verwendung finden.

Gestaltungsmöglichkeit von Gabionen mit Grobkies – eine Kombination von rund und eckig sowie hell und dunkel



GABIONEN – LEBENSRAUM FÜR SELTENE TIERE UND PFLANZEN?

Trockenmauersteine und Füllungen für Gabionen sind für die Natursteinindustrie nicht nur wichtige Produktgruppen, sondern auch Image-Träger.

Nicht zuletzt durch den zweiten Süd-deutschen Gabionen-Tag, den der ISTE und seine Kooperationspartnern im März 2012 veranstalteten, werden Gabionen im öffentlichen Raum positiv wahrgenommen und machen Naturstein für jedermann sichtbar. Die Gabione als Lebensraum für Eidechsen war ebenfalls Thema der Veranstaltung. Es wurde über das Pilotprojekt in Löwenstein berichtet, bei dem die Gabionen und das zugehörige Umfeld in den Weinbergen genau an die Lebensbedürfnisse von geschützten Eidechsenarten angepasst wurden. Es erfolgt nun ein Monitoring über mehrere Jahre, um die Akzeptanz der „Eidechsen-Gabione“ zu überwachen und zu überprüfen, ob derartige Gabionen als so genannte CEF-Maßnahmen (continuous ecological functionality-measures) anerkannt werden können. Diese zeitlich vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen spielen im Artenschutz nach Bundesnaturschutzgesetz eine wichtige Rolle. Zu

dieser Fragestellung hat die ISTE-Fachgruppe Naturstein ein Forschungsprojekt bei der Universität Hohenheim in Auftrag gegeben. Ergebnisse liegen voraussichtlich Mitte 2013 vor.

KALTRECYCLING IN SITU – REGELUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Straßenbaustoffe unter Verwendung pechhaltiger Bindemittel aus der Destillation von Braunkohlenteer haben eine krebserzeugende Wirkung und dürfen ab Anfang der Achtziger Jahre im Straßenbau nicht mehr verwendet werden. Im Rahmen der Straßensanierung wurden diese möglichst belassen und mit Asphalt-schichten aus bituminös gebundenen Straßenbaustoffen überbaut, um die aufwendigen und kostenintensiven Entsorgungen zu vermeiden.

Das Bauverfahren „Kaltrecycling in situ“ wird durch die Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg als eine gute Lösung für die Verwertung von teer-/pechhaltigen Material außerhalb von Wasserschutzgebieten angesehen. Die Grundidee besteht darin, das belastete Material an Ort und Stelle zu belassen und durch Umhüllung dauerhaft schadlos zu machen.

Die Bauweise bedarf allerdings einer intensiven Vorerkundung. Nach Vorgabe des MVI darf diese Bauweise aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus

nur ausgeführt werden, wenn keine Verbesserungen des Unterbaus erforderlich sind und wenn teer-/pechhaltige Bestandteile in den zu erneuernden Schichten des Oberbaus festgestellt wurden.

Ein Kostenvorteil dieser Bauweise ergibt sich nur durch die Einsparung der Entsorgungskosten des belasteten Materials. Ein genereller Einsatz dieser Bauweise bei Erhaltungsmaßnahmen würde zu einer Verdoppelung der Einbaukosten gegenüber der konventionellen Bauweise führen, wenn kein pechhaltiges Material in situ angetroffen wird.

MAXIMALRECYCLING- ERPROBUNG

Im Rahmen von Erhaltungsmaßnahmen gibt es in Baden-Württemberg Bestrebungen, die zu erneuernden Asphaltdeckschichten im Sinne einer maximalen Wertschöpfung wieder in Deckschichten zu verarbeiten. Damit sieht die Straßenbauverwaltung eine Chance, der tendenziell zunehmenden Bitumenverknappung und -verteuerung entgegenzuwirken und Ressourcen zu schonen. Der in Asphaltdeckschichten wiederverwendbare Anteil des alten Straßenbelages wird durch seine Zu-



In der Nähe der Waschbetonerprobungsstrecke wurden Probekörper ausgelagert zur zerstörungsfreien Überprüfung der Alkaliempfindlichkeit bei realen Bedingungen.

Erprobungsstrecke mit lärmoptimierter Waschbetonoberflächenstruktur auf der Bundesautobahn A5 mit Moräne-Edelsplitt

sammensetzung und des Veränderungsgrades des darin vorhandenen Bitumens bestimmt, so dass Maximalrecycling nur mit einem speziell gewonnenen, aufbereiteten und separat gelagerten Asphaltgranulat möglich ist. Um das veraltete Bitumen zu regenerieren, werden so genannte Verjüngungsmittel (Weichmacher) eingesetzt; welche sich in der Erprobungsphase befinden. Deshalb wird die Dauerhaftigkeit dieser Bauweise in Baden-Württemberg durch Erprobungsstrecken unter Berücksichtigung der ökonomischen und ökologischen Aspekte überprüft. Die Überprüfung der Tauglichkeit dieser Bauweise wird durch den ISTE kritisch beobachtet.

LÄRMARMER SPLITTMASTIX- ASPHALT – REGELUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Bereich der Asphaltbauweisen hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) in Baden-Württemberg neue Lösungsansätze und Ideen entwickelt, um im Bereich der Straßenbautechnik durch Standardabbau Kosten zu reduzieren unter Beibehaltung einer möglichst gleichbleibenden Qualität. Ein Beispiel hierzu ist die Freigabe des Einsatzes von Splittmastixasphalt (SMA 8 LA) im Rahmen der lärmtechnischen Sanierung von Landesstraßen

im Außerortsbereich. Diese Lärmsanierungsmaßnahme wird auch im Bereich der Bundesfernstraßen begrüßt und empfohlen. Die durch Versuchsstrecken gesammelten Erfahrungen mit alternativen lärmoptimierten Bauweisen zeigen, dass die Bauweise SMA LA eine gute Alternative zum Offenporigen Asphalt (OPA) darstellt. Die Standardbauweise „Offenporiger Asphalt“ soll wegen ihrer Nachteile (hoher Bau- und Unterhaltungsaufwand sowie eine kurze Nutzungsdauer) nur in begründeten Ausnahmefällen im Rahmen der Lärmvorsorge angewandt werden.

WASCHBETON – ERPROBUNGSSTRECKE

Die bislang guten Erfahrungen mit der seit 2007 in Betrieb befindlichen Waschbetonerprobungsstrecke mit Moräne-Splitt auf der Bundesautobahn A5 lassen sich durch die im Sommer 2012 ermittelten Dehnungsmessungen der entlang der Autobahn ausgelagerten Betonkörper bestätigen. Die ausgelagerten Prüfkörper wurden mit der gleichen Betonrezeptur wie die Fahrbahn hergestellt und dienen der zerstörungsfreien Beurteilung der Alkaliempfindlichkeit in Abhängigkeit der Liegedauer unter Praxisbedingungen. Die Beobachtung wird fortgeführt.

KOOPERATION MIT ASPHALTVERBAND

Im Berichtsjahr fanden zwei Spitzengespräche mit dem Deutschen Asphaltverband e.V. (DAV) statt. Ziel dieser Gespräche sind die Vereinbarung von Kooperationen im Bereich Technik, Kooperationen/Kartelle, Verkehrspolitik, Umweltverträglichkeit von Baustoffen sowie arbeitsrechtliche Betreuung. Der ISTE wird seinen Mitgliedern, die zahlreich an Asphaltfirmen beteiligt sind oder mit diesen zusammenarbeiten, die Mitgliedschaft im DAV empfehlen. Genau so empfiehlt der DAV die Mitgliedschaft im ISTE. Die Kooperationsvereinbarung liegt unterschrieben vor und wird in den nächsten Wochen unterzeichnet.

Transportbeton wird erfolgreich zunehmend beim Bau von hochbelasteten Fahrbahnen z.B. in Kreisverkehren oder Busspuren eingesetzt. Beispiele zeigt der ISTE vor Ort.



TRANSPORTBETON

Die Marktentwicklung von Transportbeton stützte sich im Berichtszeitraum neben dem Wohnungsbau vor allem auf den Wirtschaftsbau. Der öffentliche Bau investiert vermehrt in den Tiefbau. Die Zahl der Baugenehmigungen entwickelt sich verhalten. Entgegen der Ankündigungen von dringend notwendigen Investitionen in die Energieinfrastruktur um das Energiekonzept der Bundes- und Landesregierung zu realisieren, wurde bislang keine nennenswerte Nachfrage registriert. Für die Verfüllung von Leitungsgräben wurden zeitweise fließfähige, selbstverdichtende Verfüllbaustoffen (ZFSV) entwickelt, die aus Transportbetonanlagen als innovative und leicht anwendbare Produkte bereitgestellt werden können.

Die Homepage www.transportbeton.org des Bundesverbandes Transportbetonindustrie wurde im April 2013 überarbeitet und veröffentlicht.

REGELWERK UND MARKT

TRANSPORTBETON FÜR VERKEHRSFLÄCHEN IM KOMMUNALEN BEREICH

Die nahezu abgeschlossene Erarbeitung von Merkblättern der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) haben das Ziel, den Betonstraßenbau im kommunalen Bereich zu fördern. Mit Herausgabe des Allgemeinen Rundschreibens des Bundesministeriums hinsichtlich der Einstufung von Baustoffen (Zement und Gesteinskörnung) zur Vermeidung einer schädigenden Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR), wird diese bisher unproblematische Verwendung von Transportbeton in Frage gestellt.

AKR-Anforderungen für die Feuchtigkeitsklasse WS dürfen vom Bundesfernstraßenbau nicht in den kommunalen Verkehrswegebau (Busflächen, Kreisverkehre, Instandhaltung von Flächen) übernommen werden. Die unproblematische Verwendung von Transportbeton wird erheblich eingeschränkt, der Prüfaufwand mit Einschaltung von Gutachtern ist bei Kleinmengen, die zeitnah ausgeführt werden sollen, nicht darstellbar. Wir haben eine Untersuchung initiiert, bei der aus vorhandenen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen Proben entnommen, untersucht und die Schadenfreiheit darlegt werden kann, damit Ausnahmeregelungen für diese Verkehrsflächen möglich sind.

AUS- UND WEITERBILDUNG IM BEREICH BETON

Mit der Überarbeitung des Ausbilderhandbuches Verfahrensmechaniker Transportbeton und der Verknüpfung mit dem Wissensnetzwerk „Zement, Kalk, Beton“ wird bundesweit die Attraktivität des Einstiegs einer Beschäftigung in den Baustoffbereich gesteigert.

Die Fachgruppe Transportbeton beteiligt sich noch umfassender im Ausbildungsprogramm der Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Verbände. Diese führte in Karlsruhe, Sigmaringen, Bühl, Remshalden und Stuttgart im Kreis von Mitgliedern und potentiellen Mitgliedern sehr gut besuchte Schulungsveranstaltungen für fachspezifische Themen wie Produktionstechnik, Konformitätsnachweisverfahren, Ausgangsstoffe, Betonpumpen inklusive Schnittstellen zu Abnehmern sowie Neuerungen der Normung durch.

Das zweitägige Seminar „Fortbildung von Betontechnologen“ im November 2012 hatte neben Fragen zu Änderungen der Regelwerke und Ausgangsstoffen auch das Liefern und Pumpen von Beton als Thema. Erstmals wurde eine Betonprüferfortbildung mit Theorie- und Praxisteil mit großem Erfolg durchgeführt. Unterstützt wurden die Veranstaltungen und Seminare der Betonmarketing Süd GmbH z.B. zu



Im Rahmen der Mitgliederversammlung der ISTE-Fachgruppe Transportbeton wurde die Baustelle der U-Bahn in Karlsruhe besichtigt.

Der Celitement-Vortrag von Dr. Peter Stemmermann (rechts) war ein Höhepunkt der Mitgliederversammlung. Hier zusammen mit Dr. Erwin Kern (Mitte), Vorsitzender der Fachgruppe Transportbeton, und Thomas Beißwenger.



den Themengebieten „Beton für die Energiewende“, „Verkehrswegebau“, „Wohnungsbau“, „Nachhaltigkeit“ sowie „Wasserundurchlässiger Beton“. Durch die Qualifizierung von Planern, Verwendern und Vertreter der Verwaltung konnte die Bearbeitung von Anfragen und Transportbetonbestellungen verbessert werden.

Die Präsentation des Baustoffs Beton bei Planern und Verwendern war Grundlage des mit dem Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. organisierten Fachseminars „Beton verkaufen – aber richtig!“ und richtete sich in zwei Veranstaltungen an Betonverkäufer mit den Schwerpunkten Gesprächstechnik, Aufbereitung von Dokumenten, Darstellung des Dienstleistungsangebotes sowie dem Rollenverhalten.

ELEKTRONISCHER LIEFERSCHEIN (ELSE)

Die Weiterentwicklung des beim Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie in der Erprobung befindlichen digitalen Lieferscheins ELSE mit Stift-Scanner und Erfassung der Unterschriften sowie Frischbetonmodifikationen läuft erfolgreich und lässt erwarten, dass in naher Zukunft wahlweise Papierlieferscheine ersetzt werden können.

UMWELTPRODUKT-DEKLARATION VON BETON

Für Transportbeton wurden branchenübergreifend mit der Fertigteil- und Zementindustrie die Grundlagen einer Deklaration erarbeitet. Sicherheitsdatenblätter stehen als Muster zur Verfügung, das Einstellen der Daten in die Datenbanken konnte mit verbandlicher Unterstützung mit geringstmöglichem Aufwand erfolgen.

BETONPUMPEN

Die Abteilung Betonpumpen in der Fachgruppe Transportbeton befasste sich im Berichtszeitraum mit den Themen Technik und Verkehr, Arbeitssicherheit sowie Aus- und Weiterbildung von Betonpumpenmaschinisten und -disponenten. Hierzu bietet der „Arbeitskreis Südwest“ des ISTE und der Industrieverbände Rheinland-Pfalz/Hessen und Bayern einen aktuellen und intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch.

Gebündelt werden die Interessen im Arbeitsausschuss Betonpumpen im Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie in Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemie (BG RCI) sowie den Betonpumpen-Herstellern. Den Vorsitz als Obmann des BTB- Arbeitskreises führt Christian Klafszky (Firma BPU, Ulm). Die Überarbeitung des Merkblatts „Pumpen von Beton“ ist nahezu abgeschlossen und soll die Anwendung von

pumpfähigem Betonen unterstützen. Die verbandlich organisierten Betonpumpendienstleister präsentieren sich auf der Homepage www.pumpbeton.de.

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

- Ausschreibungen produktneutral gestalten
- Vertragsbedingungen des Landes so gestalten, dass heimische Baustoffe effizient verwendet werden können
- Standardabbau im Straßenbau nicht zulasten der Dauerhaftigkeit; neue Bauweisen wissenschaftlich begleiten
- Kompetenznachweis und Weiterbildung bei Einschaltung von privaten Ingenieurbüros durch Auftraggeber sicherstellen
- ausreichend Personal für Ausschreibung und Überwachung in den zuständigen Baureferaten und Straßenfachbehörden bereitstellen
- Berücksichtigung von heimischen und regionaltypischen Naturwerksteinen im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung (verhindert ökologisch unsinnige Transporte von Übersee und sozial fragwürdige Kinderarbeit in Drittweltländern)

»Gemeinsam sind wir stark. Umwelt-, Naturschutz, Rohstoffgewinnung und Ressourceneffizienz durch Recycling sind kein Widerspruch! Deshalb arbeiten wir mit Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen der Bürgergesellschaft zusammen.«



Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Vorsitzender des Umwelt- und Rohstoffausschusses im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz und andere Flächennutzungen schränken die Rohstoffgewinnung stark ein und führen zunehmend zur Schließung von Rohstoffgewinnungsstätten. Mittelfristig ist unsere dezentrale, nachhaltige Versorgungsstruktur mit heimischen Rohstoffen gefährdet – mit vielen Nachteilen für Umwelt- und Naturschutz und das ist nicht nachhaltig! Aus rein rohstoffgeologischer Sicht ist für die meisten Rohstoffe unserer Industrie in der nahen Zukunft keine Verknappung zu befürchten.

Wesentliche Aufgabe des ISTE ist es, die Interessen der Mitglieder im Themenbereich Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz gegenüber Landesregierung, Parlament, Behörden auf allen Verwaltungsebenen und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und die Rahmenbedingungen für eine dezentrale, nachhaltige und umweltgerechte Rohstoffgewinnung mitzugestalten.

Die Mitarbeit in Verordnungs- und Gesetzgebungsvorhaben des Landes, des Bundes und der Europäischen Union steht damit im Mittelpunkt der ISTE-Fachabteilung Umwelt- und Naturschutzpolitik.

KOOPERATION UND MITARBEIT AUF ALLEN EBENEN

Der ISTE arbeitet intensiv mit Forschungseinrichtungen, Fachbehörden und Verbänden zusammen und forciert privat-öffentliche Forschungs-kooperationen um Ergebnisse der Grundlagen- und angewandten Forschung für die Arbeit der Steine- und Erdenindustrie besser verfügbar zu machen.

Zudem erarbeitet der ISTE mit einem interdisziplinären Team von Biologen, Ingenieuren, Geologen und Juristen Fachkonzepte im Umweltbereich, erstellt Fachbroschüren in enger Zusammenarbeit mit den Umweltbehörden und bringt Forschungsinitiativen in die Fachgremien der Bundesverbände ein. Hierzu arbeiten ISTE-Mitarbeiter und ehrenamtliche Unternehmensvertreter in den relevanten Gremien der Fachverwaltungen (z.B. Naturschutz- und Wasserbeirat), der deutschen und europäischen Normung (Deutsches Institut für Normung, DIN; Europäisches Normungskomitee, CEN) sowie in den politischen Steuerungsgremien des Landes und des Bundes mit. Diese Arbeit erfolgt entweder durch eine direkte Mitarbeit in den deutschen oder europäischen Gremien als Dele-



Abbaustätten sind Rückzugsgebiet und Ausbreitungsschwerpunkte für bedrohte Arten wie zum Beispiel dem Uhu.

gierte der Bundesverbände nach dem „Best-off-Prinzip“ oder indirekt durch die Mitarbeit in den Gremien des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe (MIRO) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS).

Auf diese Weise werden die Interessen der Mitglieder auf allen Ebenen (Land, Bund, Europa) vertreten.

Warum muss ein Landesverband die europäische Umweltpolitik im Blick haben? Mehr als 75% der Umweltgesetzgebung ist bereits in europäischer Hand. EU-Gesetze und Verordnungen wirken sich in kürzester Zeit auf die Länderpraxis aus. Die Unternehmen vor Ort kennen die Probleme bei der Umsetzung am besten. Deshalb müssen Landesverbände diese Fragestellungen frühzeitig über die Landes- und Bundesverbände direkt oder indirekt in Europa einbringen.

VERANSTALTUNGEN

Zum Leistungsspektrum des ISTE gehört ein umfassendes Veranstaltungsangebot wie Tagungen, Workshops, Seminare, Exkursionen und Lehrgänge. Die starke Nachfrage und die Zusammensetzungen der Teilnehmer (neben unseren Mitgliedern sind stets viele Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung anwesend) bestätigen die fachliche Hochwertigkeit und das Informationsniveau unserer Veranstaltungen.

BERATUNGSLEISTUNGEN

Durch die Erfahrungen und das Wissen aus zahlreichen Verfahrensbeteiligungen als Träger öffentlicher Belange und der häufigen Beteiligung in Genehmigungsverfahren in allen Regionen des Landes sowie aus der Beteiligung an der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen verfügt der ISTE über einen besonderen Erfahrungsschatz, zum Beispiel über

- den Umfang und die Untersuchungstiefe der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima/Luft sowie Arten/Biotop,
- die Anforderungen an die Kompen-

sation von Eingriffen in Natur und Landschaft,

- fachliche Fragestellungen bezüglich Boden- und Grundwassergefahrenabschätzung und sich daraus ergebende Anforderungen an Rohstoffgewinnung und Recycling,
- fachliche Fragestellungen bei der Umsetzung von Maßnahmenplänen (z.B. EU-Wasserrahmenrichtlinie oder NATURA 2000),
- die Art und Höhe von Sicherheitsleistungen,
- den üblichen und rechtmäßigen Nebenbestimmungen der Genehmigung oder
- den Genehmigungsgebühren.

Der ISTE steht mit seinem juristischen, ingenieur- und naturwissenschaftlichen Team auch bei Genehmigungsverfahren beratend zur Seite. Lassen sich einvernehmliche Lösungen mit den Genehmigungsbehörden nicht erzielen, werden die Mitglieder zum Beispiel mit Formulierungshilfen bei Einsprüchen und Widersprüchen gegen rechtswidrige Auflagen und Bedingungen beraten und unterstützt. Muss der Rechtsweg beschritten werden, stehen den Mitgliedern die bewährten Partner aus dem Kompetenz-Netzwerk des ISTE aus Planern, Gutachtern und Rechtsanwälten zur Seite.

ISTE vor Ort:
Baustoffaufbereitung live erleben auf der
jährlichen ISTE-Exkursion

Gewohnt professionell, Klartext redend und
kundig: Chista Szenkler, Vorsitzende der
Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden



UMWELTSCHUTZ

ENTWURF DER MANTEL- VERORDNUNG VOM 31.10.2012

WICHTIGE INHALTE

Am 5. Dezember 2012 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) den zweiten Arbeitsentwurf der Mantelverordnung vom 31. Oktober 2012 veröffentlicht. Es ist die zentrale Verordnung für die Mitglieder des ISTE aus der Recycling- und Verfüllungsbranche, betrifft aber auch andere Bereiche der Steine- und Erdenindustrie sowie die Bauindustrie (z.B. Umweltverträglichkeit von Beton beim Bauen im Grundwasser). Vier Artikel sollen unter anderem sicherstellen, dass die Verwertung von mineralischen Stoffen gemäß den Zielstellungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erfolgt und ein ausreichender Schutz des Grundwassers und des Bodens gewährleistet ist.

Das BMU hält weiterhin daran fest, in Artikel 1 (Änderung der Grundwasser-verordnung) zur Beurteilung des Grundwasserzustandes 46 Prüfwerte festzulegen, die sich an den so genannten Geringfügigkeitsschwellenwerten orientieren. Da diese in der Regel human- und ökotoxikologisch abgeleitet sind, resultieren sehr niedrige Werte,

deren Einhaltbarkeit fraglich ist. Diese Stoffkonzentrationen sind bei Direkt-einleitungen und bei Freisetzungen aus Bodenmaterialien oder Bauwerken, die mit dem Grundwasser in Verbindung stehen, einzuhalten. Werden die Prüfwerte unterschritten und ist die zu erwartende eingetragene Fracht insgesamt gering, so sieht das BMU diesen Eintrag als unbedenklich an. Eine wasserrechtliche Genehmigung ist in diesem Fall nicht erforderlich.

In Artikel 2 (3. Arbeitsentwurf der Ersatzbaustoffverordnung) werden die Umwelanforderungen an die Verwertung mineralischer Ersatzbaustoffe (z.B. Recycling-Baustoffe, Hausmüllverbrennungssaschen, Bodenmaterialien, industrielle Nebenprodukte wie Stahlwerksschlacken, etc.) in technischen Bauwerken normiert. Materialspezifische Grenzwerte im Feststoff und in Eluaten (Schüttel- und Säulenversuch bei geringeren Wasser- zu Feststoffraten von 2 L/kg) sollen sicherstellen, dass die Grundwasser-Prüfwerte aus Artikel 1 beim Übergang des Sickerwassers in das Grundwasser eingehalten werden. Auch hier wird auf das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren verzichtet, sofern die Einhaltung der stofflichen Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung im Rahmen der rechtsverbindlichen Güteüberwachung nachgewiesen und der Einbau in den spezifisch geregelten Einbauweisen ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Mit Artikel 3 (Änderung der Verordnung über Deponien und Langzeitlager) plant das BMU eine Überleitung von nicht mehr verwertbaren mineralischen Ersatzbaustoffen auf Deponien. Mineralische Ersatzbaustoffe können bis zu einer Menge von 500 Tonnen, durch einfache Umrechnung der Messergebnisse aus der Ersatzbaustoffverordnung in Deponiezuordnungskriterien, einer Deponieklasse zugeordnet werden. Hierdurch soll Doppelmessaufwand durch sich unterscheidende Labormethoden im Deponierecht und nach ErsatzbaustoffV vermieden, also Zeit und Kosten gespart werden.

Mit Artikel 4 (Novelle der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, BBodSchV) legt das BMU erstmalig eine vollständige Neufassung der BBodSchV vor. Mit den geänderten und ergänzten §§ 6–8 werden unter anderem die stofflichen Anforderungen an Bodenmaterialien und mineralische Ersatzbaustoffe zur Verfüllung von Abgrabungen und für Bodenmaterialien zur Rekultivierung für den erlaubnisfreien Fall festgelegt.



SCHARNHAUSER RESOLUTION: GEMEINSAM ZUR NEUEN MANTELVERORDNUNG?

Am 25. Februar 2013 hat der ISTE und das Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) eine Informationsveranstaltung zur geplanten Mantelverordnung des BMU durchgeführt. Es wurde sehr deutlich, dass das Gesamtprojekt der Mantelverordnung am Scheideweg steht. „Schlimmstenfalls droht dann ein Rückfall hinter das Jahr 1997, als die LAGA-Regeln kamen. Ohne Grundkonsens kann man heute aber kaum noch weitermachen. Die wissenschaftliche Arbeit ist getan, die Entwicklung einer positiven Kommunikationsstrategie für die Politik ist jetzt vordringliche Aufgabe des Bundes und der Länderverwaltungen“, stellte Thomas Reißwenger fest.

Am Ende waren wohl auch die Veranstalter überrascht: Erstmals haben über 100 Vertreter des Bundesumweltministeriums, des baden-württembergischen Umweltministeriums, der regionalen und der kommunalen Verwaltungen sowie der heimischen Steine- und Erdenindustrie ihren Willen bekundet, gemeinsam für die durchaus umstrittene bundesweite Mantelverordnung einzutreten. In der sogenannten „Scharnhauser Resolution“ unterstützen sie eine „praktikable bundeseinheitliche Regelung von Baustoffrecycling und Verfüllung von

Abbaustätten“. Sie treten für ein „positives Kommunikationskonzept bezüglich der Mantelverordnung für die Politik des Bundes und der Länder“ ein und wollen dieses „gemeinsam erarbeiten“.

Allerdings müssen wesentlichen Problempunkte noch gemeinsam gelöst werden:

- Der geplante – zwar per Konvention durch das BMU schon erhöhte – Sulfatwert führt nachweislich zu einer Verschiebung von rund 30% der besten Umweltqualitätsklasse RC-1 in die Klasse RC-2. Solange keine Akzeptanz und damit kein Markt für RC-2 bestehen, bedeutet dies einen heftigen Einbruch der Recyclingquoten. Der Sulfatwert muss deshalb auf den bisher in Baden-Württemberg gültigen Wert angehoben werden.
- Während die ErsatzbaustoffV mit machbaren Änderungen rasch in den politischen Abstimmungsprozess gebracht werden sollte, herrscht massiver Überarbeitungsbedarf bei den Regelungen zur Verfüllung und Rekultivierung von Abgrabungen nach der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV). Die geplante Messlatte für die erlaubnisfreie Verfüllung ist so unüberwindbar, dass eine Lawine von Einzelfallgenehmigungsverfahren zu erwarten ist. Wie sollen dies die Verwaltungen meistern? Letztlich befürchten wir einen erhöhten Deponierungsdruck für gering kontaminierte Bodenmaterialien, wie z.B. Stadtböden.

Klartext II: Dr. Axel Kopp vom Bundesumweltministerium erläutert den Arbeitsentwurf zur Mantelverordnung auf der ISTE-Fortbildung im Februar 2013.

Klartext III: Umweltminister Franz Untersteller findet den Mittelweg zwischen Anforderungen des Boden- und Grundwasserschutzes und der Verwertung von 30 Mio. Tonnen Bodenaushub und Bauschutt im Land.



ISTE IM GESPRÄCH MIT LANDESUMWELTMINISTER FRANZ UNTERSTELLER ZUR GEPLANTEN MANTELVERORDNUNG

Kurz nach Veröffentlichung der MantelV folgte Minister Franz Untersteller MdL (Grüne) unserem Gesprächsersuchen. Am 23. Januar 2013 konnten die Vorsitzende der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden, Chista Szenkler, der Vorsitzende des QRB, Eberhard Ludwig, und Vertreter des ISTE in außerordentlich konstruktiver Atmosphäre den Problemkreis rund um die politisch ambitionierten Ressourceneffizienzziele, die zugleich hohen Anforderungen und Erwartungen des Boden- und Grundwasserschutzes an die Mantelverordnung und die täglichen Hürden in der Praxis des Baustoffrecyclings im Land diskutieren. Anhand sehr einfacher Vergleiche mit bisherigen Regelungen konnte der ISTE darlegen, dass die geplante ErsatzbaustoffV ein nie dagewesenes Schutzniveau für Boden- und Grundwasserschutz bietet und die Industrie mit Meilenstiefeln auf den Boden- und Grundwasserschutz zugehen würde.

Auch für den ISTE wurde deutlich und nachvollziehbar, dass das Thema innerhalb des Umweltministeriums zu schwierigen Konflikten zwischen Kreislaufwirtschaft, Boden- und Grundwasserschutz führt. Schließlich werden erstmalig mit einem ganzheitlichen

Der Schutz des Grundwassers ist heutzutage bei der Rohstoffgewinnung gewährleistet.



Regelungsansatz die Belange des vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Ressourceneffizienz miteinander abgewogen. Nicht nachvollziehbar sind jedoch die im Rahmen einiger Stellungnahmen der Länder nun aufkommenden Vorbehalte gegen das Fachkonzept der Ersatzbaustoffverordnung. Von wissenschaftlicher Seite wurde längst nachgewiesen, dass diese Vorbehalte fachlich nicht haltbar sind.

Mit dem Ministergespräch wurde der Grundstein für weitere Folgegespräche zwischen ISTE und Fachebene des Umweltministeriums gelegt. Wir freuen uns auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND BODEN-/GRUNDWASSERSCHUTZ

Bei der Erweiterung von Steinbrüchen/Baggerseen treten häufig Nutzungskonflikte mit dem Grundwasserschutz (Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten oder anderen hydrogeologisch sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Karst) auf. Einzelne Behörden und Wasserversorger befürchten, dass die Rohstoffgewinnung grundsätzlich das Grundwasser gefährdet. Konkrete Nachweise für einen Grundwasserschaden durch Rohstoffgewinnung

einerseits und für einen absoluten Ausschluss jeglicher Gefährdungen andererseits, gibt es nicht. Dies darf aber keinesfalls dazu führen, dass schon auf Regionalplanungsebene aus Vorsorgegründen Pauschalverbote für die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten ausgesprochen und damit Einzelfallentscheidungen verhindert werden.

Tatsächlich sind die Auswirkungen von Baggerseen auf Oberflächen- und Grundwasser bereits sehr gut erforscht. Auf dem 15. Genehmigungsseminar am 27. und 28. November 2012, zeigte der Leiter des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB), Prof. Ralph Watzel den Wissensstand zu den Wechselwirkungen zwischen Grundwasser und Baggerseen in Baden-Württemberg 15 Jahre nach dem Pilotprojekt Konfliktarme Baggerseen (KaBa) auf. Anschließend stellte Magister Müllegger vom Department für Umweltgeowissenschaften der Universität Wien brandaktuelle Forschungserkenntnisse einer vergleichbaren Studie aus Österreich gegenüber. Auch unter Berücksichtigung des potentiellen Einflusses der unterschiedlichen Seetiefen (in Österreich im Gegensatz zu Deutschland in der Regel flachere Seen) bei einem Vergleich der Studien, bestätigten beide Referenten mit den aktuellen Ergebnissen die aus den früheren Studien bekannten und grundsätzlich positiven Erkenntnisse: die Rohstoffgewinnung führt im Nassabbau zu keiner generellen Beeinträch-

tigung des Grundwassers. Besonders erfreulich: In Österreich wurde auch die Mikrobiologie mit untersucht und ein Gefährdungspotential ausgeschlossen. So stellt Müllegger folgende Forschungsfragestellung in den Raum: In welchen hydrogeologischen Situationen können die positiven Aspekte von Baggerseen auf die Grundwasserqualität bei bereits anthropogen vorbelasteten Grundwasserleitern (Pestizide/Düngung) sogar genutzt werden? So können Seen unter anderem eine Senke für Nitrat und Phosphat darstellen.

Beide Referenten betonten allerdings die Voraussetzungen für eine umweltgerechte Nassgewinnung:

- ordnungsgemäßer Einsatz von GW-gefährdenden Stoffen im Kieswerksbetrieb,
- Schutz vor belasteten oberirdischen Zuflüssen,
- umweltverträgliche Folgenutzung, Minimierung der Einträge eutrophierender Stoffe und Schadstoffe
- keine Einlagerung von Fremdmaterialien in Baggerseen

Der ISTE setzt sich tagtäglich dafür ein, dass die Rohstoffgewinnung umweltgerecht erfolgt, indem die oben genannten, nachweislich sinnvollen Randbedingungen strikt eingehalten werden.



Vorbildliches Baustoff-Recycling und Bodenverfüllung vor Ort erleben: ISTE- und QRB-Exkursion zu den HBR- und bmK-Steinbruchbetrieben in Talheim

Hinsichtlich der Auswirkungen von Steinbrüchen (Trockenabbau) auf Boden und Grundwasser gibt es Wissenslücken. Der ISTE setzt sich deshalb für eine Forschungs Kooperation mit der Universität Tübingen ein. Der aufwendige gemeinsame Projektantrag zur Forschungsinitiative „Forschungscampus Umwelt – Georesourcen umweltgerecht nutzen“ des Zentrum für Angewandte Geowissenschaften (ZAG) der Universität Tübingen mit dem ISTE und einem Netzwerk aus ISTE-Mitgliedsunternehmen und Verbänden, hatte leider keine Aussicht auf Wettbewerbsgewinn in der laufenden BMBF-Förderinitiative „Forschungscampus“ (über 100 Bewerbungen u.a. aus dem Hochtechnologiebereich, 10 Förderungen).

Zwischenzeitlich wurde aber unter anderem auf Basis des oben genannten Projektantrages eine anwendungsorientierte Umweltplattform zur Verbesserung des Technologietransfers zwischen Universität und Wirtschaft im Rahmen der 3. Linie der Exzellenzinitiative der Uni Tübingen bewilligt. Die Arbeit von Universität, ISTE-Mitgliedern und dem ISTE-Team soll also nicht umsonst gewesen sein!

So wurde bereits ein „Runder Tisch“ durch die Umweltplattform der Universität Tübingen zusammen mit Wissenschaft, Verwaltung und Industrie zur hydrologischen Erkundung der Ammertal/Schönbuch-Gruppe gegründet.

Initiierte Sitzung unter Beteiligung von Wasserversorgern, Regierungspräsidium Tübingen, Landratsämtern, Wissenschaft und ISTE war bereits am 04.03.2012. Ziel ist die Verbesserung fachtechnischer Kriterien für eine umweltgerechte Rohstoffgewinnung im Trockenabbau in hydrologisch sensiblen Gebieten wie z.B. im schwäbischen Karst. Auf diese Weise könnte die geplante Pilotstudie „Konfliktarme Steinbrüche KARST“ neu angeschoben werden, um gemeinsam erneut mit den Wasserversorgern, Mitgliedswerken und der Verwaltung die Auswirkungen von Steinbrüchen in Kluft- und Karstgrundwasserleitern im Vergleich zu Landwirtschaft, Siedlungen, Abwasser und Regenwasser zu untersuchen.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND SCHUTZ DER OBERFLÄCHENGEWÄSSER

Vor dem Hintergrund der Maßnahmenpläne der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des „guten Zustands“ von „Bächen und Flüssen“ geraten zunehmend Trübstoffeinträge durch Niederschlags- und Oberflächenwässer aus Steinbrüchen in die Vorfluter in den Fokus. Erstmals verlangen einzelne Behörden die Einhaltung eines Trübegrenzwertes von 100 mg/L (abfiltrierbare Stoffe) bei einem so genannten 1-jährigen Niederschlagsereignis. Fachexperten (Universität Tübingen, Umweltforschungszentrum Leipzig)

sind sich einig: In steilen Tälern des Hochschwarzwaldes ist eine Einhaltung dieses Wertes beim stärksten Niederschlagsereignis des Jahres vor Einleitung in den Bach utopisch. Zudem wird die Umweltwirkung hinterfragt.

Zum jetzigen Zeitpunkt erarbeitet der ISTE mit Mitgliedern „Einzellösungen“ – Steinbruchunternehmer ergreifen technische Maßnahmen. Die durch das LRA geforderten Maßnahmen sind aber zum Teil nicht verhältnismäßig, da deren Wirksamkeit nicht nachgewiesen ist. Auch hier fehlen fachliche Bewertungskriterien zur Erreichbarkeit eines solchen Grenzwertes, der aus einer völlig anderen Fragestellung kommt – nämlich der Kläranlagentechnik.

Der ISTE hat viele Gespräche mit der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) und der zuständigen Behörde vor Ort geführt. Eine einfache Pauschallösung zeichnet sich nicht ab. Auch die LUBW stellt aber klar, dass die Lösungsansätze wirtschaftlich darstellbar sein müssen.



Blick hinter die Kulissen: Baustoffprüfer erläutern ihre Arbeit für die Qualität von Gesteinskörnungen und, wie hier, Recycling-Baustoffen beim Institut für Baustoffüberwachung und Umwelttechnik GmbH (IBE) in Langenbrettach mit Geschäftsführer und QRB-Vorstandsmitglied Jan Herrmann.



LUBW-JAHRESGESPRÄCH 2012

Am 20.04.2012 fand ein Jahresgespräch zwischen ISTE und Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) mit der Präsidentin Margareta Barth und den Abteilungen 2: Nachhaltigkeit und Naturschutz, 3: Technischer Umweltschutz, 4: Wasser, den Referaten 25: Arten- und Flächenschutz, Landschaftspflege und 31: Luftreinhaltung Umwelttechnik, sowie der Koordinierungsstelle statt.

Ziel war es, zunächst die wesentlichen Berührungspunkte zwischen LUBW und ISTE herauszuarbeiten:

- das Umweltmanagement, Altlasten und Boden sowie Arten- und Naturschutz
- die Bereiche Abfälle, Abwasser: QRB und aktuell abfiltrierbare Stoffe in Steinbruch-Oberflächenwasserabflüssen
- Grundwasserschutz, KaBa-Projekt, „Kiesleitfaden“
- Steinbrüche und Grundwasserschutz

Präsidentin Barth sieht es als zentrales Ziel der LUBW an, Leitfäden zu erstellen, um eine einheitliche Bearbeitung in den öffentlichen Stellen zu gewährleisten, und greift hier gerne auf die

Praxiserfahrungen des ISTE zurück. Mit dem Ministergespräch wurde der Grundstein für weitere Folgegespräche zwischen ISTE und Fachebene des Umweltministeriums gelegt. Wir freuen uns auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft. Aus dem Jahresgespräch sind weitere Folgegespräche zwischen ISTE und Fachebene der LUBW entstanden. Der ISTE freut sich über das Angebot von Präsidentin Barth LUBW-ISTE – Jahresgespräche künftig fortzusetzen und über Anschlussgespräche zu den speziellen Themenbereichen.

LANDESWASSERGESETZ

Im Januar 2013 hat das Umweltministerium Baden-Württemberg den Entwurf über ein Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts in Baden-Württemberg vom 15.01.2013 zur Stellungnahme versendet. Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, das Wasserrecht des Landes Baden-Württemberg neu zu ordnen. Der Bedarf für eine Neuregelung folgt maßgeblich aus der Neuordnung des Wasserrechts auf Bundesebene durch das im Jahr 2010 in Kraft getretene neue Wasserhaushaltsgesetz (WHG 2010).

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die baden-württembergische Novellierung an einigen Stellen deutlich über das WHG hinausgeht. Dadurch sind Benachteiligungen der baden-württembergischen Industrie, die sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Wettbewerb ergeben, zu befürchten. Dazu gehört insbesondere das hiesige Wasserentnahmeentgelt.

Aus ISTE-Sicht sind folgende wesentliche Punkte kritisch zu sehen:

Bisher war eine wasserrechtliche Genehmigung von baulichen Anlagen, Leitungsanlagen etc. in, an, über und unter oberirdischen Gewässern ausreichend. Zukünftig wird eine wasserrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung verlangt (Zulassung von Anlagen bei der Nassauskiesung liegen damit zukünftig im Ermessen der Wasserbehörde, was die Planungssicherheit reduziert).

Neben einer Anzeigepflicht wird zukünftig auch eine wasserrechtliche Erlaubnis für Bohrungen (Grundwassermonitoring-Brunnen, Explorationsbohrungen, Erdaufschlüsse, usw.) gefordert und dies mit Beteiligung der Öffentlichkeit (zum Beispiel sind Nachbarn bei Bohrungen im Erlaubnisverfahren zu beteiligen, wenn Gefahren zu befürchten sind).



Mitarbeiter des Kalkwerks Istein kämpfen um ihre Arbeitsplätze. Eine Bürgerinitiative machte gegen eine Erweiterung mobil. Der Bürgerentscheid bestätigte die Gemeinderatshaltung für den Steinbruch.

ISTE vor Ort: Erfolgreich technisch und forstlich Rekultivieren erläutern Thilo Tollkühn und Matthias Schappert.



Der ISTE hat die Kritikpunkte am 22.02.2013 bei der Verbändeanhörung mündlich und im Rahmen einer eigenen Stellungnahme schriftlich eingebracht. Zudem wurden die wesentlichen Punkte unserer Stellungnahme in die Stellungnahme des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie übernommen.

Das Land verfolgt einen ambitionierten Zeitplan:

- April: Behandlung im Kabinett
- Mai/Juni: Behandlung im Landtag
- Juli: Veröffentlichung

BÜRGERBETEILIGUNG IM UMWELTSCHUTZ

In Zeiten der „Bürgergesellschaft“ findet auch im Bereich der Umweltschutzmaßnahmen eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung statt. So zum Beispiel bei der Aufstellung von Maßnahmenplänen der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Der ISTE hat am 22.11.2012 auf der Infoveranstaltung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Aufstellung von Maßnahmenplänen der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Teilbearbeitungsgebiet Acher-Rench teilgenommen. Hierdurch können Fachkenntnisse (hier: Thema Trübeinträge in Vorfluter) in den Konsultationsprozess mit der Bürgerschaft und im Dialog zwischen allen Beteiligten eingebracht werden.

VERANSTALTUNGEN

20. September 2012
9. GEMEINSAME FACH-EXKURSION
 der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden und des QRB bei der bmK im Raum Heilbronn

27. und 28. September 2012
RESSOURCENEFFIZIENZ-KONGRESS
 der Landesregierung Baden-Württemberg in Karlsruhe. Der ISTE koordinierte das Forum 13 „Ressourceneffiziente Bau- und Infrastruktur“

09. und 10. Oktober 2012
BAUSTOFF-TAGE 2012 UND 15. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG
 mit Beiträgen rund um die Mantelverordnung

15. und 16. November 2012
6. SACHKUNDELEHRGANG PROBENAHME FESTER ABFÄLLE NACH LAGA PN 98, DIN EN 932-1 UND QRB-LEITFADEN
 in Kirchheim

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

- Unterstützung bei der Entwicklung geeigneter Umweltrahmenbedingungen für die erforderliche dezentrale und nachhaltige Rohstoffgewinnung des Landes Baden-Württemberg.
- Schlüssige Politik bezüglich der Zielsetzung der Ressourceneffizienz durch Recycling und des Boden- und Grundwasserschutzes
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal zur Erarbeitung von fachlichen Kriterien für eine umweltgerechte Georessourcennutzung.
- Klare Ordnungspolitik im Bereich des Baustoff-Recyclings, um sicherzustellen, dass nur güteüberwachte und gütegeprüfte Recycling-Baustoffe umweltverträglich dort eingesetzt werden, wo sie eingesetzt werden dürfen.



Natürlich ist der Gesteinsabbau ein Eingriff in Natur- und Landschaft ...

... aber dadurch entstehen gewaltige Naturkulissen für seltene und gefährdete Arten. Die Potentiale der Abbaustätten müssen in der Bundeskompensationsverordnung berücksichtigt werden.



NATURSCHUTZ

ENTWURF DER BUNDES-KOMPENSATIONSVERORDNUNG

Mit Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) am 1. März 2010 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Ermächtigung erhalten, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach Inhalt, Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie zur Höhe und zum Verfahren der Erhebung von Ersatzzahlungen durch eine Verordnung zu untersetzen. Am 05.11.2012 hat das BMU den Entwurf einer Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft (Bundeskompensationsverordnung – BKompV) vorgelegt. Ziel der Verordnung ist es, den Vollzug der Eingriffsregelung effektiver zu gestalten und durch einheitliche Standards, mehr Transparenz, Planungssicherheit, Verfahrensbeschleunigung, vergleichbare Investitionsbedingungen und geringere Flächeninanspruchnahmen zu erzielen. Damit die mit Eingriffen der Steine- und Erdenindustrie verbundenen Besonderheiten in der BKompV

berücksichtigt werden, hat sich der ISTE bereits frühzeitig mit dem BMU und zahlreichen weiteren Beteiligten ausgetauscht und zahlreiche Lösungsvorschläge erarbeitet.

Der erste Entwurf der BKompV vom 5. November, der Grundlage für die Verbändeanhörung war, beinhaltete gravierende Mängel die zu enormen wirtschaftlichen Belastungen der Unternehmen führen würden. Die wesentlichen Kritikpunkte am Verordnungsentwurf sind:

- Das BMU plant ein völlig neues Bewertungssystem für die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, das im Gegensatz zu den in Baden-Württemberg seit Jahren funktionierenden und anerkannten Bewertungssystemen, die Besonderheiten von Abbauvorhaben nicht darstellen kann. Die teils funktionsbezogene Herangehensweise führt zu erheblichen Problemen beim Erhalt und der Förderung der biologischen Vielfalt. Darüber hinaus wird das Bewertungsverfahren der BKompV-E zu einer deutlichen Zunahme der Flächeninanspruchnahme und des Erfassungsaufwands führen. Vergleichsrechnungen bei bewährter und „neuer“ Bewertung haben gezeigt, dass der Kompensationsbedarf um ein Vielfaches ansteigen kann.
- Mit dem vorliegenden Entwurf der Kompensationsverordnung, der sehr stark auf Ersatzzahlungen abstellt, werden sinnvolle ökologische Grund-

ansätze, die in den letzten 20 Jahren Standard geworden sind, aufgegeben und allem Anschein nach dem Ausbau der Finanzausstattung des Naturschutzes geopfert. Die Berechnung der Höhe der Ersatzzahlungen über einen Kubikmeteransatz für das abgebaute Material für Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes würde zu unverhältnismäßigen Festsetzungen führen.

Neben der Erarbeitung einer umfangreichen Stellungnahme hat sich der ISTE auf Landes- und Bundesebene auf verschiedenen Wegen engagiert. Hierzu gehören die Erarbeitung und Abstimmung der gemeinsamen Position des Bundesverbands Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN) und Bundesverbands Baustoffe – Steine und Erden (BBS) zur BKompV, Vergleichsberechnungen für verschiedenste Vorhaben der Steine- und Erdenindustrie, um den Kompensationsbedarf des bisher angewandten Bewertungsverfahrens (Ökokonto-Verordnung – ÖKVO) und des Bewertungsverfahrens nach BKompV-E gegenüberzustellen, und die Beteiligung in zahlreichen Arbeitskreisen auf Bundesebene. Auch die Teilnehmer des 15. ISTE-Genehmigungsseminars, das am 27. und 28. November 2012 in Ostfildern stattfand, hatten Gelegenheit, ihre Kritikpunkte Herrn Ministerialrat Alfred Walter vom BMU mitzuteilen, der aus erster Hand über den aktuellen Stand informierte.



„Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ findet auch der Ministerialdirektor des Naturschutzministeriums, Wolfgang Reimer, ausgezeichnet.

Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung durch Inge Hamm (IG BAU), Andre Baumann (NABU) und Hans-Martin Peter (ISTE)

Weitere Entwürfe der BKompV, zu denen der ISTE noch einmal umfangreich Stellung genommen und aufgezeigt hat, an welchen Stellen der Verordnung anzusetzen ist, damit den Vorhabenträgern aus der Steine- und Erdenindustrie eine große Chance für eine flexible und nachhaltige Strategie für den Umgang mit zukünftigen Eingriffen geboten wird, haben wichtige Änderungen im Verordnungsentwurf ergeben. Besonders im Bereich des Bewertungsverfahrens, der Möglichkeit zur schutzgutübergreifenden Kompensation und der Berechnung der Höhe von etwaigen Ersatzzahlungen konnten Lösungen erzielt werden, die einen sachgerechteren Umgang mit der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft durch Abbauvorhaben ermöglichen. Die überarbeitete Version der BKompV beinhaltet jedoch weiterhin Defizite und lässt den ISTE nicht zum Ergebnis kommen, dass alle über Jahrzehnte hinweg gefundenen Lösungsansätze erhalten bleiben, so dass der ISTE die Erarbeitung der BKompV auch weiterhin mit hohem Engagement begleiten wird.

NABU-ISTE-IGBAU: NEUE GEMEINSAME ERKLÄRUNG „NACHHALTIGE ROHSTOFFNUTZUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG“

Unter der Überschrift „Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ war die erste gemeinsame Erklärung von NABU und ISTE im Jahr 2000 ein erster Schritt, die unterschiedlichen Zielsetzungen zu harmonisieren. Zahlreiche Bundesländer und Bundesverbände folgten dem Beispiel des Landes Baden-Württemberg und gaben ähnlich lautende Erklärungen heraus.

Ab 2011 wurde die Erklärung aufgrund neuerer Rahmenbedingungen und erstmals gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt – Region Baden-Württemberg als Beitrag für die „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ fortgeschrieben. Während in der ersten gemeinsamen Erklärung der Fokus des Naturschutzes auf Eingriffe in Natur und Landschaft gelegt wurde, wurden bei der Fortschreibung der Erklärung der Schutz und die Förderung der Biologischen Vielfalt beim Rohstoffabbau, neue naturschutzrechtliche Herausforderungen wie z.B. Artenschutzrecht und Biotopverbund sowie die Sicherstellung sozialer Belange in der Rohstoffindustrie in den Mittelpunkt gerückt.

Neben der Biologischen Vielfalt steht mit der neuen Erklärung erstmals auch der Klimaschutz im Zentrum, denn die verbrauchsnahe Nutzung von Abbaustätten und die Einsparung von Energie bei der Produktion sind wichtige Herausforderungen, denen sich Unternehmen und Verband aktiv stellen. Eine nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Rohstoffe in Zukunft dezentral und verbrauchsnahe gewonnen werden müssen, schon alleine um unnötige Transportwege zu vermeiden.

Die gemeinsame Erklärung von NABU-ISTE-IGBAU zur nachhaltigen Rohstoff-



Gemeinsame Erklärung zur nachhaltigen Rohstoffnutzung – diesmal auch mit der Gewerkschaft IG BAU.

Engagement für Naturschutz kennt viele Wege: Taurusrinder und Konikpferde sorgen für Dynamik in einem stillgelegten Steinbruch von HeidelbergCement auf der Schwäbischen Alb. Fehlt nur noch Winnetou!



nutzung in Baden-Württemberg wurde am 19. Juli 2012 in Blaubeuren präsentiert.

AUCH VON SEITEN DES LANDES GELOBT

Die gemeinsame Erklärung soll das gegenseitige Verständnis und Vertrauen weiter fördern. Auch von Landesseite wurde die gemeinsame Initiative ausdrücklich gelobt: „Als Landesregierung ist es uns ein Anliegen, nicht nur mit Energie, Rohstoffen und Boden effizienter umzugehen, sondern auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und den Artenschwund zu stoppen. Mit dieser gemeinsamen Erklärung sind die Grundlagen geschaffen, langfristig Rohstoffsicherung und -abbau, Naturschutz und soziale Entwicklung zusammen zu bringen“, sagte der Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Wolfgang Reimer.

Weitere Informationen: www.iste.de/presse/pressemitteilungen/gemeinsame_erklaerung

LANDESWEIT GRÖSSTES BEWEIDUNGSPROJEKT GESTARTET

Die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur nachhaltigen Rohstoffnutzung fand in einem Steinbruch der Fa. HeidelbergCement AG in Blaubeuren-Beiningen statt. Und das aus gutem Grund: Denn auf Anregung und in Kooperation des NABU und des ISTE konnte dort 2012 ein landesweit einzigartiges Beweidungsprojekt gestartet werden.

Mit der Gründung der Betreibergesellschaft Urzeit Weide GbR, dessen Gesellschafter die HeidelbergCement AG und die Blautal-Land-und-Forst GmbH & Co. KG sind, wurde die Grundlage für ein Ganzjahres-Beweidungsprojekt im Steinbruch geschaffen.

Am 9. Juni 2012 war es soweit. Acht Konik-Pferde mit ihren drei Fohlen und neun Taurus-Rinder mit einem Kalb kamen im Steinbruch Beiningen an und haben ihr ca. 75 Hektar großes Gelände in Besitz genommen.

Die Konik-Pferde und Taurus-Rinder haben sich zwischenzeitlich nicht nur bestens an ihre neue Heimat gewöhnt sondern auch aneinander. Zusammen verrichten sie ihre Arbeit als Landschaftspfleger. Sie sorgen unter anderem dafür, dass Kleingewässer nicht zuwachsen und Offenlandbiotope sowie

die unterschiedlichen Wald-Sukzessionsstadien erhalten bleiben. Davon profitieren nicht nur die im Steinbruch nachgewiesenen Amphibienarten, sondern auch Vögel sowie eine Fülle von Insekten wie Libellen und Käfer.

Die Tiere sind sich selbst überlassen. Sie leben wie richtige Wildtiere, vom Menschen weitgehend unbehelligt. Zwar schaut ein Landwirt täglich nach ihnen, aber er kontrolliert lediglich ihren Gesundheitszustand und die Vollzähligkeit. Eine Zufütterung findet höchstens während sehr strengen und schneereichen Wintertagen statt.

Biologen haben ein Monitoring-Konzept erstellt und begleiten dieses einmalige Projekt wissenschaftlich, um den Einfluss der Beweidung auf die einzigartige Fauna und Flora des Steinbruchs zu beobachten und ggf. korrigierend eingreifen zu können.

Sanierung von Weinbergmauern bei Enzberg: Dieses Projekt schafft Lebensräume z.B. für Eidechsen, bringt Ökopunkte und freut Naturschützer, Weingärtner und Politiker gleichermaßen.

Naturschutzminister Alexander Bonde lobt das Engagement der Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH, an der der ISTE beteiligt ist, anlässlich der Verleihung von Ökopunkten an die LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH.



ÖKOKONTO

Die Förderung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten eröffnet zahlreiche Möglichkeiten zur Nutzung des naturschutzrechtlichen Ökokontos. Das Ökokonto bietet insbesondere folgende Chancen:

- die Möglichkeit, Kompensationsmaßnahmen zeitlich vorgezogen, d.h. unabhängig von einem Eingriff, durchzuführen und dadurch Planungssicherheit und Verfahrensbeschleunigung zu erzielen,
- die vorzeitige Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen unterstützt die Entschärfung von Nutzungskonflikten und kann durch Zuordnung von ökologisch höherwertigeren Maßnahmen zu einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Kompensationszwecke führen,
- durch die räumliche Flexibilisierung kann der Vorhabenträger Kompensationsmaßnahmen deutlich losge-



Seit 2011 mit ISTE-Beteiligung am Markt: die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH

löster vom Eingriffsort realisieren und die Kompensationsverpflichtung auch durch den Erwerb von Ökopunkten erbringen,

- die Verzinsung der Ökopunkte von jährlich 3%, höchstens jedoch für einen Zeitraum von zehn Jahren, schafft einen zusätzlichen Anreiz, im Vorfeld des Eingriffs in Ökokonto-Maßnahmen zu investieren und reduziert die Maßnahmenfläche.

ÖKOKONTO – EIN SPARBUCH FÜR DIE NATUR

Die Steine- und Erdenindustrie hat das für alle Beteiligten sinnvolle Instrument Ökokonto von Anfang an unterstützt und die Beteiligung der Steine- und Erdenindustrie an der Flächenagentur Baden-Württemberg zur Schaffung eines landesweiten, internetbasierten Handelsportals für Kompensationsflächen und Ökopunkte wurde erfolgreich angenommen. Zahlreiche Abbaunehmen haben die Chancen des Ökokontos bereits aufgegriffen, so dass nicht nur die ersten Ökopunkte des Landes auf das Ökokonto eines ISTE-Mitglieds gebucht werden konnten, sondern auch der Erwerber des ersten Ökopunkte-Handel aus der Steine- und Erdenindustrie stammt. Auch bei der Umsetzung dieses wichtigen Naturschutzinstruments hat die Steine- und Erdenindustrie damit einen wichtigen Beitrag geleistet.

Mehr Informationen: www.flaechenagentur-bw.de

NATURA 2000-MANAGEMENTPLANUNG

Für eine nachhaltige Rohstoffsicherung müssen bauwürdige Gesteinsvorkommen auch langfristig zugänglich bleiben. Die Natura2000-Managementpläne legen innerhalb des europäischen Schutzgebietsnetzes Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen fest. Inzwischen liegen für rund ein Drittel der Schutzgebiete Managementpläne vor.

Als Raumnutzer beteiligt sich der ISTE gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen an der Erarbeitung der Managementpläne. In den Gebietsbeiräten werden durch die Rohstoffwirtschaft regelmäßig Impulse für einen gestalteten Natur- und Artenschutz gegeben und die Pläne so gestaltet, dass eine weitere Rohstoffgewinnung möglich ist. Auf diese Weise gelingt es häufig, dass die Rohstoffgewinnung nicht als Problem gesehen wird, sondern als einen wichtigen Beitrag um die biologische Vielfalt im europäischen Schutzgebietsnetz zu erhalten.

UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

Nur 0,2% der Landesfläche werden für die Rohstoffgewinnung genutzt. Als Trittsteinbiotop und Reservelächen sind sie für den Biotopverbund geeignet.

ISTE vor Ort: Die Bedeutung von Abbaustätten als Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen erklärt sich nicht selbst. Deshalb machen wir das mit unseren Fachleuten.



NATIONALPARK NORDSCHWARZWALD

Durch den Regierungswechsel hat sich der Naturschutz des Landes verändert. Der Koalitionsvertrag hat deutlich gemacht, dass Bisheriges überprüft und Neues angestoßen werden soll. So hat die neue Landesregierung angekündigt, im Nordschwarzwald einen Nationalpark einzurichten. Das Gebiet eines Nationalparks muss mindestens 10.000 Hektar umfassen. Dies könnte die Abbaustätten in diesem Gebiet stark beeinträchtigen. Der ISTE wird die Gebietsabgrenzung konstruktiv-kritisch begleiten und sich dafür einsetzen, dass Abbaustätten und deren raumordnerisch gesicherte Abbau- und Sicherungsgebiete ebenso wie die jeweilige Lagerstätte und die Wirkzone außerhalb der Suchraumkulisse für den Nationalpark liegen. Sonst droht die Stilllegung von Abbaustandorten.

Die Konflikte aufgrund bereits vorhandener und weiterer geplanter Ausweisung von Schutzgebieten werden in naher Zukunft zunehmen. Zum Beispiel plant die Regierung einen Biotopverbund zu errichten, der mindestens zehn Prozent der Landesfläche einnehmen soll. Dieses Vorhaben wird vom ISTE begleitet, damit die Interessen der Abbaustätten ausreichend berücksichtigt werden.

ARBEITSKREIS ARTENSCHUTZ IN ABBAUSTÄTTEN

Steinbrüche, Baggerseen und Kiesgruben sind über das ganze Land verteilt. „Trittsteinbiotop“ und „Reservelächen“ für die Biologische Vielfalt. In Abbaustätten entwickeln sich Biotop, die in der dicht besiedelten und intensiv genutzten Kulturlandschaft nicht mehr vorkommen. Einhergehend mit den Chancen für die biologische Vielfalt ist damit weiterhin das Thema Artenschutzrecht während und nach der Abbauphase von besonderer Bedeutung in der Abteilung Umwelt- und Naturschutzpolitik.

Der ISTE initiiert und fördert zahlreiche Projekte, um den dynamischen Ansatz im Naturschutzrecht zu platzieren. Hierzu gehört z.B. die Gründung des Arbeitskreises Artenschutz in Abbaustätten, die Einrichtung einer Biodiversitäts-Datenbank, das Engagement in der European Business & Biodiversity Campaign, die von verschiedenen europäischen Partnern unter der Leitung des Global Nature Fund durchgeführt wird, oder auch die Organisation zahlreicher Veranstaltungen zum Thema biologische Vielfalt und zu modernen Renaturierungs- und Rekultivierungsmethoden.

Insbesondere die European Business & Biodiversity Campaign soll zeigen, dass sich Natur- und Artenschutz mit unternehmerischen Strategien vereinbaren

lassen. Hierzu wird das Thema Biodiversität in Abbaustätten aktuell umfangreich durch den ISTE aufgearbeitet und soll unter dem Titel „Biologische Vielfalt in Abbaustätten – Beitrag der Steine- und Erdenindustrie zur Business & Biodiversity Campaign“ als Band 5 der Schriftenreihe der Umweltberatung des ISTE veröffentlicht werden.

In diesem Rahmen hat der ISTE die „Arbeitsgruppe Artenschutz“ ins Leben gerufen, an der sich auch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR), die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), der NABU Baden-Württemberg, der Global Nature Fund und weitere Experten beteiligen. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, die biologische Vielfalt während der Abbauphase und der Folgenutzungsgestaltung rechtssicher zu fördern bzw. die Grenzen des geltenden Naturschutzrechts aufzuzeigen und Lösungsvorschläge im Sinne aller Beteiligten zu erarbeiten. Der Leitfaden mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Artenschutz soll 2014 veröffentlicht werden.



Dr. Markus Rösler MdL, Bündnis 90/Die Grünen, erläutert kurzweilig und kompetent die Naturschutz- und Finanzpolitik auf der ISTE-Jahreshauptversammlung 2012.

Walter Minst ist stolz auf die jungen Uhus, die erfolgreich die ersten Lebenswochen im betriebenen Steinbruch verbracht haben und jetzt beringt werden.

BIODIVERSITÄTS-DATENBANK

Ein weiterer wichtiger Baustein der Tätigkeiten rund um die biologische Vielfalt in Abbaustätten ist die Einrichtung einer Biodiversitäts-Datenbank für die Betriebe der Steine- und Erdenindustrie. Ziel der Datenbank ist es, die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten darzustellen und ein Auswertungsmodul von steine- und erdenspezifischen Biodiversitäts-Indikatoren, an deren der ISTE sich maßgeblich beteiligt hat, bereitzustellen. Die Datenbank soll zukünftig Informationen zu allen erfassten Arten und deren Verbreitungsgebieten liefern, die z.B. im Rahmen von Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren den ISTE-Mitgliedern wichtige Datengrundlagen bieten können. Ebenso können die Biodiversitätsdaten wichtige Informationen bei der Auswahl und Durchführung von Ökokonto-Maßnahmen liefern.

Bei der Weiterentwicklung der Biodiversitäts-Datenbank ist der ISTE auf die Unterstützung der Mitgliedsunternehmen angewiesen. Um die Entwicklung und Erhaltung der Biologischen Vielfalt in Abbaustätten langfristig und landesweit zu dokumentieren, sind alle

erhobenen Daten der Unternehmen erforderlich. Die von ISTE-Mitgliedern im Rahmen von Genehmigungsverfahren, Ökokonto-Maßnahmen oder Monitoring- und sonstigen Maßnahmen erhobenen Daten sollen damit zukünftig nicht nur dem mit dem jeweiligen Auftrag verfolgten Zweck dienen, sondern langfristig ausgewertet und genutzt werden. Die Datenbank soll im Herbst 2013 zur Verfügung gestellt werden. Der ISTE wird hierzu unterschiedliche Schulungsveranstaltungen anbieten.

VERANSTALTUNGEN

21. Februar 2013
UMWELTSEMINAR
Umweltschadensgesetz, Umwelthaftungsgesetz, Umweltinformationsgesetz

5. Juli 2012
FORSTLICHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN

Waldinanspruchnahme und Wiederaufforstung sowie Bereitstellung von Verfüllungskapazitäten als raumplanerischer Belang

19. Juli 2012
UNTERZEICHNUNG NABU/ISTE/IGBAU-ERKLÄRUNG
und neues Beweidungsprojekt in Blaubeuren-Beiningen, Festveranstaltung

27./28. November 2012
GENEHMIGUNGSVERFAHRENSEMINAR in Ostfildern

ANREGUNGEN AN DIE POLITIK

- Politische Unterstützung bei der Berücksichtigung dynamischer Prozesse im Naturschutz zum Beispiel bei der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes oder bei der Naturschutzstrategie. Der Ansatz des statischen Naturschutzes, der sich wie ein roter Faden durch das gesamte Naturschutzrecht zieht, konterkariert die aus Sicht des Naturschutzes notwendige Dynamik in Abbaustätten.
- Entsprechend dem europäischen Leitfaden „Rohstoffgewinnung in NATURA 2000-Gebieten“ aus dem Jahr 2010 ist Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten grundsätzlich möglich. Hierüber ist der Vollzug in Baden-Württemberg zu unterrichten.
- Beachtung nachgewiesener Rohstoffvorkommen bei der Ausweisung von erschwerenden oder ausschließenden Schutzgebieten.
- Klares Bekenntnis zur Förderung von Ökokontomaßnahmen im Land.
- Im Rahmen von Fachplanungen, z. B. Biotopverbundplanung, sind die Chancen der Rohstoffgewinnungsstätten für den Naturschutz und die biologische Vielfalt zu beachten. Rohstoffgewinnungsstätten müssen von der Politik als Teil der Lösung positioniert werden.
- Auch der Naturschutz muss zukünftig das Ziel der Verfahrensbeschleunigung berücksichtigen.

»Öffentlichkeitsarbeit ist keine platte Werbung, sie basiert auf Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit. Und sie braucht einen langen Atem und viele Akteure. Nicht nur im Verband, auch vor Ort – in jedem Unternehmen – müssen unsere Botschaften und Werte vermittelt und gelebt werden.«

DAFÜR STEHEN WIR:

Jeder Baden-Württemberger verbraucht statistisch gesehen pro Stunde zwei Hände voll mineralischer Rohstoffe. Das entspricht einem Kilogramm Natursteine, Sand und Kies, Gips, Kalk, Zement und andere Rohstoffe, im Jahr sind dies 10 Tonnen, die pro Einwohner gewonnen werden.

Deutlich sichtbar sind Steine bei Gebäuden und Straßen: über 80 % der abgebauten Gesteine werden in der Bauindustrie verwendet. Wenig bekannt ist hingegen, dass zum Beispiel Kalk in der Zahnpasta steckt, zur Herstellung von Stahl und Zucker benötigt wird und als Trennmittel dafür sorgt, dass Toastbrotstücken und Kaugummistreifen nicht aneinander kleben. Darüber hinaus sind mineralische Rohstoffe an der Herstellung von fast allen industriellen Produkten beteiligt.

Darüber informiert der ISTE mit Veröffentlichungen, Infomaterial und Pressemeldungen. Für Verwaltung und Fachöffentlichkeit veranstaltet der Verband jährlich rund 40 Fortbildungsseminare und Exkursionen zu den verschiedensten Themen rund um die Steine- und Erdenindustrie. Einen Überblick gibt der Internetauftritt www.iste.de.

Öffentlichkeitsarbeit ist keine Arbeit mit schnellen Erfolgen. Der ISTE legt dabei großen Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität.



Peter Röhm,
G. u. P. Röhm & Söhne GmbH & Co. KG,
Wendlingen,
Vizepräsident des ISTE



Merkurs Würfel in Baden-Baden: Outdoor-Ausstellungen sind ein wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit des ISTE.

**STEINE BEGREIFEN –
UNTERRICHTSMATERIAL FÜR
ALLE ALTERSSTUFEN**

Der ISTE bietet regelmäßige Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher an. Zusammen mit Pädagogen und Geologen wurde der GeoKoffer entwickelt, der von den Schulen sehr gut angenommen wird. Mehr Informationen: www.GeoKoffer.de

**AUSSTELLUNGEN: BAU- UND
ROHSTOFFE VOR ORT ERLEBEN**

Ein weiterer Baustein sind die Ausstellungen wie das Spiel- und Erlebnisgelände „steine im fluss“ in Konstanz, das gemeinsam mit dem Staatlichen Naturkundemuseum Stuttgart und dem Bodensee-Naturmuseum gestaltet wurde. Dort lernen seit über zehn Jahren Kinder mit ihren Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern spielerisch, wie spannend Geologie sein kann und wie rohstoffreich unser Land ist.

Das „Klassenzimmer am See“ am Stuttgarter Max-Eyth-See, einem ehemaligen Baggersee, steht für Schulausflüge aus der ganzen Region zur Verfügung. Das Klassenzimmer am See wird von der Christoph-Sonntag-Stiftung betrieben.

Auf dem Hausberg von Baden-Baden, dem Merkur, ist mit „Merkurs Würfel – eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden“ ein weiterer Ausstellungsschwerpunkt entstanden.

**VERANSTALTUNGEN:
QUALIFIZIERTE WEITERBILDUNG
UND AUSTAUSCH**

Verbände verbinden: Deshalb führen wir zahlreiche Tagungen, Seminare, Workshops, Exkursionen durch. Gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden helfen wir, dass auf den Veranstaltungen neben Sachinformationen auch immer genügend Raum zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch besteht.

**JUNIOREN IM ISTE –
ICH SAMMLE TÄGLICH
ERFAHRUNG**

Das Junioren-Angebot im ISTE richtet sich an junge Menschen, die häufig bereits Verantwortung in unseren Mitgliedsunternehmen tragen, oder aber künftig maßgeblich in der Unternehmensleitung wirken sollen.

Dieser Zielgruppe bieten wir eine Plattform zu ungezwungenem Kennenlernen und Gedankenaustausch – zur Bildung und Pflege persönlicher Netzwerke in der Branche. Daneben versuchen wir stets, den Teilnehmern Eindrücke und Erfahrungen zu vermitteln, die ihnen anderswo nicht geboten werden, frei nach dem Motto: Ich sammle täglich Erfahrung – ISTE eben.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die jungen Unternehmer zu erleichtern, bieten wir immer wieder auch Aktionen an, die für die ganze Familie geeignet und interessant sind.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

Umweltminister Franz Untersteller interessiert sich für die heimischen Rohstoffe im neuen GeoKoffer. Schließlich ist sein Haus auch für die Landesgeologie verantwortlich.

ISTE-Mitglieder spenden GeoKoffer an Schulen: eine gute Möglichkeit, Kontakt mit örtlichen Schulen und Lehrern zu knüpfen.



GEOKOFFER – BAUSTEINE DES LANDES

In den Schulen Baden-Württembergs besteht Bedarf an geologischem Unterrichtsmaterial sowie an Vorschlägen, das Thema „Rohstoffe – Gewinnung und Verwendung“ im Unterricht ansprechend zu vermitteln.

Deshalb hat die ISTE-Arbeitsgruppe GeoKoffer, bestehend aus Geographielehrerinnen und -lehrern, Vertretern von Pädagogischen Hochschulen und dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, den GeoKoffer entwickelt, der im Juni 2012 erstmalig der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Koffer enthält die 14 wichtigsten „Bausteine“ des Landes Baden-Württembergs (darunter auch der Beton, der streng genommen kein Gestein ist).

Darüber hinaus stellt der GeoKoffer den Lehrerinnen und Lehrern Unterrichtseinheiten für die Klassen 8 bis 10, Versuchsanleitungen sowie Filme und Anschauungsmaterial zu allen relevanten Themen der mineralischen Rohstoffe auf einem USB-Stick zur Verfügung.

Gesteinskarten mit den wichtigsten Informationen zur Entstehung und Verwendung zu allen Gesteinen ergänzen das Angebot.

Unter www.GeoKoffer.de findet man die Abbaustätten in der Nähe der Schule und kann Exkursionen vereinbaren.

Seit dem Schuljahr 2012/2013 steht der GeoKoffer den Medienzentren zur Verfügung. Die Schulen können den GeoKoffer dort ausleihen oder bei der Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH kaufen. Selbstverständlich können auch Mitgliedsunternehmen den GeoKoffer für die Schulen in ihrem Einzugsbereich erwerben.

Bereits nach wenigen Monaten waren die ersten 100 GeoKoffer vergriffen. Derzeit lässt der ISTE weitere 150 GeoKoffer produzieren, wovon schon die Hälfte vorbestellt sind. Ein schöner Erfolg!

Der ISTE unterstützt seine Mitglieder mit einem Medienpaket bei der lokalen Pressearbeit zum GeoKoffer.

Selten war es für die Mitglieder des ISTE so leicht, die verbandliche Öffentlichkeitsarbeit für lokale Zwecke zu nutzen. Ein GeoKoffer kostet weit weniger als eine Anzeige in der Zeitung, trägt aber dazu bei, dass sich Generationen von Schülern mit dem Thema heimische Rohstoffe und Geologie auseinandersetzen. Außerdem können im Rahmen des Unterrichts Exkursionen in Abbaustätten angeboten werden.

EUROPEAN BUSINESS & BIODIVERSITY CAMPAIGN (EBBC) UND ISTE

Die Förderung der biologischen Vielfalt in betriebenen und stillgelegten Abbaustätten ist eine wichtige Aufgabe des ISTE und seiner Mitgliedsbetriebe. Der Verband engagiert sich deshalb in der European Business & Biodiversity Campaign (EBBC), die von verschiedenen europäischen Partnern unter der Leitung des Global Nature Fund (GNF) durchgeführt wird. Die Kampagne will zeigen, dass sich Natur- und Artenschutz mit unternehmerischen Strategien vereinbaren lassen.

Mehr Informationen: www.business-biodiversity.eu

LEITFADEN „BIOLOGISCHE VIELFALT IN ABBAUSTÄTTEN“

Im Rahmen der EBBC/ISTE-Kooperation entsteht zur Zeit ein Leitfaden zur Förderung von biologischer Vielfalt in Abbaustätten, der im Rahmen der Schriftenreihe der Umweltberatung im ISTE Anfang 2014 veröffentlicht werden soll.

Im Rahmen dieses Leitfadens soll die Biologische Vielfalt aus biologischer, juristischer, naturschutzpolitischer und planerischer Sicht beleuchtet werden. Die hierzu gebildete Arbeitsgruppe tagt regelmäßig.

Dicke Bretter bohren! Hier haben wir ehemalige Papstbänke für ein Wildbienenhotel gemeinsam mit Landtagspräsident Guido Wolf (2.v.r.) und den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen angebohrt. Eine Aktion von NABU, ISTE und Kolpingwerk.

Finalisten mit Juroren des 9. CSR-Preises: die ISTE-Mitglieder HeidelbergCement AG und Holcim Süddeutschland GmbH



ROHSTOFFGEWINNUNG AUF DEM 9. DEUTSCHEN CSR-FORUM – FORUM FÜR NACHHALTIGKEIT UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Im Rahmen des 9. CSR-Forums (CSR: Corporate Social Responsibility) am 9. und 10. April 2013 in Ludwigsburg wurde die Zusammenarbeit zwischen ISTE und EBBC der Fachöffentlichkeit vorgestellt. ISTE-Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger stellte sich in einem englischsprachigen Workshop den Fragen der internationalen Gäste.

Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR) ist zu einer Determinante vieler deutscher Unternehmen geworden. CSR wird immer mehr zu einem Teil der Unternehmensstrategie.

Zwei ISTE-Mitglieder waren unter den Finalisten für den 9. CSR-Preis: HeidelbergCement AG und HOLCIM Süddeutschland GmbH. Mit der Verleihung des Preises würdigen Veranstalter, Mitveranstalter und Beirat des Deutschen CSR-Forums herausragende Leistungen auf verschiedenen Feldern der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im deutschsprachigen Raum. Die öffentlichkeitswirksame Auszeichnung soll andere Firmen und Menschen in verantwortlichen Positionen ermutigen, dem guten Beispiel zu folgen und sich ebenfalls für nachhaltiges Wirtschaften einzusetzen.



GEMEINSAME MISSION IM RAHMEN DER BUNDESKOMPENSATIONSVERORDNUNG

Die Präsidentin des Global Nature Fund, Marion Hammerl, und der frühere NABU-Landesvorsitzende, Dr. Stefan Rösler, waren in gleicher Mission wie der ISTE beim Bundesumweltministerium, um dort auf Konflikte zwischen der Förderung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten und dem Entwurf der Bundeskompensationsverordnung hinzuweisen. Die Hinweise wurden vom Verordnungsgeber aufgegriffen.

EBBC/ISTE-FILME ZUM THEMA BUSINESS AND BIODIVERSITY

Der ISTE hat im Rahmen der EBBC drei Filme gedreht, die auf dem Kanal „SteineErdenService“ bei youtube.com abgerufen werden können:



Rohstoffgewinnung und Biologische Vielfalt: Renaturierung und Rekultivierung von Baggerseen und Kiesgruben.



Rohstoffgewinnung und Biologische Vielfalt: Renaturierung und Rekultivierung von Steinbrüchen.



Rohstoffgewinnung und Ökoko-Konto: Nachhaltige Investitionen in den Naturschutz. Die erste Ökoko-Konto-Maßnahme des Landes.

DICKE BRETTER BOHREN MIT DER POLITIK

Im Rahmen des Tags der Offenen Tür im Landtag im Juli 2012 stellten ISTE, Kolpingwerk und NABU eine „Papstbank“ vor dem Landtag auf. Die Fraktionsvorsitzenden bohrten medienwirksam Löcher in einen der Fichtenbalken, der im Rahmen des Papstbesuchs 2011 in Freiburg als Sitzgelegenheit diente. Die Löcher sollen künftig von Wildbienen besiedelt werden.

Auch ein Wildbienenhotel kommt nicht ohne mineralische Rohstoffe aus. Hier das Bauwerk mit einem Fundament aus einem Betonfertigteile, das die Fa. Kronimus gestiftet hat. Es sind noch Zimmer frei.



Betonfundament für das Wildbienenhotel vor dem Landtag Baden-Württemberg in Stuttgart



Höhepunkt der ISTE-Jahreshauptversammlung 2012 in Baden-Baden: die Einweihung der Outdoor-Ausstellung „Merkurs Würfel“

Auf geologische Fachbegriffe wird weitgehend verzichtet – Merkurs Würfel erläutern die Besonderheiten unserer Gesteine auf leicht verständliche Art.



MERKURS WÜRFEL – EINE GEOLOGISCHE ZEITREISE DURCH BADEN-BADEN

Mit „Merkurs Würfel“ wurde im Juni 2012 die dritte Outdoor-Ausstellung, an der der ISTE maßgeblich beteiligt ist, eröffnet – nach „steine im fluss, Konstanz“ und dem „Klassenzimmer am See, Stuttgart“.

Die Ausstellung befindet sich auf dem Gipfel des Baden-Badener Hausbergs Merkur, ein sehr beliebtes Ausflugsziel mit Aussichtsturm und Gaststätte. Zu Fuß oder mit der Standseilbahn kommen jährlich rund 150.000 Besucher auf den Gipfel. Damit ist er ein hervorragender Platz für eine Dauerausstellung.

Auf dem Weg von der Bergstation zum Aussichtsturm wird die Vielfalt der Baden-Badener Geologie präsentiert und erläutert. Höhepunkt der Ausstellung bilden sechs überdimensionale Gesteinswürfel, wie zufällig vom alt-römischen Gott Merkur vor den Aussichtsturm geworfen. Die Würfelaugen erläutern Herkunft, Abbau und Verwendung der Gesteine.

Weitere Informationen bietet ein Flyer, der in der Bergbahn erhältlich ist. Er enthält eine Panoramakarte, die die Geologie des Baden-Badener Beckens beschreibt, wie sie sich von der Aussichtsturmplattform dem Betrachter zeigt und gibt zahlreiche geotouristische Ausflugstipps.

Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden, Wolfgang Gerstner, Landesforstpräsident Max Reger, der naturschutzpolitische Sprecher von Bündnis90/die Grünen, Dr. Markus Rösler MdL, und der Präsident des LGRB, Prof. Ralph Watzel, eröffneten mit Baden-Badener Schulkindern und Gästen des ISTE die Ausstellung.

Die Outdoor-Ausstellung „Merkurs Würfel“ ist ein gemeinsames Projekt des Städtischen Forstamts Baden-Baden und des ISTE. Gefördert wurde sie durch den Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord.

ALTER: 251 bis 243 Mio. Jahre
MERKMALE: hellrot bis rot, seltener gelblich bis weißlich, fein- bis mittelkörnig. Zeitweise sind weiße oder rötliche Quarzgerölle eingeschlossen.
BUNTSANDSTEIN
VERWENDUNG: Im bergfeuchten Zustand ist der Buntsandstein leicht zu bearbeiten. In der Vergangenheit wurde er in vielen Steinbrüchen gewonnen und als Werkstein bei der Errichtung von profanen und sakralen Bauwerken verwendet. Viele Wegkreuze, Bildstöcke, Brunneneinfassungen und weitere Kleindenkmäler zieren noch heute unsere Landschaft.

Besonderer Dank gilt den Sponsoren, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre:

- EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Sand- und Kieswerk, Baden-Baden
- Kronimus AG, Betonsteinwerke, Iffezheim
- peterbeton, Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Kies- und Betonwerke, Baden-Baden
- Bamberger Natursteinwerk Hermann Graser GmbH & Co. KG, Bamberg
- Lauster Steinbau GmbH, Natursteinwerke, Stuttgart
- SRT Bader GmbH & Co. KG, Schotterwerk, Recycling, Transporte, Grafenberg
- Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
- Uhl Kies- und Baustoffgesellschaft mbH, Hausach
- VSG Schwarzwald-Granit-Werke, Forbach

Die lokale Presse und die SWR-Landesschau zeigten reges Interesse.

Die silbergrau schimmernden Würfelaugen dienen als Informationsträger.



JUNIORENREISE NACH NAMIBIA 2012

Im August vergangenen Jahres hatten 26 ISTE-Juniorinnen und Junioren im Alter von 8 bis 48 die Gelegenheit, die Schwenk-Tochter OhorongoCement in Namibia und deren Werk bei Otavi zu besuchen.

Die Reise führte darüber hinaus zu den prominentesten touristischen Highlights, vorneweg dem Etosha-Nationalpark, in den Badeort Swakopmund und zu den im Morgenlicht rot strahlenden, majestätischen Dünen am Sossusvlei. So wurden die Teilnehmer mehr als entschädigt für das regelmäßig frühe Aufstehen vor Sonnenaufgang und die insgesamt 5.300 gefahrenen Buskilometer – überwiegend auf Schotterpisten.

Unbestrittener Höhepunkt der Reise war die ausführliche Besichtigung des OhorongoCement-Werkes bei Otavi, des ersten und einzigen Zementwerkes Namibias, zugleich des modernsten Afrikas, in Betrieb gegangen im Februar 2011. Das Interesse der ISTE-Junioren, einschließlich der Jüngsten übertraf alle Erwartungen sowohl des Veran-

stalters als auch des Gastgebers und sprengte alle Zeitpläne. Dies lag zum einen an dem vollständig neuen und vom Maschinenpark bis zur vollautomatischen Palletieranlage beispielhaft eingerichteten Werk, aber gleichermaßen an dem freundlichen und offenen Empfang durch die Mitarbeiter von OhorongoCement.

Besonderes Interesse galt auch der Energieversorgung des Zementwerkes, welche überwiegend mit Buschholz aus einem Umkreis von ca. 70 km CO₂-neutral und nachhaltig sichergestellt wird.

Dass Namibia, obwohl „Musterländle“ oder „Schweiz“ Afrikas genannt, auch mit sozialen Problemen zu kämpfen hat, wurde allen beim Besuch eines beispielhaften Hilfsprojektes für sozial schwache Kinder in Usakos (UNCSO) bewusst, das die Teilnehmer gerne unterstützt haben und zum Teil nach wie vor unterstützen.

Die Reise war als Familienreise, als Geschäftsreise und als Verbandsreise rundum ein schöner Erfolg, den wir versuchen werden in dieser Kombination andernorts zu wiederholen.

60. Winterarbeitstagung der Steine- und Erden-Industrie
 Hotel Central, Sölden / Österreich
 Sonntag, 13. Januar, bis Mittwoch, 16. Januar 2013
 Tagungsregeln für Junioren und Junioren: 12. Januar 2013
 iste
 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.



Fachlicher Höhepunkt der Juniorenreise: Das Zementwerk der Fa. OronghoCement in Namibia mit der niedrigsten CO₂-Freisetzung weltweit!

Land und Leute kennenlernen – die ISTE-Junioren informieren sich vor Ort über ein Hilfsprojekt, das den ärmsten 40 Kindern aus dem Township Hakasheb Schulbesuch und eine tägliche warme Mahlzeit ermöglicht.

SCHNEE- UND SKIFREUDEN – VORPROGRAMM ZUR WITA

Bereits zum dritten Mal, trafen sich die ISTE-Junioren bereits am Samstag vor der offiziellen Eröffnung der Winterarbeitstagung zu einem winterlichen Vorprogramm. Nach einem geselligen Hüttenabend mit nächtlicher Schneewanderung erlebten die Junioren bereits einen traumhaften Skitag, als die übrigen Teilnehmer noch in Richtung Sölden unterwegs waren.

60 JAHRE WINTERARBEITSTAGUNG DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE

ERNEUT REKORDTEILNEHMERSZAHL AUF DEM SÜDDEUTSCHEN BRANCHENTREFF

Die Winterarbeitstagung des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) und seiner Kooperationspartner ist seit 60 Jahren der Treffpunkt, wo sich die Branche mit neuen Anregungen für das neue Geschäftsjahr versorgt.

Die sehr hohe Teilnehmerzahl von Saalfelden im Jahr 2012 konnte noch übertroffen werden. Fast 200 Gäste kamen nach Sölden.

Einladung und Programmheft zur 60. Winterarbeitstagung



DIE THEMEN DER ISTE- WINTERARBEITSTAGUNG 2013

KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE

Nachrichten über Dürren und Überflutungen füllen die Medien – Ereignisse, die an mittelalterliche Visionen des Weltuntergangs erinnern. Die Menschen fürchten sich deshalb vor den Folgen des Klimawandels. Professor Gerd Ganteför, Physiker an der Universität Konstanz, hat dafür eine Erklärung: Die, die am wenigsten wissen, haben am meisten Angst. Leider fehle es gerade bei Politikern an Faktenwissen. Ganteför präsentierte auch gleich einige apokalyptische Szenarien, die allesamt nicht eingetroffen sind.

Können wir uns also auf der sicheren Seite wähnen? Können wir den Klimawandel auch ohne Energiewende meistern, indem wir zum Beispiel Flugzeuge in der Atmosphäre kreisen lassen, die mittels ausgebrachten Aerosolen für Abkühlung sorgen? Ist also mehr bezahlbare Energie die Lösung, statt Energie einzusparen? Angesichts des geringen Anteils, für den die Deutschen am weltweiten CO₂-Ausstoß verantwortlich sind, könnten wir mit unserer Energiewende sowieso bestenfalls Vorreiter sein.

Professor Michael Sterner von der Universität Regensburg sieht die Energiewende bei weitem nicht so kritisch

und hält „den-Himmel-verdunkelnde Flugzeuge“ im Einsatz gegen die Klimaerwärmung für keine reizvolle Alternative. Wichtig für eine zuverlässige Energieversorgung seien Speicher, um die Grundlast sicherzustellen. Diese Speicher seien technisch machbar, aber noch nicht wirtschaftlich. Ein Beispiel sind Power-to-gas-Anlagen, in denen überschüssige erneuerbare Energie in Gas umgewandelt und in den vorhandenen Gasleitungen und Erdgas-Speichern gespeichert wird.

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny ist in Sachen Energiewende ebenfalls zuversichtlich. „Wir müssen es packen“ gibt sie zu verstehen – aber die Wende müsse sozial und wirtschaftlich vertretbar sein. Sie empfiehlt eine europäische Lösung: Sonne aus dem Süden, Wind aus dem Norden. Damit wäre Deutschland nicht Vorreiter in der Produktion, aber in der Anwendung. Sie plädierte eindringlich dafür, die Mechanismen des Marktes wirken zu lassen – nur dann werde auch dort investiert, wo tatsächlich Bedarf bestehe. Durch die „marktferne“ Förderung erneuerbaren Stroms seien derzeit konventionelle Kraftwerke kaum noch rentabel. Ohne sie ist jedoch eine Stromversorgung rund um die Uhr nicht mehr gewährleistet. Die FDP empfiehlt deshalb, dass „Kapazitätsmärkte“ eingeführt werden. Denn auch die Bereitschaft, eine Stromversorgung vorzuhalten, kostet Geld und muss bezahlt werden.

WIE KOMMUNIZIERT MAN IN DER KRISE?

In Zeiten der zunehmenden Bürgerbeteiligung war Kommunikation selbstverständlich ein wichtiges Thema auf der Winterarbeitstagung. Zur positiven Einstimmung berichtete Peter Leifgen von der HeidelbergCement AG, wie das Unternehmen mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit und dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten einen Volksentscheid für sich entscheiden konnte. Eine deutliche Mehrheit der Anwohner entschied, dass in Istein das Erweiterungsgebiet in den Regionalplan aufgenommen wird.

Doch nicht alle Kampagnen laufen gut. Mit Professor Hans-Mathias Kepplinger weihte ein ausgewiesener Experte die Tagungsteilnehmer in die Mechanismen der Krisenkommunikation ein. Frühzeitig Vertrauen schaffen sei wichtig, um sie sogenannte „Skandalierung“ von Ereignissen zu verhindern. Denn wenn Journalisten den Eindruck hätten, dass es einen Missstand zu beheben gelte, seien sie eher bereit, in der Berichterstattung zu übertreiben. Bei emotionaler Berichterstattung treten die Umstände des Tuns und die Sachzwänge in den Hintergrund. Deshalb gab Kepplinger zu bedenken, dass die Sichtweisen der Journalisten für eine gelungene Kommunikation genauso wichtig seien wie die der Fachleute.



KOSTENSENKUNG UND AKZEPTANZSTEIGERUNG DURCH ABBAUOPTIMIERUNG

Mit der optimalen Abbaumethode spart das Unternehmen nicht nur Geld. Es kann auch die Lärm- und Schmutzbelastung der Anwohner minimieren und fördert damit die Akzeptanz des Rohstoffabbaus unter den Bürgern. Nur wenige wissen, dass die Firma Zeppelin Baumaschinen GmbH ihre Kunden dabei mit bergmännisch ausgebildeten Fachleuten unterstützt. Wie vielfältig die Firma agiert, die per Zufall vom berühmten Luftschiff zur Produktion von Baumaschinen kam, erläuterte Michael Heidemann. An der Stelle sei der Fa. Zeppelin auch nochmals für die großzügige Unterstützung der Tagung in diesem Jahr gedankt.

Georg Graf Kesselstatt von Storz Baustoffe GmbH gab dazu ein Beispiel aus der Praxis. Gemeinsam mit Stefan Oppermann von Zeppelin GmbH schilderte er eine Erfolgsgeschichte, wie Anbieter und Kunde effizient zusammen arbeiteten. Die Anregungen von den Anwendern seien besonders wichtig, um die Qualität zu optimieren, betonte Oppermann.

INANSPRUCHNAHME LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN

Das Agrarstrukturverbesserungsgesetz biete kein Modell für alle und sich den Richtlinien der EU-Förderung zu unterwerfen, bringe auch Nachteile. Bernhard Kübler von der LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH berichtete, wie sich die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren entwickelt hat, wie sich die Preise veränderten und welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten es für ISTE-Mitglieder gibt.

WEITERE PLENUMSTHEMEN AUF DER WINTERARBEITSTAGUNG

KÜNFTIGER ROHSTOFFBEDARF siehe Seite 22

BUNDESKOMPENSATIONSVERORDNUNG siehe Seite 46

NAMIBIA-REISE DER ISTE-JUNIOREN siehe Seite 57

BEWEIDUNG EHEMALIGER ABBAUSTÄTTEN siehe Seite 48

Referenten der 60. WITA (Auswahl, v.l.o.n.r.): Hans-Georg Kraut, HeidelbergCement AG, Edgar Reisinger, Taurus-Naturentwicklung e.V., Prof. Dr. Ralph Watzel, LGRB, Prof. Dr. Gerd Ganteför, Uni Konstanz, Michael Heidemann, Zeppelin Baumaschinen International GmbH, Prof. Dr. Michael Sterner, Uni Regensburg, Bernhard Kübler, Landsiedlung GmbH, Judith Skudelny MdB, FDP, Wolfgang Liebscher, Präsident des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V., Georg Graf Kesselstatt, Storz Baustoffe GmbH, Prof. Dr. Hans-Mathias Kepplinger, Uni Mainz, Peter Leifgen, HeidelbergCement AG, Kalkwerk Istein

Das Programm im Plenum ergänzten Workshops zur Öffentlichkeitsarbeit in der Bürgergesellschaft, zum GeoKoffer, zu Kartellrecht und Liefergemeinschaften sowie über Softwareangebote zur Gefährdungsbeurteilung beim Arbeitsschutz und Grundstücksverwaltung.

Die Tagung bot auch in diesem Jahr ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Gelegenheit zum Austausch.

Die 61. Winterarbeitstagung findet vom 12. bis 15. Januar 2014 in Saalfelden statt.



Winterarbeitstagung 2013 mit freundlicher Unterstützung durch Zeppelin Baumaschinen GmbH

VERANSTALTUNGEN IM ÜBERBLICK



Neben den turnusmäßigen Fachgruppen- und Ausschuss-Sitzungen führte der ISTE im Berichtszeitraum 23 Tagungen, Seminare, Exkursionen und Informationsveranstaltungen durch, mit mehr als 1.700 Teilnehmern – eine Auswahl.

10. Mai 2012
ARBEITSSICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ
Seminar für Betriebsleiter

21. und 22. Juni 2012
JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DES ISTE in Baden-Baden:

NAMIBIA STELLT SICH VOR

MERKURS WÜRFEL

Einweihung der Outdoor-Ausstellung auf dem Merkurberg in Baden-Baden

26. Juni 2012
DIE EINHALTUNG DES KARTELLVERBOTS

im betrieblichen Alltag und im Rahmen von Beteiligungen in der Steine- und Erdenindustrie

27. Juni 2012
BIOLOGISCHE VIELFALT IN ABBAUSTÄTTEN
Seminar und Exkursion im Tettlinger Wald

5. Juli 2012
FORSTLICHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN
Waldinanspruchnahme und Wiederaufforstung sowie Bereitstellung von Verfüllungskapazitäten als raumplanerischer Belang

7. Juli 2012
GROSSES RUDI-RIESEL-STEINZEITFEST
in der Erlebnisausstellung „steine im fluss“ in Konstanz

19. Juli 2012
UNTERZEICHNUNG NABU/ISTE/IGBAU-ERKLÄRUNG
und neues Beweidungsprojekt in Blaubeuren-Beiningen, Festveranstaltung

29. Juli bis 8. August 2012
JUNIORENREISE NAMIBIA
mit Besuch der Firma OronghoCement in Windhuk und Otavi

20. September 2012
9. GEMEINSAME FACHEXKURSION
der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden und des QRB bei der bmk im Raum Heilbronn



27. und 28.09.2012
RESSOURCENEFFIZIENZ-KONGRESS
der Landesregierung Baden-Württemberg in Karlsruhe. Der ISTE koordinierte das Forum 13 „Ressourceneffiziente Bau- und Infrastruktur“

5. Oktober 2012
ÖKOKONTO-MASSNAHMEN

9./10. Oktober 2012
BAUSTOFF-TAGE 2012 MIT 15. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG
Kongress in Filderstadt

15. und 16. November 2012
6. SACHKUNDELEHRGANG PROBENAHME FESTER ABFÄLLE NACH LAGA PN 98, DIN EN 932-1 UND QRB-LEITFADEN
in Kirchheim

27./28. November 2012
15. GENEHMIGUNGSSEMINAR DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE
im Haus der Baustoffindustrie, Ostfildern

13. bis 16. Januar 2013
60. WINTERARBEITSTAGUNG
der Steine- und Erdenindustrie in Sölden / Österreich

31. Januar 2013
ENERGIEMANAGEMENTSYSTEME / ENERGIEAUDITS
Energie-Seminar im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern, Veranstalter: ISTE & MIRO

7. Februar 2013
BAUPRODUKTEVERORDNUNG
Informationsveranstaltung für ISTE-Mitglieder im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern

19. Februar 2013
KARTELLRECHTSEMINAR
Sektorenuntersuchung, Walzasphalt, Auflösung oder Anpassung von Gemeinschaftsunternehmen für ISTE-Mitglieder im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern

21. Februar 2013
UMWELTINFORMATIONSGESETZ, UMWELTHAFTUNG, UMWELTSCHADENSGESETZ
Umwelt-Seminar für die ISTE-Mitglieder und Planungsbüros im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern

25. Februar 2013
MANTELVERORDNUNG
Informationsveranstaltung (Grundwasser- und Bodenschutz, Recycling, Verfüllung, Rekultivierung) im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern

26. Februar 2013
FUHRPARKLEITER-SEMINAR
im Haus der Baustoffindustrie Ostfildern

27. Februar 2013
LEERSTAND ODER NOTSTAND
Positionen für den Wohnungsbau Baden-Württemberg

20./21. März 2013
BETON PUMPEN – ABER RICHTIG!
Grundlagen der Betontechnologie, verkehrsrechtliche Fragestellungen und Hinweise aus der Praxis, Fachtagung in Merklingen



IHR STEINBEDARF: 1 KG PRO STUNDE

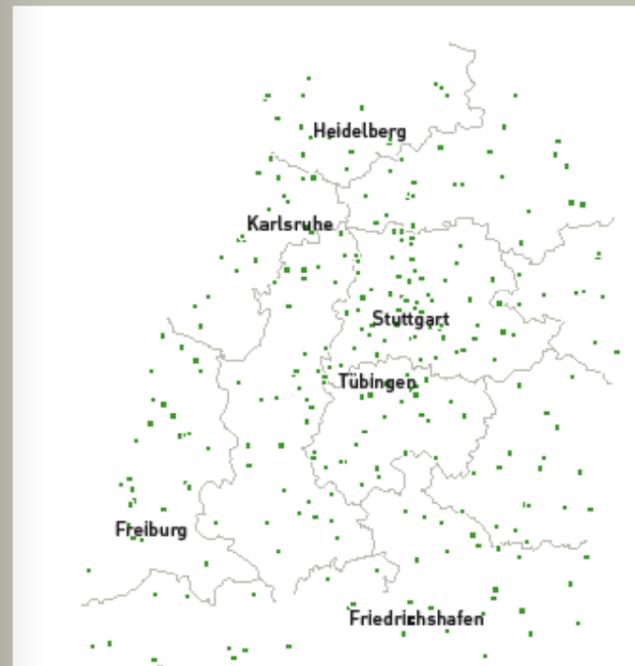
Schon morgens bei der Zahnhygiene haben Sie Kontakt mit der Steine- und Erdenindustrie: Die Grundsubstanz Ihrer Zahncreme ist Steinmehl. Auch das Haus, in dem Sie sicher geschlafen haben und die Straße, auf der Sie zur Arbeit fahren werden, sind mit Steinen gebaut. Statistisch gesehen verbraucht so jeder von uns stündlich über 1 Kilogramm Natursteine, Sand, Kies, Gips oder Steinmehl. Macht im Jahr rund 10 Tonnen pro Kopf – viel mehr als man morgens beim Zähneputzen denkt ...



ROHSTOFFGEWINNUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

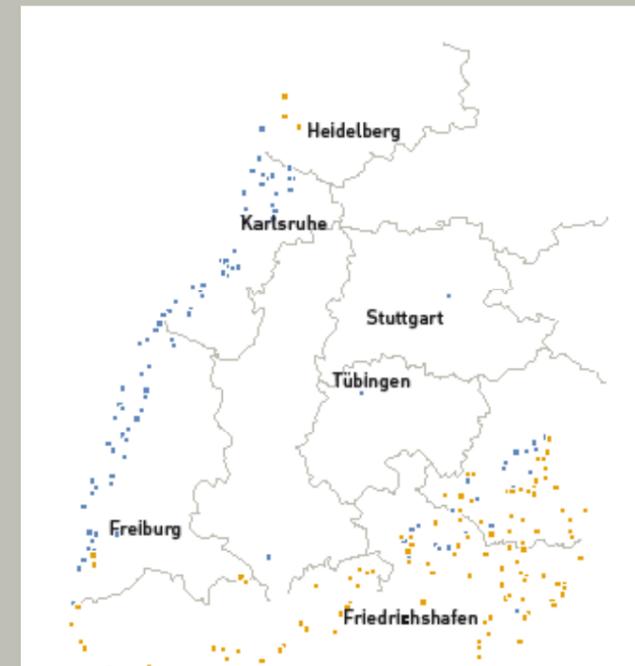
UNSERE STEINBRÜCHE

Unsere Steinbruchunternehmen gewinnen pro Einwohner und Jahr 5 Tonnen Gestein. Nach der Rohstoffgewinnung kehrt mit Hilfe der Steinbruchbetreiber die Natur zurück – biologische Vielfalt wird gefördert.



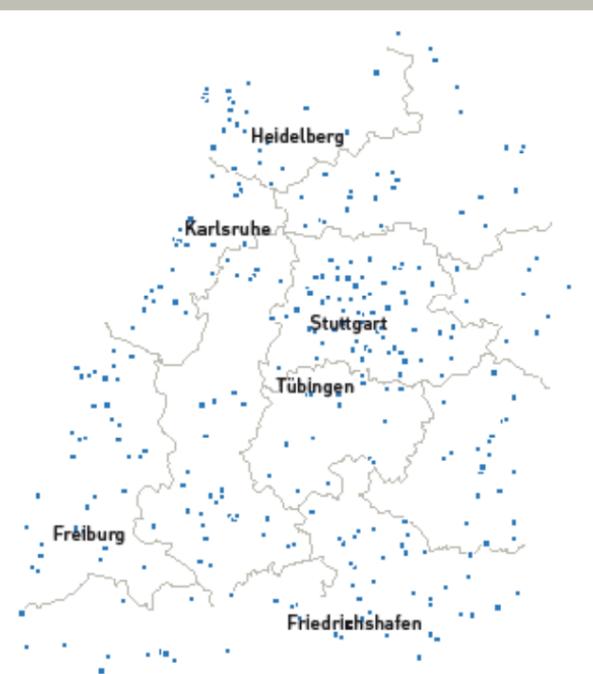
UNSERE TRANSPORTBETONWERKE

Unsere Transportbetonwerke produzieren pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Beton – und zwar dort, wo man ihn braucht.



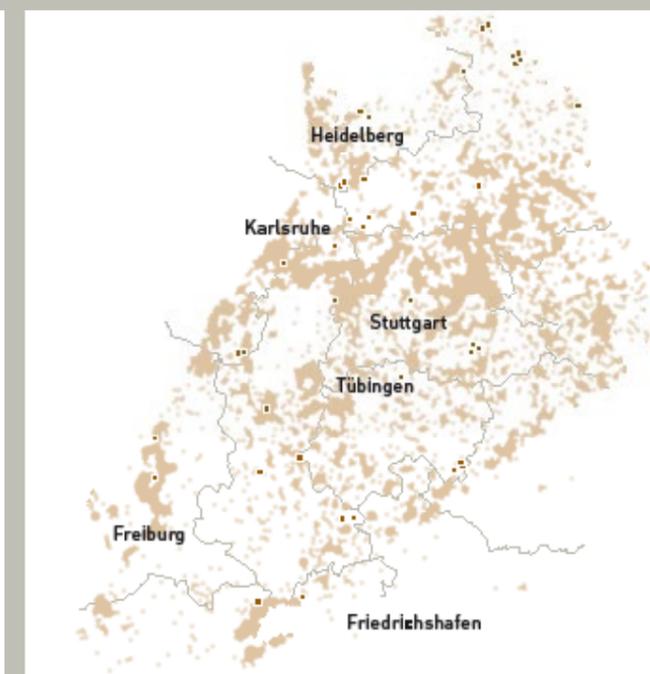
UNSERE KIESGRUBEN UND BAGGERSEEN

Der Ort der Rohstoffgewinnung ist an deren Vorkommen gebunden. Baggerseen (blau) in der Rheinebene und Kiesgruben (gelb) im Bereich der einstigen Gletscherausläufer sichern unseren Bedarf an Sand und Kies: 5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.



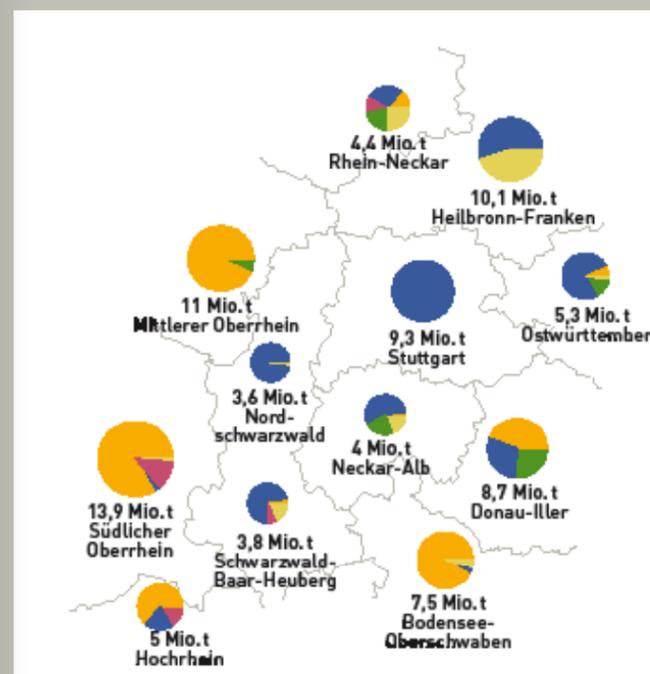
UNSERE BAUSTOFF-RECYCLINGWERKE

Durch Sortierung und Aufbereitung im Recyclingwerk werden aus Bauschutt hochwertige Recycling-Baustoffe, z.B. für den Straßen- und Kanalbau. 350 Baustoff-Recyclingwerke produzieren pro Einwohner und Jahr 1 Tonne Recycling-Baustoffe. Dadurch werden Primärressourcen geschont.



UNSERE NATURWERKSTEINBRÜCHE

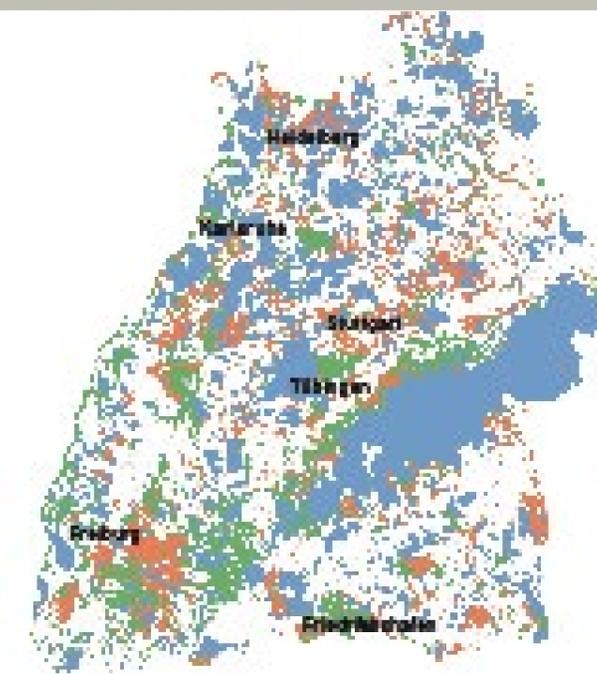
Naturwerksteine aus dem Land schaffen durch Verwendung bei Bauwerken vor Ort eine unverwechselbare regionale Identität und darüber hinaus Arbeitsplätze. Von den ehemals fast 2.000 überwiegend kleinen Gewinnungsstellen in Baden-Württemberg (hellbraun) sind heute nur noch 46 Naturwerksteinbrüche in Betrieb (braun). Die Konkurrenz durch billige Überseeprodukte zweifelhafter Herkunft ist zu groß.



ABBAU NACH REGIONEN

In Baden-Württemberg werden jährlich zwischen 80 und 100 Mio. Tonnen Gestein abgebaut. Hierfür werden nur 0,004% der Landesfläche neu in Anspruch genommen – die gleiche Fläche wird der Natur zurückgegeben.

- Kies und Sande
- Natursteine/Karbonatgesteine
- Natursteine/Vulkanite, Metamorphite und Plutonite
- Zement- und Energierohstoffe
- Sonstige



ABBAU MIT EINSCHRÄNKUNGEN

In Baden-Württemberg sind mehr als 60 Prozent der Fläche unter besonderen Schutz gestellt. Die noch verbleibenden „weißen“ Flächen werden unter anderem für Siedlung und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft genutzt. Für den Abbau von Steinen und Erden ist kaum noch Platz – dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung mit kurzen Transportwegen steht auf dem Spiel.

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES ISTE

Stand 15.04.2013

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**
Heinz Sprenger
Markus Zimmermann

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.
Vorsitzender **Lorenz Krieger**
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**
Heinz Sprenger

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR
Vorsitzender **Lorenz Krieger**
Siegfried Röser
Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**
Dr. Ulrich Lotz

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Manfred Fehrenbach
Bernhard Kübler
Projektleiter **Manuel Sedlak**

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.
Vorsitzender **Peter Rombold**
Geschäftsführer **Kai Fischer**

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)
Vorsitzender **Eberhard Ludwig**
Geschäftsführer **Dr. Bernd Susset**

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**

VERBANDSHAUS DER BAUSTOFFINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR
Geschäftsführer **Heinz Sprenger**
Dr. Ulrich Lotz

GESCHÄFTSSTELLE

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Hauptgeschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Wirtschafts-, Rohstoff- und Umweltpolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal, Finanzen
Tel. 0711 32732-122, beisswenger@iste.de

Stellv. Hauptgeschäftsführer **Heinz Sprenger**
Tarifpolitik und Arbeitsrecht
Justizariat, Steuern und Kooperationen
Tel. 0711 32732-110, sprenger@iste.de

REFERENTINNEN UND REFERENTEN

Dr. Michael Aufrecht
Fachgruppe Transportbeton mit Abteilung Betonpumpen
Tel. 0711 32732-415, aufrecht@iste.de

Lothar Benzl
Rohstoffsicherung, Raumordnung, Geoinformation
Tel. 0711 32732-119, benzl@iste.de

Dr. Leyla Chakar
Fachgruppe Sand und Kies, Fachgemeinschaft Asphalt
Tel. 0711 32732-116, chakar@iste.de

Kai Fischer
Verkehrspolitik, Fachgruppen Naturstein, Naturwerkstein, Abteilung Mörtel der Fachgruppe Transportbeton
Tel. 0711 32732-136, k.fischer@iste.de

Arne Hilt
Arbeitsrecht, Tarifpolitik, Fachgruppen Gips, Kalk, Zement, Junioren
Tel. 0711 32732-112, hilt@iste.de

Manuel Sedlak
Umweltschutz, Naturschutz
Tel. 0711 32732-134, sedlak@iste.de

Dr. Bernd Susset
Umweltschutz, Boden- und Wasserschutz, Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden
Tel. 0711 32732-131, susset@iste.de

HAUS DER BAUSTOFFINDUSTRIE
Gerhard-Koch-Str. 2, 73760 Ostfildern
Tel. 0711 32732-100, Fax 0711 32732-127
verband@iste.de, www.iste.de



VORSTAND

Präsident **Hans-Martin Peter**
Vizepräsidenten **Peter Röhm**
Eduard Schleicher

Ehrenpräsidenten **Max Kern**
Dr. Rolf Mohr

PRÄSIDIUM

Beton- u. Fertigteilewerke **Harald Sommer**

Gips/Gipsplatten **Jörg Schanow**
Kalk **Hartmut Koch-Czech**
Leichtbauplatten **Eduard Schleicher**
Naturstein **Peter Rombold**
Naturwerkstein **Albrecht Lauster**
Rc-Baustoffe u. Boden **Christa Szenkler**
Sand und Kies **Peter Röhm**
Steinzeug **Rudolf Harsch**
Transportbeton **Dr. Erwin Kern**
Zement **Eduard Schleicher**

Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik
Sozialpol. Ausschuss **Dr. Martin Kern**
Martin Kronimus

Führung des Verbandes unter Beachtung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung



Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.

Erarbeitung wirtschafts- und sozialpolitischer Leitlinien / Geschäftsordnung und Geschäftsverteilungsplan

Die Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse sind Teil des Präsidiums.

Die Fachgruppenvorsitzenden sind Teil des Präsidiums.

BEIRAT

von Fachgruppen gewählte Obleute der vier Regierungsbezirke **Freiburg**
Karlsruhe
Stuttgart
Tübingen

Der Beirat schlägt der Mitgliederversammlung Präsident und Vizepräsidenten zur Wahl vor.

Die Fachgruppen wählen die Obleute der Regierungsbezirke und die Vertreter für die Ausschüsse.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Fachgruppen **Gips/Gipsplatten**
Kalk
Leichtbauplatten
Naturstein
Naturwerkstein
Rc-Baustoffe und Boden
Sand und Kies
Steinzeug
Transportbeton
Zement
sonstige Unternehmen

Korp. Mitgliedsverband **Fachverband Beton- und Fertigteilewerke Baden-Württemberg e.V.**

Fördermitglieder ohne Stimmrecht

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK
Vorsitzender **Dr. Martin Kern**
Stellv. Vorsitzender **Hans-Martin Peter**

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS
Vorsitzender **Martin Kronimus**
Stellv. Vorsitzender **Jörg Schanow**

WEITERER AUSSCHUSS

AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ARBEITSKREISE

TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN

ARTENSCHUTZ UND ABBAUSTÄTTEN

GISINFOSERVICE

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Dienstleistung und Beratung

Alle ISTE-Mitglieder wählen auf der Jahreshauptversammlung den Vorstand für die Dauer von 3 Jahren.

Die ISTE-Mitgliederversammlung / Jahreshauptversammlung ist oberstes Beschlussorgan in allen Angelegenheiten.

GREMIEN DES ISTE

Präsidium und Beirat des ISTE auf seiner Sitzung im April 2013

Hans-Martin Peter,
Präsident des ISTE seit 2005



PRÄSIDIUM

VORSTAND

Präsident:

Hans-Martin Peter,
Hermann Peter KG, Rheinau

Vizepräsidenten:

Peter Röhm, G.u.P. Röhm Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Eduard Schleicher, Schwenk Zement KG, Ulm

Ehrenpräsidenten:

Max Kern, Sinzheim
Dr. Rolf Mohr,
Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER

Fachgruppe Gips/Gipsplatten:
Jörg Schanow, Knauf Gips KG, Iphofen
Stellv.: **Stefan Berwanger**,
HeidelbergCement AG, Hassmersheim

Fachgruppe Kalk:
Hartmut Koch-Czech,
Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren
Stellv.: **Peter Leifgen**,
HeidelbergCement AG, Kalkwerk Istein

Fachgruppe Leichtbauplatten:
Eduard Schleicher, Schwenk Zement KG, Ulm

Fachgruppe Naturstein:
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Stellv.: **Hans-Martin Kübler**,
Schotterwerk Johannes Mayer Betriebs-
gesellschaft mbH, Rohrdorf

Fachgruppe Naturwerkstein:
Albrecht Lauster,
Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden:
Christa Szenkler, Schäfter Schotter- und
Mahlwerk GmbH & Co. KG, Öhringen
Stellv.: **Eberhard Ludwig**,
BRS Baustoffrecycling Schwarzwald-Baar
GmbH, Villingen-Schwenningen

Fachgruppe Sand und Kies:
Peter Röhm, G.u.P. Röhm Röhm & Söhne
GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv.: **Dr. Martin Kern**,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern
GmbH & Co. KG, Iffezheim

Fachgruppe Steinzeug:
Rudolf Harsch, Südkeramik
Verwaltungsgesellschaft mbH, Bretten

Fachgruppe Transportbeton:
Dr. Erwin Kern, BKG Transportbeton
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Oliver Mohr**,
Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

Fachgruppe Zement:
Eduard Schleicher, Schwenk Zement KG, Ulm

Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V.
(Korporatives Mitglied im ISTE):
Harald Sommer,
Albert Regenold GmbH Baustoffwerk, Bühl

Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt
und Rohstoffpolitik:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-
Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Hans-Martin Peter**,
Hermann Peter KG, Rheinau

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses:
Martin Kronimus, Kronimus AG, Iffezheim
Stellv.: **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

BEIRAT DES ISTE

FACHGRUPPE GIPS

Regierungsbezirk Freiburg:
n.n.
Regierungsbezirk Karlsruhe:
Stefan Berwanger,
HeidelbergCement AG, Hassmersheim

Regierungsbezirk Stuttgart:
Hannelore Schönebaum,
Saint-Gobain Rigips GmbH, Herrenberg

Regierungsbezirk Tübingen:
n.n.

FACHGRUPPE KALK

Regierungsbezirk Freiburg:
Peter Leifgen,
HeidelbergCement AG, Efringen-Kirchen
Stellv.: **Thomas Hauri**, Hans G. Hauri KG,
Bötzingen

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Peter Gramespacher,
Hessler Kalkwerke GmbH, Wiesloch

Regierungsbezirk Stuttgart: **n.n.**

Regierungsbezirk Tübingen:
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle
GmbH & Co. KG, Blaubeuren

FACHGRUPPE NATURSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg:
Klaus Striebel, Wilhelm Bohnert
GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Stellv.: **Armin Ossola**, Ossola GmbH,
Kappelrodeck

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Hans Ulmer, Natursteinwerke im Nord-
schwarzwald NSN GmbH & Co. KG, Mühlacker
Stellv.: **Thomas Karcher**,
Kies & Beton AG Baden-Baden, Baden-Baden

Regierungsbezirk Stuttgart:
Ralf Jessberger,
Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen
Stellv.: **Baptist Schneider**, bmk Steinbruch-
betriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen:
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk
Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Stellv.: **Dieter Rösch**, Rösch Söhne
GmbH & Co. KG, Laichingen-Feldstetten

FACHGRUPPE SAND UND KIES

Regierungsbezirk Freiburg:
Michael Peter,
Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
Stellv.: **Daniel Hackenjos**, Artur Uhl Kies- und
Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-
Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Wolfgang Krieger**,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach



Regierungsbezirk Stuttgart:
Peter Röhm, G. u. P. Röhm & Söhne
GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv.: **Heinz A. Mertz**, Heinrich Mertz Kies-
und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart

Regierungsbezirk Tübingen:
Norbert Schmid, Kies- und Schotterwerk
Müller GmbH & Co., Ostrach
Stellv.: **Alexander Dünkel**, Kieswerke Dünkel
GmbH & Co., Schemmerhofen

FACHGRUPPE NATURWERKSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg: **n.n.**

Regierungsbezirk Karlsruhe: **n.n.**

Regierungsbezirk Stuttgart:
Thomas Hippelein, Schön+Hippelein
GmbH & Co. KG, Satteldorf

Regierungsbezirk Tübingen: **n.n.**

FACHGRUPPE RECYCLING-BAUSTOFFE UND BODEN

Regierungsbezirk Freiburg:
Lucia Rehm,
SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Christiane Ritter,
BAVAK Bauschutt- und Holz-Verwertungs-
anlage Karlsruhe GmbH, Karlsruhe

Regierungsbezirk Stuttgart:
Baptist Schneider, bmk Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen:
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling
Schwarzwald-Baar GmbH,
Villingen-Schwenningen

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Regierungsbezirk Freiburg:
Hans-Martin Peter,
Hermann Peter KG, Rheinau
Stellv.: **Alexander Hackenjos**, TBW Transport-
betonwerk Umkirch GmbH, Freiburg

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Thomas Karcher,
Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv.: **Ralf Schumann**,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart:
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton
Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Stellv.: **Petra Ulmer**, Transportbetonwerk
Hirschlanden GmbH & Co. KG, Ditzingen

Regierungsbezirk Tübingen:
Oliver Mohr,
Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Stellv.: **Werner Christofori**, tbu Transport-
Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG BETONPUMPEN)

Christian Klafsky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG MÖRTEL)

Michael Gieding,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

FACHGRUPPE ZEMENT

Regierungsbezirk Freiburg: **n.n.**

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Christian Knell,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart: **n.n.**

Regierungsbezirk Tübingen:
Patrick Hänggi, Holcim (Süddeutschland)
GmbH, Dotternhausen

FACHVERBAND BETON- UND FERTIGTEILWERKE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (FBF) n.n.

RECHNUNGSPRÜFER DES ISTE

Christiane Ritter,
EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG,
Baden-Baden
Klaus Veigel,
Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz

Erweiterter Vorstand und Geschäftsführung des ISTE (v.l.n.r.): Thomas Beißwenger (Hauptgeschäftsführer), Peter Rombold (Vorsitzender der Fachgruppe Naturstein), Hans-Martin Peter (Präsident), Eduard Schleicher (Vizepräsident), Heinz Sprenger (stellv. Hauptgeschäftsführer). Es fehlen: Peter Röhm (Vizepräsident) und Dr. Martin Kern (Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt- und Rohstoffpolitik)

GESCHÄFTSSTELLE

Hauptgeschäftsführer:
Thomas Beißwenger, Dipl.-Biologe

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer:
Heinz Sprenger, Rechtsanwalt

Referenten:
Dr. Michael Aufrecht, Dipl.-Ingenieur
Lothar Benzel, Dipl.-Ingenieur
Dr. Leyla Chakar, M. Eng.
David Dreher, Dipl.-Ingenieur (bis 30.9.2012)
Kai Fischer, Dipl.-Ingenieur
Arne Hilt, Rechtsassessor
Sabine Keller, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin,
Dipl.-Journalistin (bis 31.3.2013)
Manuel Sedlak, Dipl. Wirtschaftsjurist
Dr. Bernd Susset, Dipl.-Geologe

Sekretariate/Assistenz:
Lena Ditzenbach, B. Eng.
Silvia Fischer
Doris Marquardt
Sabrina Müller, DHBW-Studentin
Gudrun Müller
Anne Spießhofer
Karin Zeh

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- U. ROHSTOFFPOLITIK

Vorsitzender:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-
Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Hans-Martin Peter**,
Hermann Peter KG Baustoffwerke, Rheinau

Andreas Drewing,
Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem
Helmut Eitelbuß,
Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen
Udo Flüchter, Glaser Sand- und Kieswerke
GmbH & Co. KG, Malsch
Dr. Gerhard Friedel, HeidelbergCement
Technology Center GmbH, Leimen
Dr. Gerd Hagenguth,
RMKS Rhein Main Kies und Splitt
GmbH & Co. KG, Mülheim an der Ruhr



Hans-Jürgen Herkt, peterbeton Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Frank Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
Andreas Junginger, Holcim Kies und Beton GmbH, Weil am Rhein
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Lorenz Krieger, Heinrich Krieger u. Söhne KG, Neckarsulm

Hans-Martin Kübler, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Mötzingen
Wolfgang Meisenbacher, KRK Karlsdorfer Rheinsand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard
Dr. Rolf Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

Prof. Dr. Matthias Reimann, Knauf Gips KG, Iphofen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm

Christa Szenkler, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Michael Uhl, Uhl Kies- und Baustoffgesellschaft mbH, Hausach

Ständige Gäste
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Axel Dörr, Dörr Ingenieurbüro GbR, Leinfelden-Echterdingen
Dr. Christoph Heim, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf

Oliver Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Steffen Ritter, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Heiner Rohr, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Bruno Schwendemann, Vogel-Bau GmbH, Lahr
Bernd Schönebeck, Baresel GmbH & Co. KG, Sigmaringen

Stefan Sehring, Sehring Sand & Kies GmbH & Co. KG, Langen
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. – Landschaftsplanung und Naturschutzmanagement, Blaubeuren
Dr. Stephan Zimmer, arguplan Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vorsitzender:
Martin Kronimus, KRONIMUS AG Betonsteinwerke, Iffezheim
 Stellv.: **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Peter Gramespacher, Hessler Kalkwerke GmbH, Wiesloch
Thomas Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm
Andreas Kern, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Georg Kraut, HeidelbergCement AG, Schelklingen
Christof Leuchtner, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Matthias Neumann, Monier Braas GmbH, Oberursel

Armin Ossola, Ossola GmbH, Kappelrodeck-Waldulm
Gerhard Pflaum, TBG Transportbeton Kurpfalz GmbH & Co. KG, Eppelheim
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Christiane Sämann-Welschenbach, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Heinz Schlecht, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Meißenheim
Petra Ulmer, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Christoph Wiedenmann, tbl Transportbeton Leutkirch GmbH & Co. KG, Leutkirch
Patrick Wieland, Hauraton GmbH & Co. KG, Rastatt
Alexander Zimmermann, Heidelberg Sand und Kies GmbH, Heidelberg

ISTE-Ausschuss für Tarifpolitik im April 2013

Ständige Gäste
Edeltraud Guse, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Dr. Christian Körber, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Dr. Ulrich Lotz, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern

Sibylle Nowatius, LAFARGE Zement Wössingen GmbH, Walzbachtal
Harald Sommer, Albert Regenold GmbH, Bühl
Lutz Weber, LAFARGE Zement Wössingen GmbH, Walzbachtal

ARBEITSKREIS ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH Marktgebiet Stuttgart, Stuttgart
Heike Flickinger, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Klaus Rinderspacher, Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Hechingen
Peter Röhm, Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Dieter Rösch, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen

Jochen Sämann, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Gramatiki Satslidis, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden- Württemberg e.V., Ostfildern
Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Elke Schöning, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Wolfram Skokan, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Durmersheim
Tony Winter, SBR Stingel Baustoffrecycling GmbH, Schweningen



AD HOC AUSSCHÜSSE

ARBEITSKREIS TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

Patricia Brunner, RHENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Uwe Dietz, KVB Kies – Vertrieb GmbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard
Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb Ulm GmbH & Co. KG, Langenau
Dr. Volker Hartmann, SW Kies GmbH & Co. KG, Iffezheim
Peter Röhm, G. u. P. Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Michael Schmitz, Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

ARBEITSKREIS TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN

Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Joachim Burckhardt, SWM Schotterwerke Markgröningen GmbH & Co. KG, Markgröningen
Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Klaus Huppert, Jakob Bauer Söhne GmbH & Co. KG, Erkenbrechtsweiler
Thomas Karcher, Hartmann GmbH & Co. KG, Mauer
Dietmar Körner, EKG mineral Handelscontor GmbH & Co. KG, Winnenden
Hans-Martin Kübler, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf
Wolfgang Maier, E. Gfrörer & Sohn Schotterwerk GmbH & Co, Empfingen
Wolfgang Moeck, Alfred Moeck KG, Lenningen
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Baptist Schneider, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Dieter Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz-Roßweg
Martin Weiß, Paul Kleinknecht GmbH & Co. KG, Kupferzell
Dr. Martin Westermann, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken

ARBEITSKREIS ARTENSCHUTZ UND ABBAUSTÄTTEN

Arbeitskreis GISINFOSERVICE
Walter Reiner, Kieswerke Dünkel GmbH & Co. KG, Schemmerhofen
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG Kieswerk und Transporte, Metzingen
Stefan Giese, in medias res GmbH, Freiburg
Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
 Darüber hinaus alle Nutzer der Basis-Version der Verbände sowie Nutzer des Grundstücksmoduls Plus und Server.

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH

Geschäftsführer:
Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger, Markus Zimmermann

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender:
Lorenz Krieger, Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm

Geschäftsführer:
Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR

Vorsitzende:
Lorenz Krieger, Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Siegfried Röser, GmbH & Co. KG, Obersontheim

Geschäftsführer:
Dr. Ulrich Lotz, Dr. Michael Aufrecht



Vorstand und Geschäftsführung des QRB 2012

ISTE-Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit im April 2013

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Geschäftsführer:
Thomas Beißwenger, Manfred Fehrenbach, Bernhard Kübler
 Projektleiter: **Manuel Sedlak**

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender:
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen

Geschäftsführer:
Heinz Sprenger (bis 13.11.2012)
Kai Fischer

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)

Vorsitzender:
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Schwarzwald-Baar GmbH, Villingen-Schwenningen

Geschäftsführer:
Thomas Beißwenger (bis 24.4.2012)
Dr. Bernd Susset (seit 24.4.2012)

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH

Geschäftsführer:
Thomas Beißwenger

VERBANDSHAUS DER BAUSTOFF-INDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR

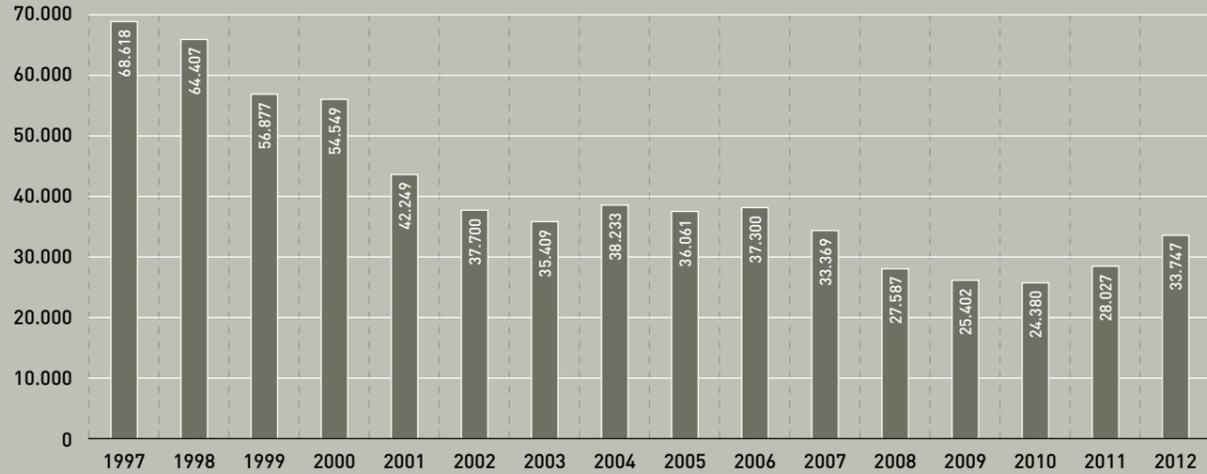
Geschäftsführer:
Heinz Sprenger, Dr. Ulrich Lotz

ISTE-VERTRETER AUF BUNDES- UND EU-EBENE

Die umfangreiche Liste der ehren- und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter des ISTE finden Sie unter www.iste.de im Internet.

BAUFERTIGSTELLUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



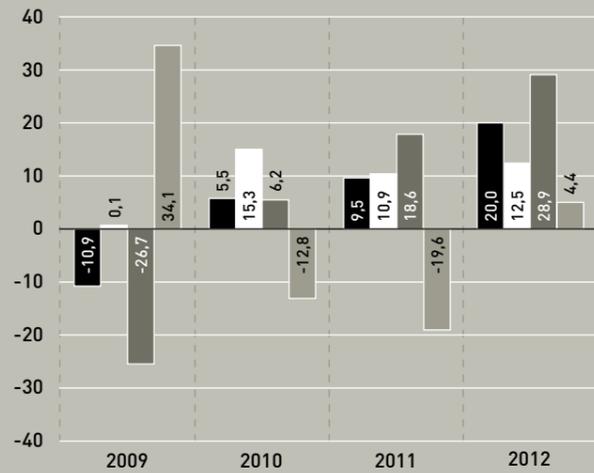
AUFTRAGSEINGÄNGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Veränderung der kumulierten Zahlen gegenüber Vorjahr in Prozent

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

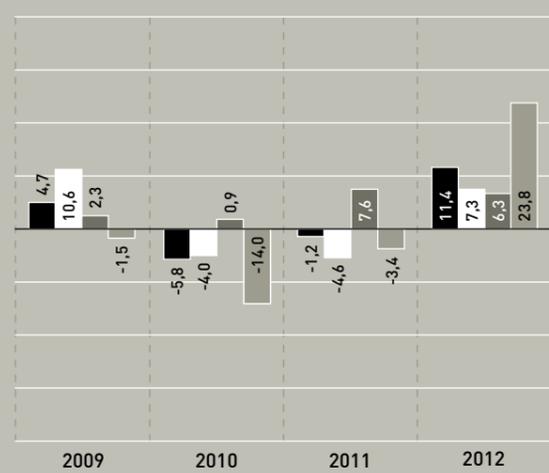
HOCHBAU

gesamt, Wohnbau, Wirtschaftsbau, Öffentlicher Bau



TIEFBAU

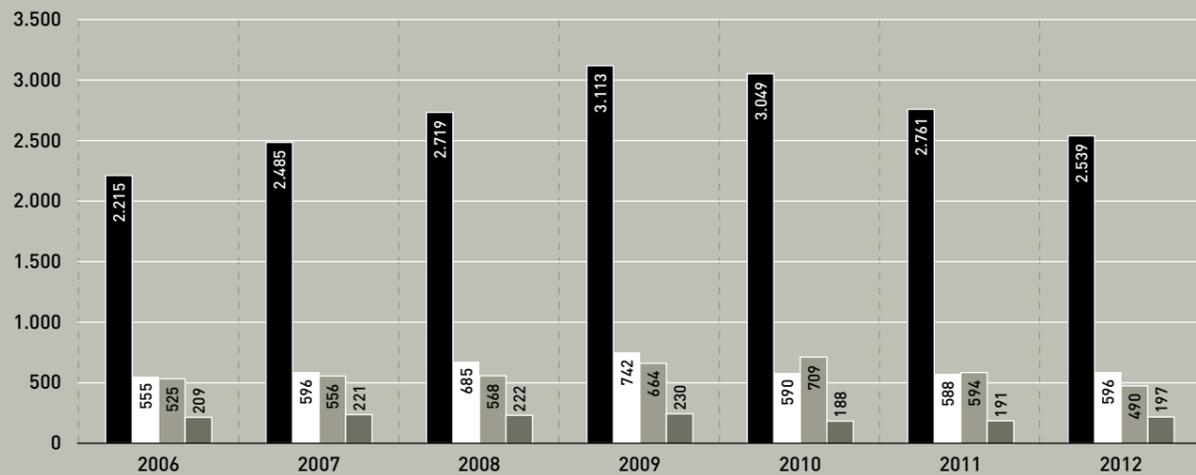
gesamt, Straßenbau, Wirtschaftsbau, Öffentlicher Bau (ohne Straßenbau)



KOMMUNALE AUSGABEN FÜR BAUMASSNAHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG in Mio. Euro

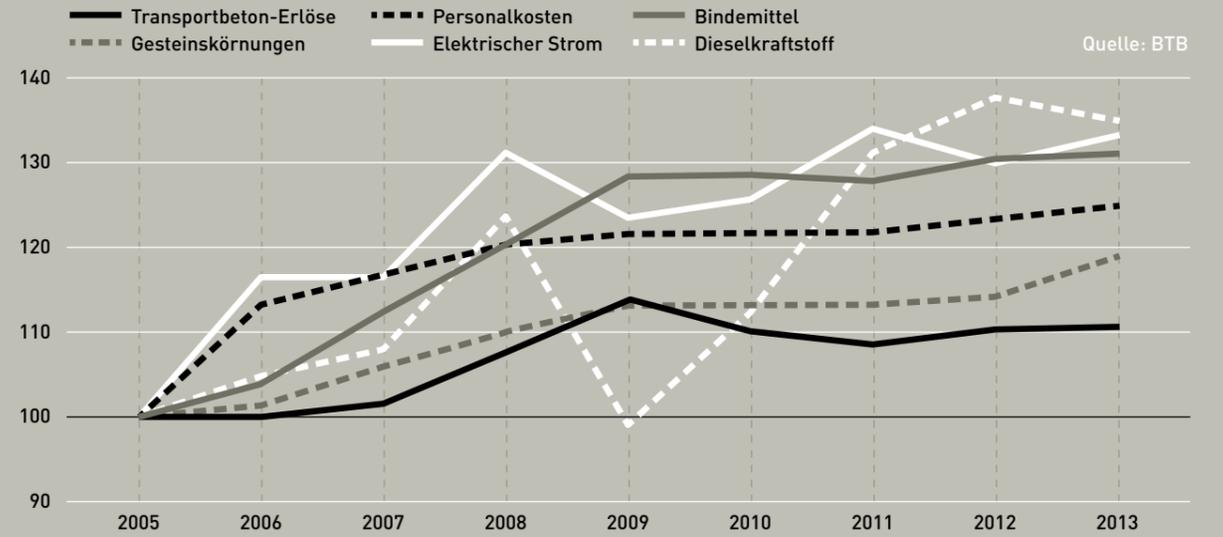
Quelle: Statistisches Landesamt Ba-Wü

gesamt, davon Straßen, Schulen, Abwasserbeseitigung



KOSTENINDEX TRANSPORTBETON 2005 = 100 Prozent

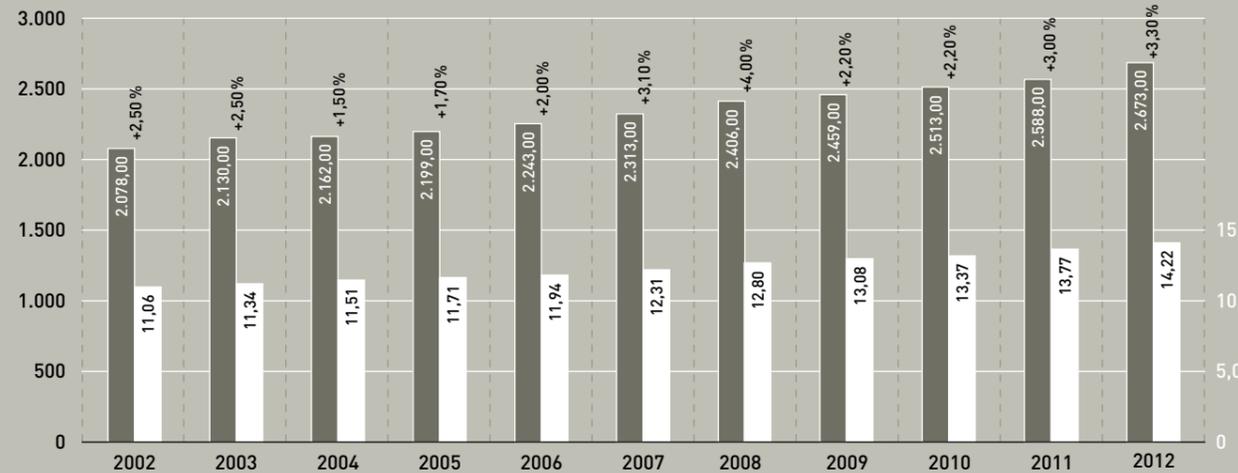
Quelle: BTB



TARIFLICHE MONATSGEHÄLTER UND STUNDENLÖHNE IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro

Quelle: ISTE

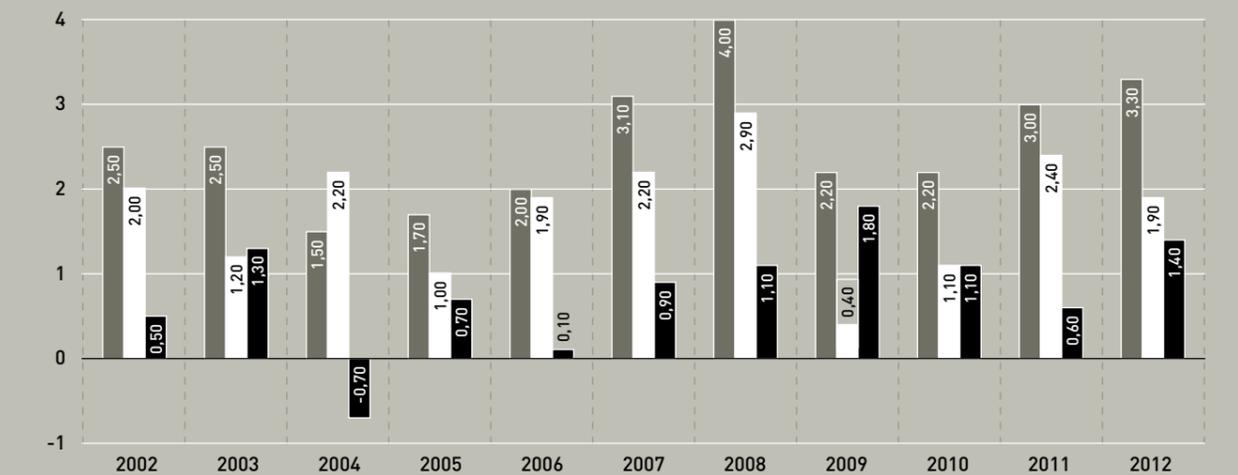
Monatsgehalt für kaufmännische und technische Angestellte am Beispiel der Gehaltsgruppe A2, Stundenlohn für gewerbliche Arbeitnehmer am Beispiel der Lohngruppe 2, Wochenarbeitszeit: 37,5 Std.



LOHNERHÖHUNG UND REALLOHNZUWACHS IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro

Quelle: ISTE

Lohnerhöhung, Inflationsrate, Reallohnzuwachs



IMPRESSUM

Herausgeber

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Verantwortlich

Thomas Beißwenger, Hauptgeschäftsführer

Inhaltliche Bearbeitung

Dr.-Ing. Michael Aufrecht
Dipl.-Biol. Thomas Beißwenger
Dipl.-Ing. Lothar Benzel
Dr.-Ing. Leyla Chakar
Dipl.-Ing. Kai Fischer
Rechtsassessor Arne Hilt
Dipl.-Soz.wiss., Dipl.-Journ. Sabine Keller
Dipl.-Wirtsch. jur. Manuel Sedlak
RA Heinz Sprenger
Dr. rer. nat. Bernd Susset, Dipl.-Geol.
Dipl.-Geol. Katja Schaber-Mohr (GisInfoService)

Redaktionelle Bearbeitung

Doris Marquardt
Sabrina Miller
Gudrun Müller
Anne Spießhofer

Bilder

BetonmarketingSüd GmbH,
Roberto Bulgrin, FBF, Flächenagentur BW,
Fotolia, HeidelbergCement,
ISTE, Klöpfer GmbH & Co. KG, Knauf Gips KG,
MIRO, NABU BW, Bernd Schuler,
Schwenk Zement KG, Staatsministerium BaWü,
SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG,
TU München, Vögele AG

Gestaltung

xxdesignpartner, Stuttgart

Druck

Offizin Scheufele, Stuttgart

Berichtszeitraum

16. April 2012 – 15. April 2013

© 2013

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der Baustoffindustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern/Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

